



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

**HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
JAHRESBERICHT 2006**

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

JAHRESBERICHT 2006

INHALT

Vorwort	2
Nachhaltige Entwicklung und Globalisierung	4
Neue Weltordnung, Sicherheitspolitik und Demokratieförderung	11
Europapolitik	17
Feminismus und Geschlechterdemokratie	21
Wissenspolitik	25
Nachwuchsförderung	28
Wirtschaft, Arbeit und Soziales	34
Migration, Diversity und Interkulturelle Demokratie	37
Zeitgeschichte	40
Kommunalpolitik und Stadtentwicklung	42
Kunst und Kultur	43
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	47
Preise	49
Grüne Akademie	50
GreenCampus	51
Archiv Grünes Gedächtnis	52
Aus der Stiftung	53
Finanzen und Personal	54
Gremien	60
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	61
Adressen	67
Internet und Magazin	70
Fördern und Spenden	71

VORWORT

Der Klimawandel ist da – nicht nur als bereits messbares Phänomen in unserer natürlichen Umwelt, sondern auch als Top-Thema auf der Tagesordnung der Politik. Wir setzen darauf, dass den Absichtserklärungen und Beschlüssen tatsächlich ein Umsteuern vor allem in der Energiepolitik folgt. Warnungen vor den katastrophalen Folgen unseres gedankenlosen Wirtschaftens und Konsumierens hat es schon vor 30 Jahren gegeben. Dass wir „die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben“, gehört zu den Grundmotiven der Umweltbewegung. Wir richten diese Leihgabe aber zuschande, wenn wir unseren ökonomischen Prozessen nicht in einem Schnellkurs Nachhaltigkeit und Effizienz beibringen. Insbesondere die reichen Nationen müssen endlich ihre ökologischen Hausaufgaben machen. Das ist auch eine Frage der Solidarität – nicht nur gegenüber den nachfolgenden Generationen, sondern gegenüber den Ärmsten in der südlichen Hemisphäre, die der Klimawandel besonders trifft. Ganz sicher ist es eine Aufgabe, die gemeinsames Handeln erfordert, neue Allianzen und neue Koalitionen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im vergangenen Jahr auf ihrer großen Konferenz „KyotoPlus“ internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengebracht, um mögliche Wege aus der Klimafalle vorzustellen und zu diskutieren. Ein Buch, das im Frühsommer erscheint, wird die Beiträge dokumentieren. Auch die Website www.kyotoplus.org ist schon eine Fundgrube aktuellen Fachwissens und unser Magazin *boell.thema* widmete sich dem Klimawandel mit facettenreichen und kompetenten Aufsätzen.

Im April 2006 jährte sich auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum zwanzigsten Mal. Mit einer international besetzten Konferenz in Kiew unternahm die Stiftung eine wissenschaftliche, politische und kulturelle „Erinnerung für die Zukunft“. Es ist nicht nur der zeitliche Abstand zu diesem Super-GAU, der die Gefahren der Atomenergie verblassen lässt. Auch die Versuche der Atomlobby, die Kernkraft als Ausweg aus der Klimakatastrophe wieder ins Spiel zu bringen, verlangen einen kritischen Blick, will man den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Zur Aktualisierung der Debatte um die Risiken der Atomenergie hat die Heinrich-Böll-Stiftung den umfangreichen Band *Mythos Atomkraft* herausgegeben, der in mehrere Sprachen übersetzt wurde.

Wir engagieren uns schon seit einigen Jahren intensiv mit Veranstaltungen und Publikationen zum Thema Europa. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat den ungelösten Problemen Europas hierzulande eine größere Aufmerksamkeit verschafft: Der europäische Verfassungsprozess muss wieder in Gang kommen und eine klare Richtung bekommen, die Frage nach den Grenzen der Union ist ungeklärt wie auch das Verhältnis zu Russland, und die außenpolitische Rolle harrt immer noch einer gemeinsamen Definition. Die Verantwortung für eine friedliche und demokratische Entwicklung in Südosteuropa liegt nun vor allem bei der EU. Unsere Außenpolitische Jahrestagung widmete sich 2006 diesem Thema. Die Botschaft der Tagung war klar: Eine verlässliche, an klare Kriterien gekoppelte Beitrittsperspektive für die Balkan-Staaten ist der wirkungsvollste Hebel, um die ungelösten Statusfragen – z.B. des Kosovo – und die Rückschläge im Demokratisierungsprozess zu überwinden. Über die Zukunft der Demokratie in Europa machte sich die zweite Konferenz „Quo Vadis EU?“ Gedanken. Angesichts des stockenden Verfassungsprozesses braucht die EU einen neuen Schub. Er könnte aus einer Stärkung des Europäischen Parlaments oder Bürgerbe-

teiligungen kommen. Die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit wäre ein weiterer Schlüssel für ein starkes Europa.

Die Stiftung gliedert ihre Publikationspraxis künftig stärker in thematische Reihen. Den Auftakt bildete die Reihe zur Zukunft Europas mit einer Publikation zur deutschen EU-Präsidentschaft: *Ist Europa noch zu retten?* Im Nachfolgebund beschreibt Michael Schreyer, ehemalige EU-Kommissarin, die mögliche Zukunft des Verfassungsvertrages. Beide Publikationen sind schon in der zweiten Auflage.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist für die Heinrich-Böll-Stiftung weiterhin ein zentrales Demokratie- und Gerechtigkeitsthema. Um unseren Bemühungen in diesem Bereich noch mehr Wirkung und Profil zu geben, hat die Stiftung mit dem Aufbau einer neuen geschlechterpolitischen Einheit begonnen, die aus dem Feministischen Institut und der Stabsstelle für Geschlechterdemokratie hervorgeht. Das so entstehende neue Institut wird in den kommenden Monaten der Öffentlichkeit vorgestellt.

Unsere neue Weiterbildungsakademie heißt GreenCampus. Unter ihrem Dach vereinen sich die Qualifizierungsangebote der Bundesstiftung wie der Landesstiftungen. Wir sind zuversichtlich, aus ihr eine erstklassige Adresse für die Weiterbildung in den Bereichen Politikmanagement, politische Personalentwicklung sowie Gender und Diversity machen zu können (www.greencampus.de).

Die Förderung der Demokratie ist eines der ersten Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Wir engagieren uns daher in vielen Staaten der Welt, um Demokratisierungsprozesse voranzubringen und Gleichgesinnte in ihrem zuweilen riskanten Einsatz für Frieden und Freiheit zu unterstützen. Leider haben wir im vergangenen Jahr zwei couragierte Kooperationspartner und Vertraute durch Attentate verloren. In Afghanistan wurde der Gouverneur der Provinz Paktia, Abdul Hakim Taniwal, Opfer eines Selbstmordanschlags. In der Türkei trafen die Kugeln eines Attentäters den Journalisten und Menschenrechtler Hrant Dink. Wir werden sie nicht vergessen und uns weiterhin für ihre Anliegen einsetzen.

Im vergangenen Monat haben die Bauarbeiten auf unserem Grundstück Schumannstraße 8 in Berlin-Mitte, schräg gegenüber dem Deutschen Theater, begonnen. Die Grundsteinlegung für das neue Bürohaus und Konferenzzentrum der Stiftung ist für Juni 2007 vorgesehen. Etwa ein Jahr später hoffen wir umziehen und unserem Publikum das aufregende neue Domizil präsentieren zu können.

Im November 2007 wird die Heinrich-Böll-Stiftung 20! In dieser ganzen Zeit wäre ihre Arbeit ohne breite ehrenamtliche Unterstützung nicht möglich gewesen. Fachbeiräte und Fachkommissionen erweitern unseren Blickwinkel und geben uns kritischen Rat. Die Gelder des Förderkreises versetzen uns u.a. in die Lage, Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren können, wie etwa humanitäre Hilfe für politisch Verfolgte. Neben dem Förderkreis unterstützen viele Menschen die Stiftung ehrenamtlich durch ihre Mitarbeit in der Mitgliederversammlung, im Aufsichtsrat, im Frauenrat, in Fachbeiräten und -kommissionen. Bei ihnen allen bedanken wir uns nachdrücklich und immer wieder gerne.

Ganz besonderer Dank gilt wie stets unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr engagierter und kreativer Einsatz ist das Fundament für unsere nun schon zwei Jahrzehnte umfassende erfolgreiche Arbeit.

Berlin, im April 2007

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung



Ralf Fücks



Barbara Unmüßig

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND GLOBALISIERUNG

(li-re) Carlo Jaeger, European Climate Forum, Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen, und Jerome Ringo, Präsident der Apollo Alliance, auf dem Kongress „KyotoPlus“ in Berlin



Globalisierung ist ein höchst widersprüchlicher Prozess. Sie schafft einerseits Reichtum und Warenvielfalt, erzeugt aber zugleich in hohem Maße Verarmung und Ungleichheit. Auch ihre ökologischen Folgen sind groß – dazu zählen die globale Erwärmung, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Verknappung der Süßwasserreserven und der dramatische Verlust fruchtbarer Böden. Globalisierung bedeutet aber auch eine Verschiebung der geopolitischen Machtverhältnisse und ein Auftreten neuer Akteurskonstellationen.

Einer der thematischen Schwerpunkte der Heinrich-Böll-Stiftung ist die nachhaltige und gerechte Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Die Stiftung arbeitet daher weltweit mit Organisationen und Netzwerken zusammen, die sich dafür engagieren. Sie stärkt zivilgesellschaftliche Initiativen und erarbeitet Konzepte, um soziale Spaltung, ökologische Zerstörung und kulturelle „Einebnung“ infolge von Globalisierungsprozessen zu verhindern und gemeinsam Alternativen zu entwickeln.

BERLIN: „KYOTOPLUS – WEGE AUS DER KLIMAFALLE“

KONGRESS

Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen oder Tropenstürme – die Anzeichen mehren sich, dass die Menschheit es nicht nur mit einem schleichenden Klimawandel zu tun hat. Extreme Klimaereignisse kündigen sich an. Bislang sind die politischen Antworten zum Schutz des Klimas allerdings unzureichend.

Mit dem internationalen Kongress „KyotoPlus: Wege aus der Klimafalle“ vom 28.–29. September 2006 in Berlin nahm die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, dem WWF Deutschland und dem European Climate Forum eine Bestandsaufnahme der bisherigen klimapolitischen Maßnahmen und Instrumente vor. Der ehemalige UNEP-Chef Klaus Töpfer hatte die Schirmherrschaft übernommen. „Verantwortliche Umwelt- und Klimapolitik“, so Töpfer, „ist kein Luxus, sondern die Grundlage für eine friedliche Entwicklung dieser Welt und die entscheidende Investition in unsere eigene Sicherheit.“

Es waren vor allem vier Punkte, die die Konferenzdebatte prägten:

Neue Ziele: Klimaschutz braucht rechtlich verbindliche Reduktionsziele für den Ausstoß an Treibhausgasen. Bis 2050 müssen die Emissionen weltweit über die Hälfte reduziert werden, um die globale Erwärmung unter 2 Grad über vorindustriellem Niveau zu halten. Dafür müssen die globalen Emissionen bereits in den kommenden 10–15 Jahren ihr Maximum erreichen und dann steil abnehmen. Dies zeigte eine Präsentation des neuesten Stands der Klimawissenschaft von



„Nach Aussagen der NASA haben wir nur noch 10 Jahre, um mit einer effektiven Klimaschutzpolitik die größten Katastrophen zu verhindern. Wir wollen das Ende der Blockaden, der Ignoranz und Halbherzigkeiten im Klimaschutz – national wie international.“

Barbara Unmüßig,
Vorstand der Stiftung

Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Die Industrieländer müssten beim Klimaschutz mit Reduktionen von über 80 Prozent gegenüber 1990 vorangehen, so der Umweltminister von Pakistan, Malik Amin Aslam Khan. Bisher hätten sie es an Glaubwürdigkeit missen lassen.

Neue Technologien: Hermann E. Ott vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hält das Klimaproblem für lösbar. Wenn weltweit die effizientesten Techniken, die bereits verfügbar sind, zur Anwendung kämen, so wäre ein großer Schritt getan. Mindestens 30 Prozent Energieeinsparungen seien z.B. in Deutschland mit Gewinn zu realisieren, bis zu 50 Prozent könnten mit gegenwärtigen Technologien erreicht werden. Notwendig seien lediglich gute Anreize für Investitionen. Klimaschutz braucht also einen Technologieschub. In Deutschland hat z.B. das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einer raschen Entwicklung der Stromerzeugung aus Wind, Photovoltaik und Biomasse geführt. Doch nicht alles, was sich Klimaschutztechnologie nennt, ist auch sozial und ökologisch verträglich. Eine gesellschaftliche Debatte über Klimaschutztechnologien tut not.

Neue Politik: Aus Kalifornien kamen die spannendsten neuen Ansätze für Klimapolitik. John Geesman, Energy Commissioner des Bundesstaats, erläuterte die Klage Kaliforniens gegen die sechs größten Automobilkonzerne auf Schadensersatz wegen Klimaschädigung. Ein Vorgang, der hierzulande kaum vorstellbar wäre. Der Unternehmer Peter Barnes aus San Francisco stellte eine Vision für die Reform des Emissionshandels vor. Die Emissionsrechte gehörten uns allen. Daher dürften sie nicht an die Verschmutzer verschenkt werden, welche ihren Gegenwert auf jeden Fall in die Produkte einpreisen. Bisher entstünden so leistungslose Windfall-Profiten (Zufallsgewinne) in Milliardenhöhe. Stattdessen müssten die Emissionsrechte versteigert werden. Auch Carlo Jaeger vom European Climate Forum und Abteilungsleiter am Institut für Klimafolgenforschung verlangte die Versteigerung der Emissionsrechte. Die Einnahmen sollten einen Klimaschutzfonds speisen, der für Klimaschutzbündnisse mit Entwicklungsländern eingesetzt werden könnte.

Neue Allianzen: Damit Klimaschutz politisch vorankommt, bedarf es breiter gesellschaftlicher Allianzen. Ein Beispiel ist die Apollo Alliance. In diesem ungewöhnlichen Bündnis haben sich 23 internationale Gewerkschaften, 13 größere Umweltverbände und über 200 Unternehmen aus ganz Amerika zusammengeschlossen, um innerhalb von 10 Jahren die Unabhängigkeit der USA von Ölimporten zu erreichen. „Dieses Ziel kann durchaus erreicht werden, wenn die Forschung und die Entwicklung von alternativen Energien konsequent gefördert wird“, so Jerome Ringo, Präsident der Apollo Alliance. 3 Millionen neue und vollwertige Arbeitsplätze könnten dadurch geschaffen werden sowie Investitionen in saubere Energietechnologien in Höhe von 300 Milliarden Dollar.

Auf dem KyotoPlus-Kongress kam es auch zu einer Debatte unter deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie der Kirchen: Brauchen wir mehr „Bewegung“ im Klimaschutz? Das Beispiel erfolgreicher Klimaschutzbewegungen in Großbritannien und den Niederlanden ist eindrucksvoll. In der Folge der Konferenz entstand daraus die Deutsche Klima-Allianz – unter diesem Arbeitstitel wollen die wichtigsten deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gemeinsam Druck für einen besseren Klimaschutz ausüben.

NAIROBI: „AFRICA'S STAKE IN THE CLIMATE CHANGE TALKS“

EINE TAGUNG ANLÄSSLICH DES KLIMAGIPFELS VOM 6.–17. NOVEMBER 2006

Kein besserer Ort als Nairobi konnte deutlich machen: Der Klimawandel führt zu weiterer globaler Ungerechtigkeit. Es sind die ärmeren Länder, die die Hauptlast des Klimawandels tragen werden, nicht die reichen, die ihn hauptsächlich verursachen. So ist Afrika mit einem Anteil von 15 Prozent der Weltbevölkerung gerade einmal für 3,5 Prozent der CO²-Emissionen verantwortlich – dennoch leiden seine Menschen massiv unter den Folgen des Klimawandels. Was sagt die Klimawissenschaft über Afrikas Zukunft? Welche Chancen bieten die erneuerbaren Energien? Hilft es, Bäume



„Um Innovationen herauszukitzeln braucht es lediglich gute Anreize – das Wuppertal Institut schlägt zum Beispiel einen Energieeffizienzfonds vor, der von einem Zehntel-Cent Aufschlag auf den Strompreis gespeist wird.“

Dr. Hermann E. Ott, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Das Buch zum Kongress erscheint im Frühsommer 2007



Der Lake Nakuru im ostafrikanischen Grabenbruch ist vom Klimawandel stark betroffen. Der Wasserspiegel hat sich aufgrund der verstärkten Verdunstung bereits deutlich abgesenkt. Rings um den See läuft nun ein breiter Streifen ehemaligen Seebodens. Die Population an Flamingos ist in diesem weltberühmten Nationalpark in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen.

zu pflanzen? Dies waren einige der Fragen, die die Friedensnobelpreisträgerin und langjährige kenianische Projektpartnerin der Stiftung, Wangari Maathai, der frisch gekürte UNEP-Exekutivdirektor Achim Steiner und der Klimaforscher Prof. Ogunlade Davidson aus Sierra Leone auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 14. November 2006 im Zentrum der kenianischen Hauptstadt diskutierten.

Jörg Haas, Ökologie-Referent der Heinrich-Böll-Stiftung, resümierte: „Es gibt in Europa bereits ein großes Bewusstsein über die Notwendigkeit der Emissionsminderung. Doch es fehlt noch ein Bewusstsein über die Verantwortlichkeit für Klimaschäden. Europa muss als Verursacher des Klimawandels mithelfen, die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und Klimaopfer zu entschädigen.“

KIEW: 20 JAHRE NACH TSCHERNOBYL – ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT KONFERENZ

Im April 2006 wurde europaweit der bislang größten Katastrophe in der zivilen Nutzung der Atomenergie gedacht: dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Nur 100 km von der ukrainischen Hauptstadt Kiew entfernt kam es im Jahr 1986 nahe der Stadt Prypjat im Block 4 des dortigen Atomkraftwerkes zu einem sogenannten Super-Gau. Große Teile der Sowjetunion und Europas wurden radioaktiv verseucht. Selbst 20 Jahre nach der Katastrophe sterben noch Menschen an den gesundheitlichen Folgen. Für die Heinrich-Böll-Stiftung war der Jahrestag Anlass, auf einer internationalen Konferenz vom 22.–24. April in Kiew die Risiken und Gefahren wieder in Erinnerung zu rufen und die Notwendigkeit einer transparenten, in der Gesellschaft verankerten energiepolitischen Debatte deutlich zu machen.

Die Veranstaltung entstand in Zusammenarbeit mit dem Ecoclub (Rivne, Ukraine), der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, der Bundestagsfraktion der Grünen sowie sechs weiteren Organisationen aus der Ukraine, Russland, Westeuropa und den USA.

Zum Auftakt der Konferenz konnten sich manche der Gäste durch den Besuch der Sperrzone um Tschernobyl einen persönlichen Eindruck über das Ausmaß der Katastrophe verschaffen. Die Konferenz selbst widmete sich u.a. den gesundheitlichen Folgen des Super-Gaus. Schätzungen über die Zahl der Todesopfer gehen weit auseinander. Während die Internationale Atomenergiebehörde IAEA von 50 bisherigen Todesfällen ausgeht und noch weitere 4000 erwartet, kommen vier voneinander unabhängige Studien auf ganz andere Zahlen: zehntausende zusätzliche Krebs-Todesfälle und hunderttausende zusätzliche Krebserkrankungen. Eine der Studien, *The other report on Tschernobyl* (TORCH), von der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament in Auftrag gegeben, wurde auf der Konferenz vorgestellt.

An den Konferenzdebatten über die Gefahren und Risiken der Atomenergie sowie mögliche Alternativen beteiligten sich sowohl bekannte Fachleute wie Steve Thomas und Anthony Froggatt aus Großbritannien, Prof. Claudia Kemfert und Wolfgang Köhnlein aus Deutschland, Prof. Adam Gufa aus Polen und Vladimir Usatenko aus der Ukraine als auch Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Europäischen Parlament. Die Europaabgeordnete Rebecca Harms forderte zum Beispiel eine Anhörung der EU-Kommission zu der Frage, ob und wie überhaupt eine neue Schutzhülle um den havarierten Reaktor gebaut werden soll. Im Rahmen eines von der Weltbank unterstützten Programms zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, läuft derzeit die Sanierung des sogenannten Sarkophages von Tschernobyl. Doch das vom Westen finanzierte „Shelter“-Projekt verschlingt immer mehr Mittel, ohne dass ein Ende abzusehen ist.

Das große Interesse der ukrainischen Öffentlichkeit an der Konferenz sowie das Medienecho lassen hoffen, dass die Heinrich-Böll-Stiftung mit der Konferenz einen wichtigen Impuls für weitere energiepolitische Diskussionen in der Region geben konnte.

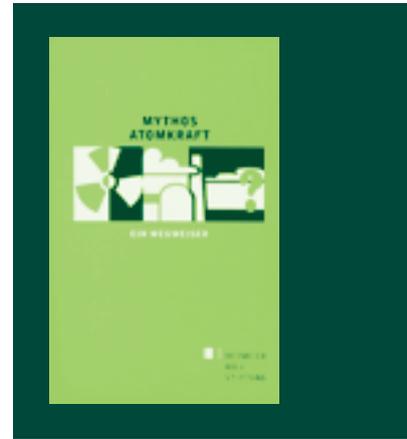


Prypjat – die tote Stadt in der unbewohnbaren 30-Kilometer-Zone rund um Tschernobyl.

BERLIN: „MYTHOS ATOMKRAFT“

PUBLIKATION

20 Jahre nach Tschernobyl legte die Heinrich-Böll-Stiftung aktuelle Analysen und Informationen zu den großen Streitfragen der Atomenergie – Reaktorsicherheit, Brennstoffkreislauf, Proliferation, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz – in Buchform vor. Der Jahrestag der Katastrophe fiel in eine Zeit, in der Atomenergie wieder verstärkt in der Diskussion steht. Der Energiehunger aufstrebender Industriestaaten, steigende Ölpreise, die Abhängigkeit von russischem Erdgas und der Klimawandel werden zu ihren Gunsten ins Feld geführt. Doch der Anteil des Atomstroms am gesamten Energieverbrauch ist weltweit rückläufig, die Anlagen sind zum Teil veraltet, und es gibt weiterhin keine sicheren Endlagerstätten. Darüber hinaus bietet die gesamte Atomenergie mit ihren hochgefährlichen Anlagen zusätzliche Angriffsziele für terroristische Attacken. Die sachkundigen Autoren des Bandes liefern Hintergrundwissen für alle, die in der Diskussion um Atomkraft mitmischen wollen. Einige der Beiträge wurden ins Russische, Ukrainische, Polnische, Tschechische und Portugiesische übersetzt und in Veranstaltungen im In- und Ausland vorgestellt. Ein weiteres Fachpapier zum Thema „Laufzeitverlängerung“ setzte sich mit den Argumenten der Stromkonzerne zum „Ausstieg aus dem Ausstieg“ auseinander.



MYTHOS ATOMKRAFT. EIN WEGWEISER. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2006, 384 Seiten, 6,00 Euro

ANKARA: „INTELLIGENTE ENERGIE“

KONFERENZ

Die EU hat ihre Absicht erklärt, angesichts des Klimawandels verstärkt auf regenerative Energien zu setzen und so den Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren. Anders die Türkei – sie will weiterhin an fossilen Brennstoffen festhalten und darüber hinaus neue Atomreaktoren bauen.

„Intelligente Energie“ – unter diesem Motto lud das Istanbul Büro der Heinrich-Böll-Stiftung vom 28.–29. Oktober 2006 zu einer internationalen Konferenz nach Ankara, um über Alternativen zu den herkömmlichen Energieträgern zu diskutieren. Zum ersten Mal in der Türkei wurde das Konzept der Klimaneutralität vorgestellt. Und auch die regenerativen Energien wie Wind- und Solarenergie, Biomasse und Geothermie kamen nicht zu kurz, schließlich sind die natürlichen Bedingungen in der Türkei, erneuerbare Energiequellen zur Energiegewinnung und zum Heizen zu nutzen, äußerst günstig. Tatsächlich macht ihre geografische Lage die Türkei zu einem wichtigen Land für die Energiesicherung Europas; dies gilt noch für fossile Brennstoffe wie Kohle, könnte aber in Zukunft auch für erneuerbare Energien gelten. Darin waren sich die Podiumsgäste wie Karina Veum von der Europäischen Kommission oder Frauke Thies von Greenpeace weitgehend einig.

Downloads: www.boell.de/atom

PEKING: UMWELTSCHUTZ IN CHINA

Die Wirtschaft der Volksrepublik China wächst rasant – mit negativen Folgen für die Umwelt: Luftverschmutzung, kontaminiertes Trinkwasser, Wüstenbildung – die Liste der Umweltschäden ist lang. Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung gehören daher zu den Schwerpunkten der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in China. Im Jahr 2006 entwickelte das Pekinger Büro mit der chinesischen Organisation IED/Fuping ein Forschungs- und Beratungsprojekt zur Energieeinsparung und Emissionskontrolle im Osten Chinas. Während der Ansatz der chinesischen Regierung, ein „grünes“ Bruttosozialprodukt einzuführen (die Kosten der Umweltschäden sollen beziffert werden), ins Stocken geraten ist, soll dieses Projekt zeigen, wie auf städtischer Ebene Energieeffizienz und Umweltschutz in die Wirtschaftsplanung integriert werden können. In den Jahren 2007 und 2008 wird das Pilot-Projekt in der Provinzstadt Wuxi (Provinz Jiangsu) getestet.

Zur Aufklärung über Umweltschäden unterstützt die Stiftung das „Green Choice Network“, ein Zusammenschluss zweier unabhängiger Nichtregierungsorganisationen mit dem Informati-

www.boell-tr.org



Weite Flächen in China sind aufgrund von Dürren und Überweidung von Versandung bedroht.

www.boell-china.org

onszentrum der staatlichen Umweltbehörde. Diese Kooperation hat sich vor allem der Information von Konsumenten und der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern im städtischen Umweltschutz verschrieben. Zum Auftakt einer Aufklärungskampagne zur Verbesserung der städtischen Verkehrssituation und der Luftqualität gab es im September 2006 eine Fahrrad-Rallye, eine Fotoausstellung und eine Informationsveranstaltung zum Thema.

Des Weiteren legte die Stiftung im November 2006 mit dem „China Energy and Climate Action Network“ den Grundstein für eine neue Allianz in Klima- und Energiepolitik. Vertreter und Vertreterinnen von Umweltorganisationen aus ganz China trafen sich im Pekinger Büro, um über die Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement der Zivilgesellschaft im Bereich Energie und Klimaschutz zu beraten. Die Veranstaltung war der Auftakt für ein breit angelegtes Programm zum Training und Wissensaustausch für die jungen chinesischen Umweltorganisationen, die sich mit Klimawandel und Energiepolitik befassen.

INTERNATIONAL: DER „ECofAIR TRADE DIALOGUE“

Der weltweite Agrarhandel ist weder fair noch nachhaltig. Er geht vor allem zu Lasten der ärmsten Länder und kommender Generationen. Wie aber kann er gerechter gestaltet werden? Welche Reform der globalen Agrarhandelsordnung ist notwendig, um einer nachhaltigen, kleinbäuerlichen Wirtschaftsweise eine Chance zu geben? Dies sind nur einige der Fragen, die im „Ecofair Trade Dialogue“, getragen von der Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor, diskutiert werden. Ein vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie moderiertes Panel mit internationalen Fachleuten erarbeitet seit dem vergangenen Jahr Reformvorschläge, die in regionalen Konsultationen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bauernorganisationen, Wissenschaft, Parlamenten und Regierungen diskutiert werden. So kamen z.B. in Chiang Mai (Thailand) vom 30.–31. Mai 2006 über 35 „Stakeholder“ aus Thailand, Vietnam, Indien, Bangladesch, den Philippinen, Indonesien und Australien zusammen, um über die zentralen Ideen und Reformvorschläge des Expertengremiums zu diskutieren. In der Diskussion standen u.a. Papiere zu den Themen „Regulierung von Importen zum Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“ und „Konzentrationsprozesse im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten“. Das Treffen diente aber auch dem Erfahrungsaustausch über die Praktiken transnationaler Konzerne in der Region, und wie damit umzugehen sei. Als Ergebnis der Debatte erstellte Jayson Cainglet, Aktivist der philippinischen Bauernbewegung und Experte in Agrarhandelsfragen, die Studie „From Bottleneck to Hourglass: Issues and Concerns on the Market Concentration of Giant Agrifood Retailers in Commodity Chains and Competition Policies“. Sie kann als Global Issue Paper Nr. 29 unter www.ecofair-trade.org heruntergeladen werden. Weitere regionale Konsultationen fanden in Senegal, Thailand, Brasilien, Mexiko, den USA und Brüssel statt. Die Ergebnisse werden im Jahr 2007 vorgestellt.



Experten des „Ecofair Trade Dialogue“ beim Regionaltreffen in Senegal

Internetdossier unter
www.ecofair-trade.org

ÄGYPTEN: DIE „ASSOCIATION FOR HEALTH AND ENVIRONMENTAL DEVELOPMENT“

Internationale Handelsvereinbarungen sind auch der Arbeitsschwerpunkt der ägyptischen Organisation „Association for Health and Environmental Development“ (AHED), unterstützt vom Regionalbüro Arabischer Naher Osten der Stiftung in Ramallah. Die Organisation beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Welthandelsabkommen auf den Gesundheitssektor, das betrifft z.B. die Zugänglichkeit von Medikamenten oder die wirtschaftlichen Überlebenschancen für nationale pharmazeutische Unternehmen. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Folgen des Welthandelsabkommens (GATT) und des Abkommens der Welthandelsorganisation über Urheberrechte (TRIPS) für die ägyptische Landwirtschaft, die natürlichen Ressourcen des Landes und für die Ernährung der Bevölkerung. Oftmals haben neue Regulierungen erhebliche Nachteile für die Lebensqualität

von Menschen. AHED unternimmt empirische Untersuchungen, informiert die Bevölkerung und unterstützt andere zivilgesellschaftliche Organisationen dabei, in internationalen Verhandlungsprozessen die Interessen der Bevölkerung zu artikulieren.

NIGERIA: MEHR TRANSPARENZ DER STAATSFINANZEN

Als der frühere nigerianische Militärdiktator Sani Abacha im Juni 1998 starb, atmete die Bevölkerung Nigerias auf. Seitdem wird das ölreiche Land am Golf von Guinea mit ca. 140 Millionen Einwohnern von mehr oder weniger zivilen Regierungen geführt. Wie eine Untersuchung der Weltbank inzwischen herausfand, wurden in den Jahren diverser Militärdiktaturen insgesamt ca. 300 Milliarden US-Dollar aus Öleinnahmen veruntreut. Vieles davon landete auf Schweizer Nummernkonten. So auch die sogenannten „Abacha-Milliarden“, von denen die Familie des Diktators 1,2 Milliarden US-Dollar zurückerstattete. Nach zähen Verhandlungen willigte die Schweiz 2005 ein, einen Betrag von ca. 500 Millionen US-Dollar an Nigeria zurückzuzahlen. Allerdings nur auf Druck von Menschenrechtsgruppen wie der Erklärung von Bern (EvB), und nur unter klaren Auflagen: Das Geld sollte ausschließlich für die Erreichung der Millenniumsziele verwendet werden, also für Gesundheitsprojekte, Schulen und Armutsbekämpfung. Außerdem sollte eine unabhängige Kommission die ordnungsgemäße Verausgabung dieser Mittel später überprüfen. Das war zumindest für Nigeria eine Premiere, denn auf diesem Weg ließ sich die nigerianische Regierung zum ersten Mal von der Zivilgesellschaft in die Karten schauen. Um die vollständige Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Kontrolleure zu gewährleisten, finanzierte die Heinrich-Böll-Stiftung deren Ausbildung und Unkosten. Denn das gegenseitige Misstrauen ist hoch. Mehr als 3 Jahrzehnte korrupter Militärdiktaturen haben das Vertrauen der Menschen in ihre Regierungen zutiefst erschüttert. Immerhin wurde bereits zu Beginn der Überprüfung den Nichtregierungsorganisationen unter der Führung des Nigerian Network on Stolen Assets (NNSA) das Recht eingeräumt, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen in einem eigenen Schattenbericht zu veröffentlichen. Als nun im Dezember 2006 der Weltbank-Bericht immer noch nicht veröffentlicht wurde, ging NNSA in die Offensive und veröffentlichte zuerst ihren Bericht. Denn die Erkenntnisse der Kontrolleure waren aufschlussreich: Nur ein Teil der Schweizer Gelder konnte überhaupt mit Projekt-Ausgaben belegt werden. Zudem waren einige Projekte, die angeblich mit den Abacha-Milliarden finanziert wurden, nicht einmal auffindbar. Andere völlig untauglich. Darüber hinaus konnten zahlreiche Fälle von Korruption dokumentiert werden. Daraufhin berichtete auch die Weltbank über schwerwiegende Mängel in der Haushaltsführung und -kontrolle und bestätigte viele Befunde. Die projektbezogenen Erkenntnisse verschleierte der Weltbank-Bericht aber.

Bis zu Haushaltstransparenz und Planungssicherheit ist es in Nigeria noch ein langer Weg. Dennoch ist ein erster Durchbruch erfolgt: Regierungshandeln in Nigeria wird langsam transparenter. Und die Zivilgesellschaft kann nicht mehr so leicht mit Lippenbekenntnissen abgespeist werden. Sie lernt in großen Schritten, genauer hinzusehen und den Akteuren – wenn nötig – auf die Finger zu klopfen.

LIBANON: „RURAL BUS“ – MOBILER UNTERRICHT FÜR DIE LANDBEVÖLKERUNG

Seit der Staatsgründung Libanons ist der Süden des Landes eine marginalisierte und von staatlichen Dienstleistungen weitgehend ausgeschlossene Region. Der Krieg im Sommer 2006 hat die Situation weiter zugespitzt. Die Bevölkerung im Südlibanon braucht die Stärkung und Rehabilitation der lokalen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Besonders in der Landwirtschaft,



Sani Abacha, Militärdiktator von Nigeria, veruntreute während seiner Amtszeit mehrere Milliarden US-Dollar. Das Geld landete überwiegend auf Schweizer Nummernkonten. Nigeria bekommt nun einen Teil des Vermögens zurück, darf es aber nur für Projekte verwenden, die dem Gemeinwohl dienen.



Frauen im Südlibanon lernen die Herstellung von Seife aus Lorbeer.

für viele Menschen einziges Mittel zum Lebensunterhalt, sind die Probleme zahlreich. Oft fehlt es an Zugang zu Land und Ressourcen sowie an Finanzierungsmöglichkeiten von Saatgut und Vieh, die Produktionstechniken sind veraltet und die Vermarktungsmöglichkeiten unzureichend. Um die wirtschaftlichen Aktivitäten und Chancen der Landbevölkerung zu verbessern, wurde im Jahr 2006 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung ein mobiles ländliches Entwicklungszentrum geschaffen – eingerichtet in einem Bus. Dieser Bus fährt von Dorf zu Dorf und bietet eine Reihe von Dienstleistungen und Trainingsprogrammen an: agronomische Beratung (Optimierung von Kosten und Ressourceneinsatz, nachhaltige Produktionsweisen), Training in Informationstechnologie (verbesserter Zugang zu Informationen über Arbeitstechniken, insbesondere für Frauen), Unterstützung von Kleinunternehmern (verbesserte Produktvermarktung), Unterstützung bei der Erlangung von Mikrokrediten und anderen im Libanon verfügbaren Entwicklungshilfen sowie sozio-kulturelle Aktivitäten.

LIBANON: „ASSABIL“ – AUFBAU EINER WEITERBILDUNGSKULTUR

Im Libanon sind allgemein und öffentlich zugängliche Räume für Information und Weiterbildung kaum vorhanden. Der 1997 gegründete und von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Verein Assabil bemüht sich, diesem Mangel abzuwehren. Er unterstützt den Aufbau und die Nutzung öffentlicher Bibliotheken und arbeitet für die Verbesserung ihres Angebots. Bibliotheken sollen zu Orten werden, an denen unterschiedliche Menschen zusammenkommen und kostenlosen und unbegrenzten Zugang zu Wissen, Information und Kultur erhalten können. So sollen öffentliche Räume entstehen, wo Fragen der Toleranz oder der Bürgerrechte aufgegriffen und diskutiert werden.

MEXIKO: „GEMEINSCHAFTSGÜTER UND BÜRGERSCHAFT“

KONFERENZ

Dem Konzept der Gemeinschaftsgüter liegt die Überzeugung zugrunde, dass alle Menschen Bürger eines kollektiven Erbes sind. Dieses Erbe besteht sowohl aus den Schöpfungen der Natur, wie Luft oder Wasser, als auch aus den sozialen und kulturellen Leistungen, wie Wissen oder das Internet. Der Wert und die Bedeutung dieser Gemeinschaftsgüter für Mensch und Planeten sind kaum zu überschätzen. Der derzeitige Umgang mit ihnen ist es ebenso wenig. Das Problem: Die Gemeinschaftsgüter werden mehr und mehr dem breiten gesellschaftlichen Zugang und der bürgerschaftlichen Kontrolle entzogen. Privatisierung, Kontamination, Verknappung sind die Folgen.

Mit den aktuellen Problemlagen dieser Entwicklung setzte sich vom 7.–9. Dezember 2006 eine internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko-Stadt auseinander. Mehr als 140 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen nahmen an dem Treffen teil, darunter auch die alternativen Nobelpreisträger Pat Mooney und Tony Clarke. Die Themen waren breit gefächert: Biodiversität, genetische Humanressourcen, Software, Patente, Wasserprivatisierung, Gen- und Nanotechnologie – die Herausforderungen sind vielfältig. Wie politisch-strategisch vielversprechend ist das Konzept der Gemeinschaftsgüter? Wie können gleichberechtigter Zugang, transparente, bürgernahe und demokratische Kontrolle und eine nachhaltige Nutzung derselben garantiert werden? Welche Rolle haben in den neu zu entwerfenden institutionellen Modellen Staat, Markt und die Bürger und Bürgerinnen selbst? Einfache und globale Antworten auf diese Fragen gibt es keine. Doch ist es gelungen, unter dem Begriff der „Gemeinschaftsgüter“ Horizont erweiternde Verknüpfungen herzustellen und politische Bündnisse zu entwickeln, die sich überhaupt nur durch diesen Zugang herstellen lassen. Eine Dokumentation der Tagung und Mitschnitte in Spanisch und Englisch finden sich unter www.boell-latinoamerica.org.



Der libanesische Verein „Assabil“ fördert den Aufbau öffentlicher Bibliotheken im Land.



LA GOTA DE LA VIDA
Ed. Fundación Heinrich Böll
México 2006, 400 páginas
Ediciones Böll no 22

Das spanischsprachige Buch sammelt Beiträge internationaler Fachleute rund um das Thema „Wasser“.

Download unter
www.boell-latinoamerica.org

NEUE WELTORDNUNG, SICHERHEITSPOLITIK UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG



(li-re) Fatoumata Siré Diakite, Botschafterin von Mali, Jürgen Trittin, außenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, und Peter Burnell, University of Warwick, auf der Konferenz „Exportschlager Demokratie“ in Berlin

Die außen- und sicherheitspolitische Agenda hat sich seit dem Ende der Block-Konfrontation stark verändert. Neue Konzepte für eine weltweite Risikoprävention, Krisenintervention und Ordnungspolitik ersetzen zunehmend die traditionellen Parameter der Abschreckung und Eindämmung. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben diese Entwicklung nochmals beschleunigt. In diesem Zusammenhang spielt u.a. die Frage nach der Zukunft Afghanistans und des Nahen Ostens weiterhin eine wichtige Rolle.

BERLIN: EXPORTSCHLAGER DEMOKRATIE? DEMOKRATIEFÖRDERUNG UNTER BEDINGUNGEN FRAGILER STAATLICHKEIT KONFERENZ

Externe Demokratieförderung steht hoch im Kurs. Insbesondere nach den Anschlägen des 11. September ist eine breite internationale Debatte um deren Möglichkeiten und Grenzen entbrannt. Die Ansätze und Methoden könnten bei der Vielzahl an Akteuren – von großen Institutionen wie UN und Weltbank bis hin zu kleinen lokalen NGOs – unterschiedlicher nicht sein. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung engagiert sich in der Demokratieförderung und hatte deshalb zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und anderen internationalen Organisationen vom 8.–10. März nach Berlin eingeladen. Zu den Gästen gehörten u.a. die malische Botschafterin Fatoumata Siré Diakite, Marina Ottaway vom Carnegie Endowment for International Peace, der kenianische Ex-Minister Peter Anyang´ Nyong´o, Peter Burnell von der University of Warwick, der sicherheitspolitische Berater des afghanischen Präsidenten, Masoom Stanekzai, und Jürgen Trittin, außenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. Veranstaltet wurde die Konferenz in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Die Diskussion drehte sich vor allem um den Umgang mit Personen und Gruppen, die allgemein als „Verhinderer“ von Demokratisierungsprozessen angesehen werden, etwa traditionelle bzw. religiöse Autoritäten. Hier hat die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren wegweisenden Projekten, mit



AFGHANISTAN
Schriften zur Demokratieförderung
unter Bedingungen fragiler Staatlich-
keit. Band 1. Berlin 2006, 88 Seiten



Seit über vier Jahren kooperiert die Heinrich-Böll-Stiftung mit Stammesältesten in der Region Loya Paktia, im Südosten Afghanistans.

denen traditionelle Strukturen in den Staatsbildungsprozess – etwa in Afghanistan oder Somalia – einbezogen werden sollen, bereits einige Erfahrungen gesammelt.

Ein weiteres, immer wiederkehrendes Thema war die Kooperation mit Organisationen der „klassischen“ Zivilgesellschaft. Ivelin Sardamov, Professor für Politikwissenschaft, Amerikanische Universität Bulgarien, warnte davor, die Zivilgesellschaft unkritisch als „Heilsbringerin“ anzusehen. Man war sich schließlich einig in der Diskussion, dass es für eine erfolgreiche Arbeit zwingend erforderlich ist, neben Organisationen aus der Zivilgesellschaft auch Parteien, religiöse oder traditionelle Autoritäten und Geschäftsleute einzubinden.

Die Konferenz widmete sich darüber hinaus den ethnisch oder religiös fragmentierten Post-Konfliktgesellschaften. Azra Džajic-Weber, Osteuropa-Referentin der Heinrich-Böll-Stiftung, diskutierte mit dem libanesischen Journalisten Jihad El-Zein und dem Indien-Experten Christian Wagner (SWP) über die besonderen Herausforderungen für aus- wie inländische Akteure in diesen Gesellschaften. Vor allem gelte es, das Erstarren ethno-nationalistischer Bewegungen in Post-Konfliktsituationen nicht zu unterschätzen und bei der Projektarbeit zu berücksichtigen.

BERLIN: FÜNF JAHRE NACH PETERSBERG

KONFERENZ

Fünf Jahre nach der Bonner Petersberg-Konferenz zum Aufbau Afghanistans diskutierten auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung vom 27.–28. November 2006 Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft sowie Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft die Chancen einer stabilen, demokratischen und wirtschaftlich eigenständigen Entwicklung in Afghanistan.

Angesichts einer weiterhin schwierigen Sicherheitslage und mangelnder wirtschaftlicher Fortschritte sind die Erfolge derzeit in den Hintergrund getreten. Auch deshalb betonte die Botschafterin Afghanistans in Deutschland, Prof. Maliha Zulfacar, bei der Eröffnung der Konferenz gerade die Fortschritte im neuen Afghanistan. Die jüngste Parlamentarierin Afghanistans, Sabrina Saqib, war als Teilnehmerin ein lebendiges Beispiel dieses Fortschritts, der vielen Frauen in Afghanistan neue Möglichkeiten eröffnet. Einigkeit bestand allerdings darin, dass nicht genug langfristige Aufbauprozesse unterstützt werden. Der internationalen Gebergemeinschaft fehle nach wie vor eine erkennbare Strategie. Die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen drohe zu scheitern.

Die schwierige Abwägung zwischen Stabilität und Demokratisierung darf aus Sicht der Menschenrechtskommissarin in Kabul, Hangama Anwari, nicht auf Kosten des zivilen Aufbaus des Staates gehen. Im Gegenteil. Allerdings fehlen für den Aufbau demokratischer Strukturen vor allem politische Parteien, so Aziz Rafiee, Direktor des Afghan Civil Society Forums.

Alle afghanischen Referenten plädierten für den Aufbau afghanischer Streitkräfte. Auf der öffentlichen Abendveranstaltung „Deutsche Militäreinsätze in Afghanistan – Wo sind die Grenzen?“ wurde vor der „Bagdadisierung“ Kabuls gewarnt und eine Stärkung der zivilen Entwicklungshilfe von Deutschland gefordert.

Afghanistan braucht Good Governance, also eine gute Regierungsführung, um den weiteren Aufbau des Landes sicherzustellen. Zu diesem Schluss kam eine Studie über die Internationale Geberökonomie, die vom Büro Kabul der Heinrich-Böll-Stiftung in Auftrag gegeben und auf der Konferenz vorgestellt wurde. Dringlich seien auch vor Ort sichtbare Leistungen der Gebergemeinschaft, so könnte ihre Glaubwürdigkeit gestärkt werden, und das wäre ein Trumpf gegen die wieder erstarkten Taliban im Südosten des Landes. Mit Wohlwollen wurde daher die Ankündigung während der Konferenz aufgenommen, die deutsche Entwicklungshilfe wolle sich verstärkt um die südöstlichen Regionen Paktia und Khost kümmern. Die Heinrich-Böll-Stiftung kooperiert schon seit 4 Jahren mit afghanischen Organisationen bei der Entwicklungs- und Demokratisierungsarbeit mit Stammesältesten in dieser Region.



Prof. Maliha Zulfacar, Botschafterin von Afghanistan, und Aziz Rafiee, Direktor des Afghan Civil Society Forums

BERLIN: POLITIKDIALOG FÜR EIN ENGAGEMENT DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT IN BURMA (MYANMAR)

Die vorherrschende Isolations- und Sanktionspolitik von EU und USA gegenüber Burma hat in eine Sackgasse geführt. Die dortigen politischen Verhältnisse geben wenig Anlass zur Hoffnung auf rasche politische Veränderungen. Die Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete im März 2006 in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin einen zweitägigen Runden Tisch unter dem Titel „Societal and Political Change in Vietnam: An instructive Example for Myanmar/Burma“. Daran nahmen Personen aus Burma, Vietnam, Thailand, Deutschland und England teil. Es ging vor allem um die Frage, wie Organisationen und Initiativen mit subnationalen staatlichen Institutionen kooperieren können, um den politischen Stillstand zu überwinden. Dabei konnte die weit verbreitete Auffassung widerlegt werden, dass eine Zivilgesellschaft im sozialistischen Vietnam und im vom Militär regierten Burma nicht existiere oder keine Wirkungsmöglichkeiten habe.

Die Beiträge wurden in gedruckter Fassung unter dem Titel *Active Citizens under Political Wraps: Experiences from Myanmar/Burma and Vietnam* einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Am 5. Januar 2007 wurde das Buch am Institute of Southeast Asian Studies in Singapur offiziell vorgestellt. Die Publikation ist unter www.boell.de abrufbar.



ACTIVE CITIZENS UNDER POLITICAL WRAPS: EXPERIENCES FROM MYANMAR/BURMA AND VIETNAM. Published by the Heinrich Böll Foundation, Southeast Asia Regional Office, Chiang Mai 2006, 201 pages

BEIRUT: UNABHÄNGIGKEIT DER GERICHTSBARKEIT

SEMINAR

Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit ist ein Eckpfeiler demokratischer Systeme. Im Nahen Osten und in Nordafrika sind Gerichte noch immer einer Vielfalt von Einflüssen ausgesetzt und werden oft genötigt, im Einklang mit den Interessen der Mächtigen zu entscheiden. Damit tragen sie zu dem allgemein geringen Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Institutionen bei. Ausgehend vom Beispiel der ägyptischen Richtervereinigung, die im Jahre 2005 einen öffentlichkeitswirksamen Boykott gegen die vom Regime angestrebte Verifizierung manipulierter Wahlergebnisse organisierte, diskutierte das Seminar, das vom Beiruter Büro der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert wurde, anhand von Beispielen aus Marokko, Tunesien, Ägypten, Palästina, Libanon und Syrien die Erfahrungen und Möglichkeiten von Richtern, ihre Unabhängigkeit innerhalb der existierenden legalen Systeme zu behaupten und damit ein Stück echter Rechtsstaatlichkeit zu erreichen.

Das Seminar brachte zum ersten Mal Richter aus verschiedenen arabischen Ländern zusammen und zeigte, dass auch sie als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure agieren und eventuell sogar entscheidende Impulse für Wandel und Reform geben können.

RAMALLAH: „ISLAM AND PEACE“

ARBEITSGRUPPE UND PUBLIKATION

Die Auseinandersetzung mit dem religiösen Fundamentalismus spielt in den palästinensischen Gebieten eine wichtige Rolle. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah rief in Zusammenarbeit mit dem Center for Conflict Resolution and Reconciliation (CCRR) in Bethlehem und mit islamischen Würdenträgern, Scheichs, Imamen und Religionslehrern eine Arbeitsgruppe ins Leben, die sich mit der Bedeutung von Gewaltfreiheit, Versöhnung, Frieden sowie Freiheits- und Gleichheitsrechten in den religiösen Schriften des Islam beschäftigte. In den 20 Arbeitssitzungen während des Jahres 2006 widmete man sich vor allem intensiv dem Koran. Den – dem „moderaten Islam“ zuzurechnenden – Teilnehmern ging es vor allem darum, Frieden und Gewaltfreiheit als wesentliche Elemente und Werte des Islam herauszuarbeiten. Aus der Arbeit ist ein Buch „Islam and Peace“ entstanden, das bislang in arabischer und englischer Sprache vorliegt.



ISLAM UND PEACE
Ed. by Center for Conflict Resolution and Reconciliation, Bethlehem 2006.
Eine deutsche Fassung ist geplant.

BERLIN: DER NAHE OSTEN IM WANDEL – DEMOKRATISIERUNGSKONZEPTE AUF DEM PRÜFSTAND

KONFERENZ

Welche Möglichkeiten haben externe Akteure für einen Demokratisierungsprozess im Nahen Osten? In mehreren Fachgesprächen ging es auf der Konferenz vom 2.–3. November 2006 u.a. um diese Frage. Den meisten Raum nahm aber die Erörterung der Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit mit Islamisten ein. Die Entwicklungen in Libanon, Palästina, Ägypten und Irak ließen verschiedene Überlegungen zu. Doch gleich mehrere Politikwissenschaftler hielten einen Boykott islamistischer Bewegungen durch den Westen für kontraproduktiv. Man dürfe Grundpositionen und Bedingungen wie die Achtung der Menschenrechte oder die Anerkennung Israels zwar nicht aufgeben, aber es gäbe keinen Weg daran vorbei, auch mit den Islamisten zu sprechen. Der PLO-Botschafter in Schweden, Salah Abdul Shafi, zum Beispiel glaubt, dass die Hamas bereits einen Prozess der Modernisierung durchlaufe. Diesen Prozess dürfe man nicht länger ignorieren.

BERLIN: IRAN UND DER WESTEN

VERANSTALTUNGSREIHE

Im Iran und den anderen Staaten des Nahen Ostens lagern rund 50 Prozent der Weltölreserven. Kein Wunder, dass dort die strategischen Interessen großer Mächte wie Russland, USA und China aufeinandertreffen. Zugleich ist diese Region ein Unruheraum mit unsicheren politischen Verhältnissen, fehlender wirtschaftlicher Entwicklung und explosiver Gewalt. Hinzu kommen die atomaren Großmachtsambitionen der iranischen Führung, die viele Menschen nicht nur in dieser Region beunruhigen.

Bahman Nirumand, intimer Kenner der Politik und Gesellschaft Irans und Verfasser des periodischen *iran-reports* der Heinrich-Böll-Stiftung, hat ein Buch zum Iran geschrieben, das er im Juli 2006 auf der Galerie der Stiftung vorstellte: *Iran – Die drohende Katastrophe*. Nirumand gibt darin einen differenzierten Einblick in die verdeckten Machtkonstellationen Irans und liefert ein prägnantes Porträt des Landes. Im Iran ist in den vergangenen Jahrzehnten eine der modernsten und vielfältigsten Gesellschaften in der islamischen Welt entstanden, eine Gesellschaft, so die Einschätzung des Autors, die zu Reformen und einer weitergehenden Modernisierung bereit ist. Nirumand glaubt, dass eine militärische Antwort des Westens auf die nuklearen Pläne Teherans die fundamentalistische Bedrohung potenzieren und die Chancen für einen demokratischen Wandel in der islamischen Welt für lange Zeit zunichte machen würde. Politische Antworten könnten zwar nur langfristig wirken, seien aber die einzige Möglichkeit, einen „Kampf der Kulturen“ zu vermeiden.

Akbar Gandschi, iranischer Journalist und Regimekritiker, wurde im April 2000 zusammen mit anderen Journalisten und Intellektuellen bei seiner Rückkehr von einer Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung festgenommen und schließlich wegen „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ und der „Propaganda gegen das islamische System“ zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Während dieser Zeit hat Gandschi sich immer wieder für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit im Iran eingesetzt. Nach sechs Jahren, in denen er zweimal in den Hungerstreik trat, wurde er schließlich am 18. März 2006 aus dem Gefängnis entlassen.

In einem Gespräch auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung im Juli 2006 erläuterte Gandschi seine Sicht auf die innen- und außenpolitischen Entwicklungen im Iran ein Jahr nach dem Amtsantritt des Präsidenten Ahmadinedschad. Er beschrieb die Stärke der iranischen Zivilgesellschaft und sprach von einem – auch durch die konservativen Kräfte – nicht zurückzudrängenden Wandel im Iran. Ziviler Ungehorsam und gewaltloser Widerstand seien die einzigen Mittel den Iran zu verändern. Gandschi betonte, dass er auf alle Fälle in den Iran zurückkehren wolle, um dort weiter für Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte zu kämpfen – auch wenn ungewiss sei, wie das Regime darauf reagieren werde.



Akbar Gandschi, iranischer Journalist und Regimekritiker, wurde wegen „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ im Iran zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Mit dem *iran-report* von Bahman Nirumand stellt die Heinrich-Böll-Stiftung eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse im Iran zur Verfügung. Er erscheint monatlich und wird als pdf verschickt. Ein Abonnement ist kostenfrei. E-Mail an: lorenz@boell.de

Eine Kurzfassung des Interviews erschien zuerst in der *tageszeitung* vom 3. Juli 2006. Das gesamte Interview ist unter www.boell.de veröffentlicht.

„DER WEG IST ZIVILER UNGEHORSAM“

AUSZÜGE AUS EINEM INTERVIEW VON BAHMAN NIRUMAND MIT AKBAR GANDSCHI

Nirumand: Herr Gandschi, Sie haben sechs Jahre in Haft verbracht, zu einem großen Teil in Einzelhaft. Was hat Sie am meisten gequält?

Gandschi: Das kann ich nicht genau sagen. In der Einzelhaft hatte ich nur mich und meine Gedanken, es gab keine Bücher, kein Radio, kein Fernsehen. Ich war völlig isoliert in einem engen Raum. Meine Gedanken drehten sich natürlich um die Probleme meines Landes, um meine Familie und meine Freunde. Mich beschäftigte zum Beispiel die Frage, warum unser Land immer von Diktaturen beherrscht wurde. Schauen Sie, wir Intellektuellen haben immer das Volk glorifiziert und die Schuld dem herrschenden System gegeben. Doch ich denke, jedes politische System passt irgendwie zu dem Volk, das es regiert. Folglich müssen auch Diktaturen, die uns beherrscht haben, in Zusammenhang mit unserer Kultur und unserer Geschichte gesehen werden. Wenn wir also Demokratie wollen, müssen wir uns nicht nur mit dem Staat, sondern auch mit dem Volk auseinandersetzen.

Nirumand: Sie gehörten zu Beginn der Revolution zu den treuesten Anhängern des islamischen Gottesstaates. Heute, nach 27 Jahren, gehören Sie zu den radikalsten Verfechtern eines säkularen Staates. Eine ähnliche Entwicklung kann man bei vielen Intellektuellen, ja sogar bei Geistlichen feststellen. Was sind die Ursachen? Warum der Sinneswandel?

Gandschi: Was mich betrifft, gibt es dafür sowohl persönliche als auch gesellschaftlich-politische Gründe. Ich habe keine Ideologie. Das trifft aber nicht für die ersten Jahre der Revolution zu. Ich habe nie an etwas geglaubt, was Marx „falsches Bewusstsein“ nennt, etwas, das sich vor der Außenwelt verschließt und nicht bereit ist, sich durch die Realität korrigieren zu lassen. Aber ich habe ideologisch gehandelt. Genauso wie dogmatische Marxisten meinten wir Muslime, die Wahrheit gepachtet zu haben. Wir dachten, unser Land nach der Revolution in ein Paradies verwandeln zu können. Das wollen alle Revolutionäre. Doch nach dem Sieg der Revolution entsteht kein Paradies, sondern die Hölle. Wer diese Diskrepanz zwischen den Erwartungen und der Realität sieht, kann sie, wenn er ehrlich ist, nicht hinnehmen. Gewöhnlich verurteilt man zunächst sich selbst, denn die Revolution ist heilig. Im zweiten Schritt wirft man der Führung vor, die Ideale der Revolution verraten zu haben. Erst im dritten Schritt wird die Revolution selbst in Frage gestellt – man gelangt zu der Erkenntnis, dass eine Revolution nicht zur Demokratie führen kann. Schließlich stellt man die Ideologie, die hinter der Revolution steht, in Frage. Das sind genau die Etappen, die viele, auch ich, zurückgelegt haben. Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass die heiligen Glaubenssätze sich unterschiedlich interpretieren lassen. Man kann aus ihnen faschistoide Schlüsse ziehen, wie es die Terroristen, die Taliban oder Al-Qaida tun, man kann sie aber auch demokratisch, human auffassen.

Nirumand: Auch der frühere Präsident Chatami hat acht Jahre lang versucht, den islamischen Gottesstaat zu reformieren, und ist dabei gescheitert. Warum?

Gandschi: Die Reformer sind gescheitert, weil sie erstens kein klares Konzept hatten und zweitens nicht ausreichend Widerstand geleistet haben. Sie haben immer den Rechten und Konservativen nachgegeben.

Nirumand: Chatami hatte eine Zivilgesellschaft verkündet.

Gandschi: Er wollte dem Gottesstaat ein humaneres Gesicht verleihen, eine, wie er sich ausdrückte, religiöse Demokratie. Das ist ein Widerspruch in sich. Eine Demokratie kann nur säkular sein. Unser Ziel ist ein moderner Staat, eine Republik frei von jeglicher Ideologie.



Demonstration für Akbar Gandschi. Der iranische Journalist trat 2005 in einen monatelangen Hungerstreik. Im März 2006 wurde er aus der Haft entlassen.

Nirumand: Wie wollen Sie dieses Ziel, diese Umwälzung des politischen Systems, erreichen?

Gandschi: Durch zivilen Ungehorsam. Unser Weg muss ohne Gewalt sein. Aber wir müssen dazu bereit sein, überall, wo die Menschenrechte missachtet werden, Widerstand zu leisten. Schauen Sie, mich hat ein Gericht wegen Aktivitäten gegen den islamischen Staat zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil heißt zugleich, dass ich bis zu meinem Lebensende Schreibverbot habe und auch meine Meinung nicht öffentlich äußern darf. Ich werde mich selbstverständlich nicht daran halten. Damit riskiere ich, dass ich wieder ins Gefängnis geworfen werde. Dieses Risiko muss man in Kauf nehmen. Je mehr Menschen das tun, desto schneller erreichen wir unser Ziel.

Nirumand: Ist dieser Plan in Anbetracht der realen Machtverhältnisse nicht utopisch? Im Augenblick jedenfalls sitzen Ahmadinedschad und die Radikalislamisten fest im Sattel.

Gandschi: Das hat den Vorteil, dass der wahre Charakter des Gottesstaates für alle sichtbar wird. Das Regime zeigt jetzt das letzte Potential, das es zu bieten hat. Im Inland herrscht Chaos. Mit Populismus allein lässt sich ein Land nicht regieren. Die Regierung hat dem Volk soziale Gerechtigkeit versprochen. Herausgekommen ist eine massive politische Unterdrückung, ohne dass es dem Volk einen Deut besser geht. Wir sind Zeuge massiver Unruhen in den Provinzen. Und außenpolitisch gerät das Regime immer weiter in die Isolation. Heute ist die internationale Gemeinschaft gegen uns. All dies kann sehr gefährlich werden, aber auch die Chance zu einem politischen Wandel bieten.

Nirumand: Hat die Politik des Westens zu dieser Lage geführt?

Gandschi: Ich bin gegen die eindimensionale Betrachtung des Westens. Der Westen hat doch auch die Moderne hervorgebracht, die kritische Vernunft, aus der Demokratie und Menschenrechte hervorgegangen sind. Ich fühle mich dieser Kultur, diesen Errungenschaften zutiefst verbunden. Wir müssen den Westen, auch die USA, differenziert betrachten und die großen Kulturen von der Außenpolitik westlicher Staaten trennen.

Nirumand: Die Außenpolitik der USA setzt zur Demokratisierung auch auf Gewalt.

Gandschi: Wir müssen diese Politik scharf kritisieren. Für mich besteht zwischen Guantánamo und dem Teheraner Evin-Gefängnis kein Unterschied. Ich bin nicht gegen den Westen, aber gegen die Verletzung der Menschenrechte. Ebenso verurteile ich jede Art von Dämonisierung des Islams, die Gleichsetzung mit Terrorismus und Gewalt. Warum schaut man immer nur auf eine kleine Minderheit, die Terroristen? Warum wird die überwiegende Mehrheit der Muslime, die nach Frieden und Freiheit ruft, ignoriert? Das schafft Unfrieden, Feindschaft und Hass.

Nirumand: Soll der Westen sich in iranische Angelegenheiten einmischen?

Gandschi: Alle Länder müssen sich überall dort einmischen, wo Menschenrechte verletzt werden. Wenn ein Mann seine Frau schlägt, kann man dies nicht als seine Privatangelegenheit betrachten, genauso wenig wie man Unterdrückung, Folter und Hinrichtung als eine nationale Angelegenheit betrachten darf, in die sich niemand einmischen soll.

Nirumand: Wie weit darf die Einmischung gehen?

Gandschi: Was ich grundsätzlich ablehne, ist eine militärische Intervention, sind Sanktionen. Das Problem ist, dass es westlichen Regierungen nicht um Menschenrechte und Demokratie geht. Ausschlaggebend sind die ökonomischen Interessen. Deutschland zum Beispiel gehört zu den wichtigsten Handelspartnern Irans und hat sich oft bereit gezeigt, die Augen vor der Verletzung der Menschenrechte zu verschließen. Deswegen können westliche Regierungen nicht unsere Ansprechpartner sein. Unser Appell richtet sich an die Zivilgesellschaften.

Wie entwickelt ist die iranische Zivilgesellschaft? Wohin tendieren die Intellektuellen? Es gibt im Iran eine sehr weit entwickelte Zivilgesellschaft und eine starke Schicht von Intellektuellen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind die sich darin einig, dass wir nur in einer Demokratie unsere Probleme lösen können. Unser Hauptproblem liegt darin, dass wir nicht organisiert sind, dass es keine Führung gibt, die eine allgemeine Bewegung ins Leben rufen könnte.

EUROPAPOLITIK



(li-re) Gesine Schwan, Europa-Universität Viadrina, Daniel Cohn-Bendit, Mitglied des Europaparlaments, und Reinhard Bütikofer, Parteivorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, auf der Konferenz „Quo Vadis EU II“

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung ist die europäische Integration und Verfassungsdiskussion. Durch ihre Bildungsarbeit will die Stiftung eine gut informierte Öffentlichkeit schaffen, die sich aktiv in die Diskussion um die Zukunft Europas einmischt. Die Stiftung kooperiert dabei mit Nichtregierungsorganisationen und politischen Akteuren, mit Expertinnen und Experten aus „Think Tanks“, Universitäten und grünen Netzwerken. Insbesondere das Stiftungsbüro in Brüssel beobachtet die Arbeit der Europäischen Institutionen und bietet Veranstaltungen an.

BERLIN: „QUO VADIS EU II: DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN EUROPA“

INTERNATIONALE KONFERENZ AM 27. OKTOBER 2006

Am 1. Januar 2007 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Während dieser Zeit wird u.a. die stockende Debatte um eine europäische Verfassung im Mittelpunkt der EU-Politik stehen. Sie war auch Gegenstand der zweiten Konferenz „Quo Vadis EU?“ der Heinrich-Böll-Stiftung. Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, betonte zu Beginn der Konferenz, dass im weiteren Verfassungsprozess vor allem die Substanz des alten Entwurfs bewahrt werden müsse – also die Grundrechtecharta, die institutionellen Reformen und die Überlegungen zur Stärkung des Parlaments.

Für Janusz Onyszkiewicz, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hat Europa eine zweifache Bedeutung: Zum einen stehe Europa für ein zivilisatorisches Konzept, zum anderen verkörpere die EU die Idee einer politischen Einheit. Diese ist dem polnischen Politiker besonders wichtig, und er plädierte dafür, die Handlungsfähigkeit und die geostrategischen Interessen Europas nicht hintanzustellen. Er sprach sich daher auch für starke und tragfähige transatlantische Beziehungen aus.

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, vertrat in ihrem Panel-Beitrag die Ansicht, dass sich in der EU die repräsentativen wie partizipativen Elemente gut ergänzen könnten. Wichtig sei zudem eine stärkere Kontrolle der Exekutive durch das Europäische Parlament. Außerdem müssten sich die nationalen Parlamente intensiver mit der europäischen Politik auseinandersetzen. Hier stellte sich auch die Frage nach der Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit. Michaela Schreyer, ehemalige EU-Kommissarin,



ZUR ZUKUNFT DES VERFASSUNGSVERTRAGES
Studie von Michaela Schreyer
Schriften zu Europa. Band 2.
Berlin 2007, 88 Seiten

Die Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge finden sich unter www.boell.de/europa

IST EUROPA NOCH ZU RETTEN?
Schriften zu Europa. Band 1.
Berlin 2006, 88 Seiten



PROSPECTS FOR DEMOCRACY
IN BELARUS
Published by German Marshall Fund
Washington 2006, 108 pages
Download unter www.boell.de

Dossier zur Außenpolitischen
Jahrestagung unter
www.boell.de/ausenpolitik



Srdjan Dizdarevic, Vorsitzender des Helsinki-Komitees für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina

vertrat die Ansicht, dass es möglich sei, die verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten bloß miteinander zu vernetzen. Auch so könne man in einen fruchtbaren Dialog über europäische Politik treten.

Ralf Fücks entließ am Ende Teilnehmer und Publikum der Konferenz mit der Aufforderung, die Leidenschaft für Europa nicht zu verlieren. Die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft sei jedenfalls unumgänglich.

WARSAU UND BRATISLAVA: „PROSPECTS FOR DEMOCRACY IN BELARUS“ KONFERENZEN AM 27.–29. JANUAR UND 3.–5. MÄRZ 2006

Wie kann Weißrussland zur Demokratie finden? Diese Frage stellten sich u.a. weißrussische Oppositionspolitiker sowie Expertinnen und Experten aus mehreren EU-Staaten, der Ukraine und den USA auf zwei Konferenzen der Heinrich-Böll-Stiftung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland am 19. März 2006. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer suchten, ausgehend von der ukrainischen Erfahrung, nach möglichen Voraussetzungen für einen demokratischen Wandel in Weißrussland und nach Ansätzen der Demokratieförderung, vor allem durch die EU.

Pirkka Tapiola, enger Berater von Javier Solana, dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, wies auf die Bedeutung der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte hin. Sie sei ein wichtiges Instrument zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Institutionen in Weißrussland. Notwendig sei vor allem die Unterstützung unabhängiger Medien, denn es gebe in Weißrussland einwandfrei ein Informationsvakuum.

Dov Lynch vom EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris plädierte dafür, eine „reale“ Politik gegenüber Weißrussland zu betreiben. So sollten die positiven Veränderungen in der Nachbarschaft Weißrusslands an dieses Land angebunden werden. Dies könnte mit den europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsprogrammen noch intensiviert werden.

Diese und weitere Überlegungen finden sich in dem Buch *Prospects for Democracy in Belarus* wieder, das im Anschluss an die Konferenzen publiziert wurde und vergangenen Herbst schon in die zweite Auflage gegangen ist.

Die Konferenzen fanden in Kooperation mit dem German Marshall Fund Bratislava und dem Institute for Public Affairs in Warschau statt.

BERLIN: 7. AUSSENPOLITISCHE JAHRESTAGUNG „DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE DES WESTLICHEN BALKANS“ AM 6. UND 7. JULI 2006

Mit dem begonnenen EU-Integrationsprozess in Südosteuropa ist die Hauptverantwortung für die friedliche und demokratische Entwicklung des Westbalkans nach Europa zurückgekehrt. Tatsächlich hat die EU nach ihrem Versagen Anfang der 90er Jahre einiges gutzumachen. Die 7. Außenpolitische Jahrestagung blickte mit einer ganzen Reihe internationaler Expertinnen und Experten auf die Chancen und Probleme des westlichen Balkans.

Einheitlichkeit bestand darin, dass Europa heute hinsichtlich einer einheitlichen Politik (GASP) und der verfügbaren Instrumente für Konfliktmanagement und Demokratisierung wesentlich besser gerüstet sei als vor 15 Jahren. So wurde auch auf die erheblichen Erfolge hingewiesen, die die Region seit den 90er Jahren mit internationaler Hilfe aufzuweisen hat: Die gewaltsamen Konflikte sind weitgehend befriedet und die demokratischen Transformationsprozesse schreiten voran. Doch dürfe man sich nicht zu sicher fühlen. Ungelöste staatspolitische Statusfragen (Kosovo, Bosnien), fortexistierende ethnische Konflikte und die Brüchigkeit der demokratischen Reformprozesse stellen noch erhebliche Hindernisse und eine potentielle Gefahr für Rückschläge im Integrationsprozess dar.

Zlatko Dizdarevic, ehemaliger Botschafter Bosnien-Herzegowinas in Kroatien, machte daher auch klar, dass Bosnien-Herzegowina mit seinem instabilen konstitutionellen Rahmen einen hohen Preis für den Frieden bezahlt hat.

Joachim Bleicker, Referatsleiter Westlicher Balkan im Auswärtigen Amt, stimmte dem weitgehend zu. Er forderte die baldige Schaffung eines funktionsfähigen Gemeinwesens in Bosnien-Herzegowina. Aber die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft werde auch weiterhin nötig sein.

Die Referentinnen und Referenten aus Südosteuropa beklagten, dass dem Integrationsprozess eine klare europäische Strategie fehle und dass in den europäischen Hauptstädten eine Tendenz zum Schönreden der Verhältnisse zu verzeichnen sei. Da wirke es sich besonders nachteilig aus, dass die aktuelle Krise des EU-Erweiterungs- und Verfassungsprozesses die europäischen Gegner der Integration des Westbalkans auf den Plan gerufen habe und die falschen Signale in die Region mit ihren schwierigen Transformationsprozessen aussende.

Dem gegenüber wollte die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihrer Außenpolitischen Jahrestagung ein klares Zeichen dafür setzen, dass der Balkan ein Teil Europas ist – und die Integration ohne Alternative.

BERLIN UND TIFLIS: „DIE ESKALATION DES RUSSISCH-GEORGISCHEN KONFLIKTS. NATIONALITÄTENKONFLIKTE UND REGIONALE MACHTINTERESSEN“ PODIUMSDISKUSSION AM 14. NOVEMBER 2006

Im Jahr 2006 eskalierte der Dauerkonflikt zwischen Georgien und Russland: Russland stellte für einige Zeit seine Gaslieferungen an Georgien ein und blockierte den Handel mit dem südlichen Nachbarn.

Unter der Moderation von Walter Kaufmann, Leiter des Büros Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung, diskutierten dieses schwierige Verhältnis: Paata Zakareischwili, georgischer Koordinator des zivilgesellschaftlichen Dialogs zum Konflikt um Abchasien, Liana Kwartschelia vom Zentrum für Humanitäre Programme aus Suchumi sowie aus Moskau Andrej Rjabow vom Zentrum für Politologische Programme der Gorbatschow-Stiftung.

Andrej Rjabow machte deutlich, dass die russische Führung am Fall Georgiens ein Exempel statuieren wolle, um zu verhindern, dass Georgien der NATO beitrete. Das Weststreben Georgiens werde in Russland als von außen gesteuerte Aggression gegen die eigenen Interessen und als Versuch gewertet, Russland ganz aus der südkaukasischen Region zu verdrängen.

Als fatal wertete Rjabow die innenpolitischen und gesellschaftlichen Folgen der von offiziellen Stellen ausgehenden Hetze gegen Georgier in Russland. Er plädierte dafür, dass sich Georgien und seine westlichen Unterstützer um einen möglichst rationalen Umgang mit Russland bemühen sollten, der beleidigende Rhetorik ausschließe und die russische Position und russische Interessen zumindest respektiere.

Nach Einschätzung von Paata Zakareischwili wolle Georgien sich tatsächlich fest im Westen verankern und strebe dafür den schnellstmöglichen NATO-Beitritt an. Bedauerlich sei aber, dass interne Reformen in den Bereichen Justiz, Demokratisierung und Menschenrechte nicht vorankämen. Außerdem sei es ein Problem, dass die georgische Führung die Verantwortung für die Konflikte mit Abchasien und Südossetien allein in Russland sehe und nicht auch bei sich selbst. In Abchasien selbst sieht man sich nach Darstellung von Liana Kwartschelia zunehmend als Spielball einer geopolitischen Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland. Die Eskalation im georgisch-russischen Verhältnis sei nicht gut für Abchasien, da sie den Integrationsdruck Richtung Russland verstärke, Demokratisierungsbemühungen in Abchasien und Georgien behindere und damit die Perspektiven für einen friedlichen und dauerhaften Ausgleich verschlechtere.



„Für die Heinrich-Böll-Stiftung steht das Ziel einer Integration des westlichen Balkan in die EU nicht zur Disposition.“
Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung



Azra Džajic-Weber, Osteuropa-Referentin der Heinrich-Böll-Stiftung

BERLIN: 11. DEUTSCH-RUSSISCHE HERBSTGESPRÄCHE

TAGUNG

Deutschland und besonders Russland erleben eine Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Menschen, die „anders“ aussehen oder „anders“ leben. Beide Gesellschaften befinden sich nach dem Epochen-Umbruch 1989/90 noch immer in einer kollektiven Identitätssuche. Die Veränderungen haben nicht nur das Selbstverständnis eines großen Teils der jeweiligen Bevölkerung erschüttert, sondern auch Gewinner und Verlierer produziert. Die oft schwierige soziale Situation sowie narzisstische Kränkungen durch Bedeutungs- und Machtverluste führen in vielen Fällen dazu, die Schuld bei Anderen zu suchen, die der eigenen Gesellschaft vermeintlich oder tatsächlich fremd sind.

Die 11. Deutsch-Russischen Herbstgespräche vom 17.–18. November 2006 widmeten sich daher dem Thema Xenophobie und fremdenfeindliche Gewalt.

Die Situationsanalyse bot auch Anlass zu großer Besorgnis, denn es wurde allgemein festgestellt, dass sich die Rechtsextremisten zuletzt vor allem politisch besser aufgestellt hätten. In Deutschland etablierte sich die NPD zunehmend auch in der Kommunalpolitik und versuche, mit ihrer fremdenfeindlichen Ideologie salonfähig zu werden. In Russland scheint sich rassistisches Gedankengut sogar zum Teil schon in der Mitte der Gesellschaft festgesetzt zu haben. Die Gewalttaten gegen Fremde, die aus der wachsenden Skinhead-Bewegung heraus verübt werden, würden bislang weitgehend toleriert und durch die Sicherheitsorgane oftmals nicht adäquat verfolgt. Dass sich z.B. vom Schuldirektor bis zum regionalen Verwaltungschef aber auch viele Beamte weigerten, sich an der antigeorgischen Kampagne zu beteiligen, zeige auch die Notwendigkeit zur Differenzierung.

Der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation Memorial, Arsenij Roginskij, wies auf die Mitverantwortung des Kreml für das Erstarken fremdenfeindlicher Ideen hin. Die Ideale von Freiheit und Demokratie würden von Putins Regierung kaum vertreten. Stattdessen würde Patriotismus als national verbindende Idee propagiert – ohne Raum für eine kritische Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit.

Robin Kendon vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Brandenburg betonte, es reiche nicht zu sagen: Nationalismus ist schlecht. Vielmehr müssten die Menschen erleben, warum die Demokratie und die Idee universeller Menschenrechte lohnende Werte sind.

Die zweitägige, jährlich stattfindende Fachtagung fand in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Austausch und der Evangelischen Akademie zu Berlin statt.

NETWORKING DER PARTEINAHEN POLITISCHEN STIFTUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die deutschen parteinnahen politischen Stiftungen haben sich im Jahr 2006 auf die Bildung eines losen und informellen europäischen Netzwerkes verständigt. Ziel der Initiative ist es, die Interessen der politischen Stiftungen gegenüber der EU-Kommission und dem Europäischen Rat besser vertreten zu können. Mitglieder des Netzwerkes können Stiftungen oder ähnliche Vereine sein, die von einer im Bundesparlament vertretenen Partei oder einer Fraktion des nationalen Parlamentes anerkannt sind, die über eine Mindestausstattung verfügen (hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und die über die nationalen Grenzen hinaus in der EU und/oder international engagiert sind. Die Initiative, die u. a. auf Bestreben der Heinrich-Böll-Stiftung zustande kam, unterstützt und ergänzt die Bemühungen der politischen Parteien und Stiftungen zur Gründung europäischer Netzwerke innerhalb der politischen Strömungen. So wird auch die Heinrich-Böll-Stiftung die Bemühungen um die Bildung einer föderalen grünen europäischen Stiftung weiter aktiv unterstützen.

FEMINISMUS UND GESCHLECHTERDEMOKRATIE

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft sind zentrale Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Über ihre Auslandsbüros unterstützt sie weltweit frauenpolitische Netzwerke und Organisationen. Zudem berät sie Organisationen und Institutionen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie. Geschlechterdemokratie ist bereits seit vielen Jahren ein zentrales Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung – schon bei der Planung von Projekten und Programmen wird die Geschlechterperspektive berücksichtigt.

DAS FEMINISTISCHE INSTITUT UND DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE GESCHLECHTERDEMOKRATIE DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

In den vergangenen zehn Jahren sind die Themen Geschlechterdemokratie und Feminismus innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung in zwei Einheiten mit jeweils unterschiedlicher Aufgabenstellung und Zielrichtung bearbeitet und weiterentwickelt worden. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen ordnen das Feministische Institut (FI) und die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie (GAGD) seit Oktober 2005 ihre Kompetenzen und Kräfte neu. Beide Bereiche sollen bis Frühjahr 2007 zu einer gemeinsamen Organisations- und Arbeitseinheit vereinigt werden. Dahinter steckt die Absicht, einen Ort konzentrierten Wissens über feministische und geschlechterpolitische Themen zu schaffen und so die politische Bedeutung von Feminismus und Geschlechterdemokratie zu stärken. Die Konzipierung eines gemeinsamen Instituts war vergangenes Jahr ein Schwerpunkt der Arbeit.

Daneben haben grenzüberschreitende Lernprozesse in Europa eine große Rolle gespielt. So luden FI und GAGD im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Ende 2006 zu einer gemeinsamen Konferenz ein: „Nichts Neues im Westen? Aber im Osten? Geschlechterpolitiken in der neuen alten EU“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland, Polen, Österreich und Schweden diskutierten über die Gleichstellung in Europa und über Männer als Akteure des gleichstellungspolitischen Wandels. Daneben ging es u.a. um die Überwindung fortbestehender Ungleichheiten am Arbeitsmarkt. Die Konferenz bildete den Auftakt für das von der EU geförderte 4-Länder-Projekt „Fit für Gender Mainstreaming – Geschlechtersensibel Grenzen zwischen Ost und West überschreiten“.

Mit einem internationalen Fachgespräch zu „Gewaltförmige Konflikte: Ursachen, Verlauf und Lösungsansätze im Licht der Geschlechterverhältnisse“ setzte das Feministische Institut seine Aktivitäten im Bereich einer genderorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik fort. In diesen Zusammenhang passte auch die Publikation „Frieden und Sicherheit für alle! Eine feministische Kritik der gegenwärtigen Sicherheitspolitik“. Sie ist das Resultat einer ehrenamtlichen Arbeitsgemeinschaft des Feministischen Instituts.

Ins mittlerweile sechste Jahr ging die Veranstaltungsreihe „Green Ladies Lunch“ mit Claudia Roth als Schirmfrau. Es ging um die Themen „Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik mit geschlechterpolitischem Blick und die Rolle Deutschlands“, „Wechselseitige Betrachtungen zur Integration von Migrantinnen“ und „Bedarf an Feminismus heute“. Die Beiträge sind im Inter-

FRIEDEN UND SICHERHEIT FÜR ALLE! Schriften des Feministischen Instituts Nr. 9
Berlin 2006, 80 Seiten, 5,00 Euro

„Jede Sicherheitsstrategie muss auf ihre jeweils spezifische Wirkung nach Geschlecht und Gruppenzugehörigkeit überprüft werden. Sicherheit muss den rechtlich garantierten Schutz vor sexualisierter Gewalt ausdrücklich einschließen, mittels Verabschiedung entsprechender Gesetze, Training von Polizeikräften, Sensibilisierung von Richterinnen und Richtern, Einrichtung von Schutzräumen und Hotlines. Beide Geschlechter müssen die Möglichkeit erhalten, Kriegstraumata und sexualisierte Gewalt zu bearbeiten. Die Opfer von Gewalt bedürfen besonderer Unterstützung, die Täterinnen und Täter müssen öffentlich und in rechtsstaatlichen Verfahren bestraft werden, um die Gewaltkultur einer Nachkriegsgesellschaft zu verändern. Voraussetzungen dafür sind ein weiter Begriff von Sicherheit, die Sensibilisierung von Polizei- und Justizkräften, besserer Opferschutz und die Unterstützung von Zeuginnen und Zeugen bei der Aussage gegen Täterinnen und Täter.“

Aus: Frieden und Sicherheit für alle!

www.glow-boell.de

MEHR QUALITÄT DURCH
GENDER-KOMPETENZ

Von Angelika Blickhäuser und Henning von Barga. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2006, 224 Seiten, 15,00 Euro

„Der Mann als Träger der Politik und die Männlichkeit als Systemeigenschaft der Politik werden nicht auseinander gehalten. Man könnte sagen: Männerpolitik und 'männliche' Politik sind in der öffentlichen Wahrnehmung zwei synonyme Begriffe. Und eine 'neue Männerpolitik' hat damit grundsätzlich ein immenses Abgrenzungsproblem.“

Markus Theunert auf der Tagung „Männerpolitik(en)“

net dokumentiert und finden sich unter: www.glow-boell.de. Inzwischen wurde dieses Veranstaltungsformat in leicht abgewandelter Form von elf Landesstiftungen als „Ladies Lunch on Tour“ adaptiert.

Die Stabsstelle der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Forum Männer zwei Fachtagungen: „Männerpolitik(en)“, u.a. mit Referentinnen und Referenten aus der Schweiz und Österreich, wo es bereits Erfahrungen mit der Etablierung dieses Politikfeldes gibt, und „Männer und Alter(n)“, ein in den Debatten um den Umgang mit einer alternden Gesellschaft häufig unbeachteter Aspekt.

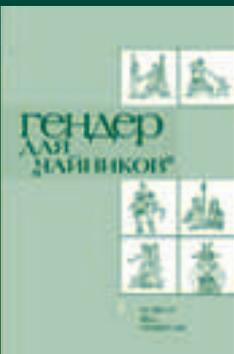
Der Trend in Gender-Mainstreaming-Prozessen geht inzwischen deutlich in Richtung praxisorientierte und pragmatische Umsetzung von geschlechterpolitischen Zielen. Gender-Beratung kann dazu konkrete Hilfestellung leisten. Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet dies mit ihren vielfältigen Angeboten und Publikationen. Ein Beispiel dafür ist das Heft *Gender-Mainstreaming-Praxis. Arbeitshilfen zur Anwendung der Analysekategorie ‚Gender‘ in Gender-Mainstreaming-Prozessen*. Es ist im letzten Jahr in der zweiten Auflage erschienen und fast ein „Bestseller“ der Fort- und Weiterbildung beziehungsweise der Gender-Beratung.

Seit Oktober 2005 begleitet die Stabsstelle Geschlechterdemokratie ein Gender-Mainstreaming-Projekt an der Universität Bremen. Zum Thema „Vereinbarkeit von Arbeit und Kind(ern) bei wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ wurden in drei Pilotbereichen durch Workshops sowie Gruppen- und Einzelgespräche Problemfelder identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Insbesondere auf dem Feld der Kommunikation und der Bereitstellung von (Experten-) Wissen zum Thema „Vereinbarkeit“ besteht Handlungsbedarf, ebenso bei der Flexibilisierung von Rahmenbedingungen in der Forschungsförderung. „Vereinbarkeit“ wird von der Universität Bremen als ein wichtiges Thema betrachtet, das die Nachwuchsförderung und die Gewinnung von exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entscheidend beeinflussen kann. Im Ergebnis stärkt dies die Position der Universität im Wettbewerb als Forschungsuniversität. Die in diesem Projekt erarbeiteten Personalentwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen werden nun fortlaufend realisiert.

RUSSLAND: GENDER FÜR „TSCHAJNIKI“

PUBLIKATION

Ein *tschajnik* bezeichnet im Russischen einen Wasserkessel oder auch eine Teekanne. Auf einen Menschen bezogen bedeutet das Wort „Anfänger“, beliebt zum Beispiel als Schimpfwort im Straßenverkehr. Auch wenn der Wortstamm *tschaj* (gleich: Tee) ursprünglich aus dem Chinesischen stammt, wird *tschajnik* doch allgemein als urrussisch empfunden. Beim Begriff *gendernaja demokratija* (Geschlechterdemokratie) kommen keine warmen Gefühle auf, selbst nicht bei ihren wenigen Anhänger/innen. Es klingt technisch, fremd, unzugänglich. Bücher und Texte darüber schrieb bisher ein kleiner Kreis von Expert/innen für einen kleinen Kreis von Leser/innen. Entsprechend gering ist der Einfluss der gut zehn russischen Gender-Zentren auf die öffentliche Diskussion selbst im engeren NGO-Umfeld, vom politischen und gesellschaftlichen Mainstream ganz zu schweigen. Das Büchlein *Gender für „tschajniki“*, herausgegeben vom Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung und speziell für russische Leser/innen von einheimischen Expertinnen geschrieben, versucht in klarer Sprache und am alltäglichen Leben in Russland orientiert, eine verständliche, aber trotzdem umfassende Einführung zu geben. Der Erfolg gibt diesem Versuch recht. Das Buch wird von Universitäten und Bibliotheken genauso nachgefragt wie von Nicht-Frauen-NGOs, Journalist/innen und Politiker/innen liberaler Parteien. Das liegt auch an den gelungenen Illustrationen der Geschlechterverhältnissen am Vorbild des berühmten Moskauer Standbilds *Arbeiter und Kolchosbäuerin*, die im Original Hammer und Sichel in den Moskauer Himmel recken.



GENDER FÜR ANFÄNGER – eine Publikation des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung

GENDER MAINSTREAMING IN DER TÜRKEI: CHANCEN UND RISIKEN

Auch in der Türkei wird Gender Mainstreaming langsam ein Thema. Im September 2006 diskutierten auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung Expertinnen auf diesem Gebiet in einzelnen Workshops zu Gender Mainstreaming in der Politik, in der Bildung, im Arbeitsleben und im Verhältnis Familie – Religion – Gesellschaft. Diesen Workshops folgte am 23. September 2006 eine internationale Konferenz in Istanbul, die sich mit der Bedeutung, der Praxis und der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Türkei befasste und mit der entsprechenden Politik in anderen Ländern verglich. Es stellte sich heraus, dass die Institutionalisierung von Gender Mainstreaming in der Türkei sehr schwierig ist, da vorgesehene Gesetzesreformen in der Praxis nicht umgesetzt werden und nur auf dem Papier ihr Dasein fristen. Tatsächlich machen sich allein Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für dieses Thema stark – ohne Rückhalt aus der Politik, die ihre entsprechenden Aufgaben ignoriert.

Von besonderer Bedeutung für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Türkei seien insbesondere folgende vier Punkte genannt: die Herstellung institutioneller Voraussetzungen; ein Konzept und ein Fahrplan für Gender Mainstreaming; eine umfassende Forschung; das Engagement der politischen Entscheidungsträger. Die Türkei hat hier noch einen langen und mühsamen Weg zu beschreiten.

PALÄSTINA: NETZWERK GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN

Fünf Frauenorganisationen aus Ägypten und Jordanien, aus dem Libanon und den palästinensischen Gebieten haben sich im Rahmen eines EU-Projekts zum Netzwerk SALMA zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die „Gewalt gegen Frauen“ aktiv zu werden. Die Frauenorganisationen repräsentieren einen reichen Schatz an Erfahrungen: die sozialpsychologische Beratung für Gewaltopfer, die Errichtung von Frauenhäusern, die Erstellung empirischer Studien, die Fortbildung von Ärzten, Rechtsanwälten und Sozialarbeitern, die Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen zur Verbesserung der Stellung der Frau. Vom Stiftungsbüro in Ramallah war diese regionale Kooperation initiiert und dann im Auftrag der EU koordiniert worden. Da im konservativ islamisch geprägten Gazastreifen Frauen im Allgemeinen das Haus nur unter bestimmten Bedingungen allein verlassen dürfen, mussten zuerst Kontaktmöglichkeiten geschaffen werden. So wurden z.B. mehrmonatige berufliche Trainingskurse angeboten, um auf diesem „Umweg“ häusliche Probleme erkennen und lösen zu lernen. Die ägyptische Frauenorganisation konzentrierte sich im letzten Jahr auf die Fortbildung von Frauen, die sich auf dem Land freiwillig sozial engagieren. In Jericho wurde das erste Frauenhaus in der Westbank nach monatelangen Auseinandersetzungen mit dem palästinensischen Sozialministerium eröffnet und das Betreuungspersonal ausgebildet. In Amman (Jordanien) betreibt die Partnerorganisation der Stiftung eine Website, die als einzige umfassende Informationsquelle zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ in der arabischen Welt dient. Regelmäßig trafen sich die Aktivistinnen auf gemeinsamen Konferenzen, Workshops, Trainings und Fortbildungen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, die regionale Kooperation auszubauen und die Arbeit konzeptionell und politisch weiterzuentwickeln.

Ende 2006 genehmigte die EU-Kommission ein weiteres Projekt, das es den Frauenorganisationen nun ermöglicht, in den nächsten zwei Jahren – und das ist ein Novum in der Region! – eine gemeinsame grenzüberschreitende Kampagne für die Kriminalisierung von häuslicher Gewalt durchzuführen. Weitere Frauen- und Menschenrechtsorganisationen auch in anderen arabischen Ländern sollen für diese Kampagne gewonnen werden.



(o) Gendermainstreaming im Taxi
(u) Frauendemonstration im Gazastreifen



„Meine Nationalität ist ein Recht – meins und das meiner Familie“ Kampagne gegen Diskriminierung in Fragen der Staatsbürgerschaft

LIBANON, ÄGYPTEN, MAROKKO UND ANDERE LÄNDER: „GENDER UND STAATSBÜRGERSCHAFT – NATIONALITÄTSRECHTE FÜR FRAUEN“

KAMPAGNE

In den meisten Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ist es Frauen, die mit einem Ausländer verheiratet sind, nicht möglich, ihre Staatsbürgerschaft an ihren Ehepartner weiterzugeben. Darüber hinaus können nur Väter, nicht aber Mütter, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weitergeben. Kinder von verwitweten, verlassenen oder geschiedenen Ehefrauen von Ausländern sind oft ohne Nationalität und mithin von allen staatsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen. Sie haben damit oft keinerlei Zugang zu öffentlicher Gesundheitsversorgung und Ausbildung, können nicht heiraten oder reisen und sind potentiell vom Verlust ihres Aufenthaltsrechts und von Ausweisung bedroht. Diese Diskriminierung verweigert Frauen und Kindern nicht nur ihr Recht als Staatsbürger, sondern darüber hinaus grundsätzliche Menschenrechte.

Das Collective for Research and Training on Development – Action (CRTD.A) hat im Jahre 2006 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung die Kampagne „Meine Nationalität ist ein Recht – meins und das meiner Familie“ intensiviert und ihre Kontakte zu Entscheidungsträgern und den Medien verstärkt. In Ländern wie Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien hat diese Kampagne bereits erste Erfolge erzielt.

LIBANON: „INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOPHOBIE“ UND ERSTES ARABISCHSPRACHIGES BUCH ZUM THEMA

KAMPAGNE UND PUBLIKATION

Helem (arab.: Traum) ist die einzige Organisation im Nahen Osten, die sich öffentlich gegen die Diskriminierung von Homosexuellen oder Bisexuellen einsetzt und damit offensiv dominante soziale, kulturelle und rechtliche Normen in Frage stellt. Dass sie sich in Beirut gegründet hat, überrascht kaum, ist die Stadt doch von jeher für ein relativ offenes Klima und kulturelle Vielfalt bekannt. Trotzdem stoßen auch hier Homosexuelle auf erhebliche gesellschaftliche Widerstände und sind häufig ziviler oder polizeilicher Gewalt ausgesetzt. Helem bietet Beratung an, versucht vor allem aber, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und sexuelle Rechte als allgemeine staatsbürgerliche Rechte zu etablieren. Im Jahre 2006 unterstützte das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut Helems einwöchige Kampagne zum Internationalen Tag gegen Homophobie. Eine breite Öffentlichkeit und Entscheidungsträger und Multiplikatoren wurden über die Medien, durch Broschüren, in Pressekonferenzen und durch Filmreihen informiert und zur Diskussion angeregt. Des Weiteren konnte Helem eine Spezialausgabe ihres Magazins *Barra* herausgeben sowie das erste arabischsprachige Buch zum Thema Homophobie, in dem homophobes Verhalten benannt wird und Betroffene und Aktivisten ebenso zu Wort kommen wie solidarische Stimmen prominenter Persönlichkeiten. Das Buch stellt auch eine neue arabische Terminologie vor, um der weit verbreiteten sprachlichen Diskriminierung entgegenzuwirken und ist damit eine gute Quelle für Journalisten, Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter.



Spezialausgabe des libanesischen Magazins *Barra* zu Homophobie

WISSENSPOLITIK

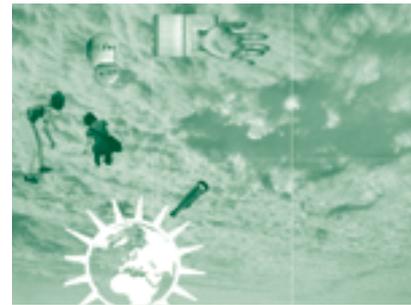
Auf die großen sozialen und ökonomischen Trends der Wissensgesellschaft – Individualisierung, Höherqualifizierung, Alterung, zunehmende gesellschaftliche Heterogenität – ist unser Bildungssystem nicht gut vorbereitet. Bildungsarmut und das unzureichende Ausschöpfen von Begabungspotentialen schwächen die Handlungsfähigkeit der Menschen, schaden der Dynamik der Wirtschaft und erhöhen den Druck auf die Sozialsysteme. Die Heinrich-Böll-Stiftung sucht daher den Weg zu einer zukunftsfähigen Bildungspolitik, die den Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und zugleich den gewandelten Anforderungen des Wirtschaftssystems Rechnung trägt.

LEIPZIG: HOCHSCHULE@ZUKUNFT 2030

DELPHI UND HOCHSCHULKONFERENZ

Wie sehen die Hochschulen im Jahr 2030 aus? Auf den ersten Blick scheint diese Frage vernachlässigenswert, werfen doch die aktuellen Probleme der Hochschulen bereits genug Fragen auf. Die sich verschärfende Unterfinanzierung, die Verunsicherung durch die neuen Bachelor- und Masterabschlüsse, die Einführung von Studiengebühren – die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Dennoch hat die Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Projekt „hochschule@zukunft 2030“ den Blick in die Zukunft gewagt. Zusammen mit dem Institut Futur der Freien Universität Berlin befragte sie bundesweit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Hochschule, Politik und Verbänden sowie Studierende nach ihren Einschätzungen der künftigen Entwicklungen und insbesondere nach ihren Wünschen für die Zukunft. An der Online-Befragung, einer sogenannten Delphi-Studie, hatten sich rund 350 Personen beteiligt. Dabei ging es um eine Identifikation möglicher Entwicklungsszenarien, um den Debatten um die Reform der Hochschulen eine Zukunftsperspektive zu geben.

Die Ergebnisse der Studie wurden am 30. Oktober 2006 auf einer Konferenz in Leipzig vorgestellt und diskutiert. Eine der zentralen Botschaften der Konferenz war: Eine Orientierung auf die Zukunft tut not. Statt in den Baugruben der vielen Reformbaustellen den Überblick zu verlieren, müssten heute die Weichen so gestellt werden, dass die Hochschulen in 25 Jahren den Herausforderungen der Globalisierung, des demographischen und sozialen Wandels, den neuen Forschungsfragen und den veränderten Ansprüchen an die Lehre gewachsen seien. Jutta Allmendinger, Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, stellte fest: „Die Hochschulen in Deutschland werden einen Weg finden müssen, dauerhaft einen wesentlich größeren Teil jedes Jahrgangs zu unterrichten. Der Blick auf jede Arbeitslosenstatistik und erst recht auf die Prognosen macht sehr deutlich: Der Arbeitsmarkt benötigt immer mehr akademisches Personal – und immer weniger gering qualifizierte Arbeitskräfte.“



Die Delphi-Studie ist ein systematisches Befragungsverfahren, das dazu dient, zukünftige Ereignisse, Trends, technische Entwicklungen und dergleichen möglichst gut einschätzen zu können. Wichtig dabei ist, dass die Befragung zweimal erfolgt. Beim zweiten Mal – und das ist das Wesentliche – werden die Ergebnisse der ersten Welle mit rückgemeldet. Die Befragten entscheiden dann nicht mehr nur auf der Basis ihrer eigenen Vorstellungen, sondern auch in Kenntnis der Vorstellungen der gesamten Expertengruppe. Das hat u.a. den Effekt, dass „Ausreißer“ wieder eingefangen werden.

hochschule@zukunft 2030

WIE ALSO KÖNNTEN DIE HOCHSCHULEN IN 25 JAHREN AUSSEHEN? ERGEBNISSE DER DELPHI-STUDIE

Ergebnisse der Delphi-Studie und
Hochschulkonferenz unter
www.boell.de/hochschulkonferenz

Hochschule – geeignet von 18 bis 88 Jahren. Am einfachsten heute schon absehbar ist die demographische Entwicklung. Die Studierenden des Jahres 2030 sind teilweise schon geboren. Die Fachleute erwarten, dass die Hochschulen auf die Änderung der Alterspyramide reagieren werden. Das heute schon viel beschworene lebenslange Lernen dürfte Realität werden, weil durch die Flexibilisierung und Verlängerung der Erwerbsphasen ein Bedarf an Weiterbildung auch in höherem Alter entsteht. Damit wird sich die Zusammensetzung in den Hörsälen ändern: neben „Anfängern“ werden „Erfahrene“ sitzen. Die Hochschulen werden sich auf diese Vielfalt einstellen, unter anderem mit speziellen Angeboten für Ältere.

Neue Vielfalt. Aber nicht nur das Lehrangebot wird sich nach Ansicht der Befragten differenzieren, auch die Hochschulen selbst werden sich in Zukunft stärker unterscheiden. Es kommt zur Etablierung verschiedener Hochschultypen – ein Paradigmenwechsel angesichts der Tradition des relativ homogenen deutschen Hochschulsystems mit großer Leistungsbreite. Nicht mehr alle Hochschulen werden alle Funktionen übernehmen. Neben Hochschulen, die regional verankert sind und durch Ausbildung und Forschung dem Wissenstransfer in die Region dienen, werden international orientierte Hochschulen für die Spitzenforschung entstehen. Die Exzellenzinitiative weist bereits in diese Richtung. Fast 90 Prozent der Befragten erwarten, dass sich die Qualität der Lehre an den Hochschulen in Zukunft signifikant unterscheidet.

Problemlöser Hochschule? Die Studienangebote der Hochschulen dürften in Zukunft weniger an den Disziplinen als an gesellschaftlichen Problemfeldern orientiert sein, und die heißen vor allem Energieversorgung, Demographie und Probleme der Arbeitsgesellschaft. Nach Ansicht der Expertinnen und Experten wird es zu einer Stärkung der Natur- und Ingenieurwissenschaften kommen und zu einer Schwächung der Geistes- und Sozialwissenschaften.

PISA goes academia. Wie gut die Hochschulen sind, könnte in Zukunft im Rahmen europäischer Hochschul-PISA-Studien bewertet werden. Solche Tests bewerten und vergleichen die Kompetenzen, die Absolventinnen und Absolventen an ihren Hochschulen erwerben. Eine heute für viele kaum vorstellbare Idee, sind doch die Kenntnisse, die ein Hochschulstudium vermittelt, nur schwer vergleichbar. Aber das dachte man bei Schulen auch lange. Dennoch kam PISA. Die Befragten halten ein Hochschul-PISA für denkbar. Es könnte eine ähnliche Dynamik auslösen wie die Schultests, außerdem die Lehrinhalte an den Hochschulen ändern und zu einer europäischen Standardisierung führen.

Wer bestimmt in Zukunft? Trotz dieser Entwicklung erwarten die Expertinnen und Experten im Jahr 2030 nicht, dass Hochschulpolitik auf der europäischen Ebene stattfindet. Im Gegenteil, Hochschulpolitik wird ihrer Ansicht nach in Deutschland Ländersache bleiben. Und das, obwohl sich eine Mehrheit eine bundeseinheitliche Politik wünscht. Insgesamt wird sich der Spielraum der Politik jedoch einengen. Die Befragten erwarten eine Professionalisierung des Managements der Hochschulen, die unter dieser Voraussetzung in Zukunft autonomer agieren können als heute.

Die virtuelle Hochschule der
Zukunft unter www.boell.de/hochschulkonferenz

BERLIN: THEATER UM DIE SCHULE

MUSICAL UND PODIUMSDISKUSSION

Neue Wege der politischen Bildung ging die Heinrich-Böll-Stiftung durch eine Kooperation mit der Neuköllner Oper im Februar 2006. Gezeigt wurde das Jugendmusical „Die letzte Show“ von Lutz Hübner. Es setzt Jugendliche an der Schwelle zum Erwachsenwerden in Szene, erzählt von Prüfungsangst, Leistungsansprüchen und der Frage, wer man in dieser Gesellschaft sein oder werden will. Im Rahmen einer Ring-Uraufführung (in Hannover, Düsseldorf und Wien) wurde das Stück in Berlin erstmals an der Neuköllner Oper in einer speziellen musikalischen Inszenierung zwischen Glamrock und Popballade gezeigt. Im Anschluss an die Premiere am 27. Februar 2006 lud die Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Diskussion über Leistungsstress und Eigenverantwortung in der Schule ein. Gäste auf dem Podium waren Sybille Volkholz, Schulsenatorin a.D. und Leiterin der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung, Sophie Walter, Schülerin in Berlin, Klaus Brunwicker, Leiter der Sophie-Scholl-Oberschule, und Gregor Grundhöfer, Leiter der Personalabteilung der Berliner Glas KGaA. Die Diskussion, an der sich die Schülerinnen und Schüler lebhaft beteiligten, drehte sich vor allem um die Selbstverantwortung der Eltern und der Schüler. Überfordert die Schule, fördert sie die Anpassung an gesellschaftliche Vorgaben statt die Entwicklung individueller Persönlichkeiten? Und was ist mit den Lehrerinnen und Lehrern? Welche Verantwortung tragen sie? Im Theaterstück empfinden Jugendliche das lebenslange Lernen und Prüfen als eine Qual, weil Lernen sie ständig mit ihren Defiziten konfrontiert. Hübner spielt in seinem Stück den „Hunger“ auf Leben gegen die Schule aus. Aber selbst wenn anerkannt wird, dass die Schule über weite Strecken eine Pflichtveranstaltung ist und die Inhalte nicht selbst gewählt sind: Darf Schule unter keinen Umständen Spaß machen? Muss sie morgens so früh beginnen und warum hetzt sie im Dreiviertelstunden-Takt durch die Fächer? Über diese Fragen konnten die Schülerinnen und Schüler natürlich leidenschaftlich diskutieren.



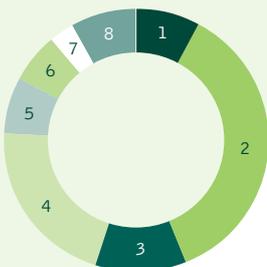
NACHWUCHSFÖRDERUNG STUDIENWERK



Clara Herrmann studiert Geographie, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft an der Berliner Humboldt Universität und ist seit Oktober 2006 Studienstipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung. Wie Heinrich Böll möchte auch Clara Herrmann „nicht zusehen, sondern mitgestalten“: Sie ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Studierendenparlaments der Humboldt Universität.

Fächerverteilung

1 Kunst, Kunstwissenschaften	8%
2 Sprach- und Kulturwissenschaften	36%
3 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	11%
4 Sozialwissenschaften	21%
5 Mathematik, Naturwissenschaften	7%
6 Humanmedizin	6%
7 Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	3%
8 Ingenieurwissenschaften	8%



Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Ziel der Förderung ist es, Potentiale zu entdecken, diese zu fördern und junge Menschen dafür zu gewinnen, sich weltweit für die Ziele der Stiftung einzusetzen: für Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Die Heinrich-Böll-Stiftung kombiniert in der Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben hervorragenden Studienleistungen erwartet sie von ihren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie „über den eigenen Tellerrand schauen“, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Von rund 1500 Bewerberinnen und Bewerbern wählt das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung jährlich etwa 200 bis 250 aus. An der Auswahl sind neben rund 200 Vertrauensdozentinnen und -dozenten Auswahlkommissionsmitglieder aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sowie Alumni und Stipendiaten beteiligt. Alle Beteiligten engagieren sich ehrenamtlich und unterstützen die Stiftung tatkräftig in dem aufwändigen dreistufigen Auswahlverfahren.

Förderschwerpunkte und Finanzierung Im Jahr 2006 konnten insgesamt 616 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 425 Studierende und 191 Promovierende. Die Stipendien wurden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert: 504 Stipendien konnten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ermöglicht werden, 111 mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (Internationales Programm). Weitere Unterstützung erhielt das Studienwerk von der Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1½ und 3 Jahren. Neben den Förderschwerpunkten in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Kunst- und Kulturwissenschaften baut die Stiftung ihre Förderung in bisher unterrepräsentierten Fachdisziplinen, wie z.B. Wirtschafts-, Rechts-, Technik-, Medien- und Naturwissenschaften, weiter aus. Besondere Zielgruppen der Förderung sind Frauen (im Jahr 2006 ca. 66 Prozent) und Menschen mit Migrationshintergrund (im Jahr 2006 ca. 16 Prozent). Das Studienwerk fördert zudem auch Studierende und Graduierte aus dem Ausland, die in Deutschland ihr Studium aufgenommen haben oder promovieren wollen; der regionale Schwerpunkt liegt in Ost- und Mitteleuropa sowie in den GUS-Staaten. In Russland führt das Studienwerk gemeinsam mit dem Moskauer Büro und russischen Partnerorganisationen ein Sur-Place-Stipendienprogramm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch.

Ideelle Förderung Das Studienwerk bietet mehr als nur finanzielle Unterstützung. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten, neue Denkräume zu eröffnen und über Politik zu streiten, Vernetzung voranzutreiben und internationalen Austausch zu fördern – dies sind zentrale Anliegen der ideellen Nachwuchsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Studienwerk fördert die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ebenso wie die fachliche Qualifizierung und die persönliche Entwicklung seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten. Das umfangreiche Begleitprogramm für Stipendiaten und Ehemalige besteht aus 70 bis 80 Veranstaltungen im Jahr. Darunter fallen mehrere

Großveranstaltungen wie die einwöchige Sommerakademie „Campus“, Einführungsseminare und das regelmäßige Treffen der Ehemaligen, der „Alumni Salon“. Hinzu kommen zahlreiche selbst organisierte Arbeitsgruppen- und Regionalgruppentreffen der Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung über ein Gutscheiprogramm. Darüber hinaus erhalten die Stipendiatinnen und Stipendiaten ein individuelles Beratungsangebot bezogen auf Studienplanung, Promotionsprojekt, Auslandsaufenthalte oder Karriereplanung. Vernetzungs- und Kontaktinitiativen runden das Programm ab: Dazu gehören regelmäßige Treffen und der Austausch untereinander, die virtuelle Kommunikation über das Intranet (www.boell-studynet.de) sowie Praktika-Angebote in den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung und den Auslandsbüros.

Schwerpunkte im Begleitprogramm Die jährlich stattfindende Sommerakademie – der „Campus“ – in Bad Bevensen war auch 2006 wieder der Höhepunkt im Jahresprogramm und fand vom 31. Juli bis 6. August zum Thema „Leben und Arbeiten in Europa“ statt. In der Podiumsdiskussion zum Thema „Nachbarn, Grenzen und Konflikte“ stritten Claude Weinber (Leiter des Büro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung), Alphan Tuncer (Promotionsstipendiat) und Uli Schuster (Promotionsstipendiat) über die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Gastvortrag „Grenzperspektiven – Europäische Legitimation an der Peripherie“ führte Dr. Monika Eigmüller von der Universität Leipzig, Institut für Soziologie, die Diskussion um die Grenzsicherung Europas weiter. Im Mittelpunkt des weiteren Programms standen Seminare, die von Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst organisiert wurden. Die Themen reichten von der Europäischen Wirtschafts-, Agrar- und Nachbarschaftspolitik bis hin zu Citizenship und Integration. Die Workshops der zweiten Wochenhälfte drehten sich überwiegend um den Ausbau von Soft Skills mit Themen wie „Debattieren in Englisch“, „Projekt- und Zeitmanagement“, „Planspiel um die Europäische Verfassung“ oder „Kreatives und wissenschaftliches Schreiben“.

Im April und Oktober 2006 fanden Einführungsseminare für die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten in Werftpfuhl bei Berlin statt. Tuchfühlung mit der Stiftung nehmen und ihren Namensgeber kennen lernen, Kontakte knüpfen, den fachlichen Austausch fördern und die politische Diskussion vorantreiben – dies sind die wesentlichen Elemente des für alle „Neuen“ obligatorischen Seminars „Ansichten einer Stiftung“. Kai Gehring (MdB) und Winne Herrmann (MdB) von Bündnis 90/Die Grünen stellten sich der politischen Diskussion mit den Stipendiaten.

Zu den neu in das Programm aufgenommenen Veranstaltungen gehörte 2006 ein Seminar zur Politikberatung, das sich mit den verschiedenen Facetten des Beratungsbedarfs der Politik und mit den Institutionen der Politikberatung beschäftigte. Die Teilnehmenden lernten die Arbeit von Regierungskommissionen, parlamentarischen Beratern sowie privaten Beratungsdienstleistern kennen. Kritisch durchleuchtet wurden Leistungsfähigkeit und Leistungspotentiale seriöser Politikberatung, die Grenzziehung zwischen Politikberatung und Lobbyismus, die Bedeutung wissenschaftlicher Politikberatung, schließlich die notwendigen qualifikatorischen Voraussetzungen für effektive und effiziente Politikberatung. Die ehemalige Bundesministerin Andrea Fischer, die Abgeordnete im Bundestag Cornelia Behm, der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Berlin Volker Ratzmann und viele andere stellten sich der Diskussion mit den Teilnehmenden.

In einem Seminar zur Existenzgründung wurden Chancen der Selbständigkeit reflektiert: Wann ist es sinnvoll, wann zu riskant, sich selbständig zu machen? Wie ist der Übergang vom Studium oder der befristeten Anstellung in die Selbständigkeit zu meistern? Außerdem erarbeiteten sich die Teilnehmenden Grundlagen für eine erfolgreiche Selbständigkeit. Dazu gehören neben dem Wissen über Unternehmensarten, Rechtsformen, Steuern und Versicherungen auch Kenntnisse über die Nutzung von Marketing, Netzwerken und Kammern.



Die promovierte Philosophin, bildende Künstlerin und Kuratorin Dr. Judith Siegmund ist ehemalige Studien- und Promotionsstipendiatin. In ihrer Dissertation untersuchte sie „Die Evidenz der Kunst. Werkästhetik als Kommunikationsästhetik“. Ihre künstlerischen Arbeiten waren u.a. in den Ausstellungen „Hannah-Ahrendt-Denkraum“ und „Sexwork“ in Berlin zu sehen.



Dr. Ellen Ueberschär ist Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages und ehemalige Studienstipendiatin. 2002 promovierte sie zu „Junge Gemeinde im Konflikt. Kirchliche Jugendarbeit in der SBZ und DDR 1945 bis 1961“. Ihre Dissertation wurde 2004 mit dem Dissertationspreis der Philipps-Universität Marburg ausgezeichnet. Sie ist Mitglied in der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung und der Grünen Akademie.



Diversity-Training zur Sensibilisierung für Diskriminierungsmechanismen und eigene Vorurteile



Dr. René Wildangel, ehemaliger Promotionsstipendiat. Im Anschluss an seine Promotion über „Die Arabisch-Palästinensische Begegnung mit dem Nationalsozialismus“ war er Referent im Auswärtigen Amt. Derzeit ist er fachpolitischer Referent für den Arbeitskreis IV „Außenpolitik, auswärtige Kulturpolitik, Menschenrechte, Entwicklungspolitik, Verteidigung, Europa“ der Bundestagsfraktion der Grünen mit den Schwerpunkten Internationale Institutionen, Naher Osten und muslimische Staaten.

Aufgrund der überaus positiven Resonanz des Vorjahres gab es auch 2006 das Seminar zur „Digitalen Videotechnik in der politischen Arbeit“, in dem die Teilnehmenden lernten, ein Thema als Filmidee auszuformulieren und unter dramaturgischen Gesichtspunkten zu verdichten. Als Ergebnis entstanden jeweils 5-minütige Dokumentarfilme zum Schwerpunktthema „24 Stunden Berlin“, die beispielsweise den Alltag eines Flohmarkt-Verkäufers („Ein Samstag mit Merek“) und Impressionen der Arbeit von Berliner Straßenreinigern („Ohne Ordnung geht's nicht“) anschaulich visualisierten.

Ein Diversity-Training für Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Migrationshintergrund hatte die Sensibilisierung für Diskriminierungsmechanismen und eigene Vorurteile zum Ziel. Das Diversity-Training ist eines von verschiedenen Bausteinen im Begleitprogramm des Studienwerks zu den Gemeinschaftsaufgaben der Stiftung rund um die Themen Interkulturalität, Integration und Genderpolitik.

Eine Kooperation zwischen Studienwerk und Landesstiftungen ermöglichte Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung auch im Jahr 2006 wieder die Teilnahme an Workshops der Reihe „PolitikManagement“. Die Reihe bietet praxiserprobte Konzepte für jene an, die ihre politische Arbeit professionalisieren wollen. Aufgebaut im Modulsystem vermitteln die Workshops zu Redens schreiben, Vorstandsarbeit, Interviewtraining oder Konfliktmanagement das notwendige Know-how, um erfolgreich Politik zu gestalten.

Insgesamt sieben, von Stipendiaten selbst initiierte Arbeitsgruppen arbeiteten auch im Jahr 2006 wieder zu Schwerpunktthemen der Stiftung, beispielsweise zu „Feminismus und Gender“ oder „Internationale Zusammenarbeit“. Die selbstorganisierten Arbeitsgruppen müssen eine konkrete und realistische Projektplanung vorlegen, um finanziell unterstützt zu werden. Neu aufgenommen wurde die AG „Wirtschaftspolitik“. Diese arbeitete insbesondere zum Thema „Europäische Wirtschaftspolitik“ und diskutierte mit der ehemaligen EU-Kommissarin Dr. Michaele Schreyer über europäische Haushaltspolitik. Ein zweites Thema der Arbeitsgruppe war „Internationale Rohstoffknappheit“, das mit Experten aus dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erörtert wurde.

Promotionsförderung Vom 24. – 26. Mai trafen sich 50 Promovierende der Heinrich-Böll-Stiftung zum jährlich stattfindenden Promovierendenforum auf der Galerie. Das Forum bietet ihnen die Chance, die eigene Forschungsarbeit zu präsentieren und die Arbeiten der Anderen näher kennenzulernen. Die Vortragsthemen waren auch in diesem Jahr wieder breit gestreut und reichten von der „UN Reform – impossible?“ über „Kulturelle Strategien der Selbstdeutung unter litauischen Eliten“ bis zu „Die Methanolsynthese – ein Weg zu alternativen Kraftstoffen“. Über den themenbezogenen Austausch hinaus konnten übergreifende praktische Fragen der Promotionsphase wie z.B. Promovieren mit Kind oder Veröffentlichungsstrategien besprochen werden.

Das Promotionsprogramm bestand des Weiteren aus Seminaren und Workshops zur Qualifizierung in der Promotionsphase.

Internationaler Austausch Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu fördern, ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. Das Studienwerk unterstützt Stipendiatinnen und Stipendiaten, die im Ausland studieren, forschen oder ein Praktikum absolvieren wollen, oder lädt Stipendiaten aus den Sur-Place-Programmen nach Deutschland ein. Besonders beliebt sind mehrmonatige Praktika in den Auslandsbüros der Stiftung. Im Jahr 2006 gingen insgesamt 172 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit der Unterstützung der Stiftung ins Ausland, um dort ein Studienjahr zu absolvieren. Die beliebtesten Länder für Auslandsaufenthalte sind nach wie vor Großbritannien, Frankreich, USA und Mittel- und Südamerika, gefolgt von Mittel- und Osteuropa bzw. den GUS-Staaten.

Zum ersten Mal nahmen im Jahr 2006 vier Stipendiatinnen und Stipendiaten des Studienwerks an der Sommertagung des Sur-Place-Stipendiaten-Programms im Südkaukasus teil. Sie beteiligten sich mit eigenen Vorträgen an der Konferenz und vertieften ihre Kenntnisse über die Region durch Feldforschungsexkursionen und im direkten Austausch mit den Sur-Place-Stipendiaten aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Positives Fazit der Sommerschule: drei der Teilnehmenden aus Deutschland werden ihre Abschlussarbeit zu Georgien oder einem anderen südkaukasischen Land schreiben.

Acht russische Stipendiaten aus dem Moskauer Sur-Place-Programm kamen nach Berlin, um ihre Forschungsvorhaben vorzustellen und die Stiftung kennenzulernen. Zum Abschluss ihrer 18-monatigen Förderung verbrachten sie zwei Monate an Berliner Universitäten, um ihre Forschungen durch Archivrecherchen und Literaturstudien in Bibliotheken sowie durch Interviews mit Fachleuten ihres Forschungsgebiets zu ergänzen. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten, die sich größtenteils zum ersten Mal in Deutschland aufhielten, arbeiten in Russland zu Themen aus den Bereichen Menschenrechte, Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft und Vergangenheitsbewältigung.

Das Seminar „Ein Weg – viele Wege: Was nun nach dem Studium? Die Auseinandersetzung mit Heimat und Fremde“ wird regelmäßig für ausländische Studierende der Heinrich-Böll-Stiftung angeboten, so auch im Jahr 2006. Wie bereitet man sich auf die Rückkehr in sein Herkunftsland vor? Wo findet man Informationen über Reintegrationshilfe? Wie kann man von Deutschland aus im Ausland die eigene Selbständigkeit aufbauen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Reintegrationsseminar.

Erstmalig beteiligte sich die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2006 zudem an dem „Europäischen Journalisten-Fellowship“-Programm an der Freien Universität Berlin (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft). Journalisten und Journalistinnen überwiegend aus Ost- und Mitteleuropa sowie aus den GUS-Staaten haben die Möglichkeit, ein Jahr lang in Berlin an einer Recherche zu arbeiten; die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte im letzten Jahr eine weißrussische Journalistin mit einem Stipendium.

Alumni-Vernetzung Das Studienwerk sucht den Kontakt zu seinen inzwischen 1650 ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten und fördert den Austausch und die Kooperation unter ihnen. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter informiert die Ehemaligen über Neuigkeiten aus der Stiftung und über die Aktivitäten der Alumni. Der inzwischen 4. „Alumni-Salon“ fand mit über 100 Ehemaligen wieder auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Diesmal ging es um „Interkulturelles Zusammenleben und Antidiskriminierungsstrategien“. Ausschließlich Ehemalige traten als Referenten auf; zu ihnen gehörten Dr. María do Mar Castro Varela, Dr. Nikita Dhawan von der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, Dr. Stephan Bundschuh vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Düsseldorf, Dr. Ali Fathi, Trainer für interkulturelle Kompetenzen, Demokratieerziehung und Menschenrechte, sowie Melanie Schnatsmeyer von Bündnis 90/Die Grünen.

Im April 2006 trafen sich rund 30 Ehemalige und diskutierten mit den Initiatoren von Alumni-Netzwerken anderer Stiftungen und Förderwerke über verschiedene Modelle der erfolgreichen Netzwerkarbeit. Dabei standen vor allem die Fragen einer möglichen Vereinsgründung und lokale sowie internationaler Vernetzungsinitiativen im Vordergrund.



Dr. María do Mar Castro Varela, ehemalige Promotionsstipendiatin. Sie promovierte in Politikwissenschaft zu Utopiediskursen migrierter Frauen. Im Wintersemester 2006/07 war sie Gastprofessorin im Maria-Goeppert-Mayer-Programm für Internationale Frauen- und Genderforschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.



„Alumni-Salon“ am 11. November 2006 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung



(li-re) Dr. Stephan Bundschuh, Mekonnen Mesghena, Melanie Schnatsmeyer und Dr. Ali Fathi

„Was ist grün an grüner Außen- und Europapolitik?“ lautete das Diskussionsthema der Abendveranstaltung des Internationalen Parlamentspraktikums (IPP). Junge Graduierte aus den USA, Frankreich und Osteuropa, die im Bundestag ein Praktikum bei einem Bundestagsabgeordneten absolvieren, sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung fanden sich zu einem Austausch mit Reinhard Weißhuhn, dem fachpolitischen Referenten für Außenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, und Sascha Müller-Kraenner, Referent für Außen- und Sicherheitspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung, zusammen. Der Abend bildete den Abschluss einer Besuchsreihe der „IPPler“ durch die verschiedenen politischen Stiftungen und die grünen Landesstiftungen in NRW, Schleswig-Holstein und Thüringen, die vom Studienwerk koordiniert wurde.

Wie international ist unsere Nachwuchsförderung? Globalisierung und Internationalisierung stellen neue Herausforderungen an die Hochschulen und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Mit der Frage nach den Auswirkungen dieses Globalisierungsprozesses auf Studierverhalten, Mobilität und Ausbildung beschäftigte sich die öffentliche Fachtagung, die das Studienwerk jährlich zu einem hochschulpolitischen Thema, das unmittelbar Einfluss auf die Förderstrategien des Studienwerkes nimmt, ausrichtet. Rund 65 Vertrauensdozentinnen und -dozenten sowie Auswahlkommissionsmitglieder und externe Gäste diskutierten über Qualität und Auswirkungen der Internationalisierungsbemühungen der Hochschulen, die Auswirkungen auf die Lehre sowie Handlungsspielräume der Hochschulen bei der Ausgestaltung der neuen Studiengänge. In der Podiumsdiskussion, die Jan-Martin Wiarda von der *Zeit* moderierte, ging es vor allem um die Frage einer angemessenen Ausgestaltung der Nachwuchsförderung unter den wachsenden Internationalisierungsanforderungen.

ÜBERSICHT ÜBER LAUFENDE PROMOTIONSKolLEGS BZW. THEMENSCHWERPUNKTE DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IM JAHR 2006

Kollegtitel	Laufzeit	Kooperationspartner
Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten	2003 – 2006	Universität Bremen, Zentrum für Feministische Studien
Verfasstheit der Wissensgesellschaft	2003 – 2006	Grüne Akademie
Exklusionsrisiken und Inklusionsstrategien im erweiterten Europa	2005 – 2008	Universität Bremen, Graduate School of Social Sciences
Ökologie und Fairness im Welthandelsregime	2005 – 2008	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (in Koop. mit verschiedenen Universitäten)
Überwindung von Diktaturen und Aufbau von Zivilgesellschaften im Ost-West-Vergleich	2005 – 2008	Universität Heidelberg/Universität Wien

(li-re) Wattwanderung der AG Politische Ökologie im Mai 2006; Treffen der AG Wirtschaftspolitik mit Michael Schreyer



STIPENDIENPROGRAMME DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IM AUSLAND

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. des Auswärtigen Amtes vier Sur-Place-Stipendienprogramme in Russland, Mittelamerika, im Südkaukasus und in Bosnien-Herzegowina. Federführend für die Auswahl und Betreuung der Stipendiaten sind die jeweiligen Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung.

Büro Moskau Das Stipendienprogramm in Russland fördert seit 1994 Studierende der Soziologie, Geschichtswissenschaft sowie Juristinnen und Juristen – und dies vor allem außerhalb der Metropolen Moskau und St. Petersburg. Die historischen Forschungen konzentrieren sich auf die Repressionsgeschichte des sowjetisch-totalitären Systems, insbesondere auf die Erforschung regionaler Geschichten von politischer Verfolgung. Dort hat das Programm schon in den 90er Jahren Maßstäbe gesetzt, die heute allgemein gelten. Die soziologischen Forschungen greifen vor allem die Lebensbedingungen von Minderheiten in Russland auf, während sich die Juristinnen und Juristen mit aktuellen Menschenrechtsfragen beschäftigen. Insgesamt hat das Programm, das in Kooperation mit Memorial und dem St. Petersburger Zentrum für unabhängige Sozialforschung durchgeführt wird, seit seinem Bestehen rund 200 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darin unterstützt, ihre Forschungen in Russland fortzusetzen. Ein Alumniprogramm befindet sich im Aufbau.

www.boell.ru

Büro Mexiko-Stadt Das Stipendienprogramm ermöglicht seit zehn Jahren Hochschulabsolventen die Teilnahme an ausgewählten Postgraduierten-Studiengängen renommierter Universitäten und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen in Mexiko. Gefördert werden Postgraduierte der Fachrichtungen Soziologie, Regionalplanung und -entwicklung sowie Wirtschaftswissenschaften. Mehr als 80 Stipendien wurden bislang vergeben, davon etwa 2/3 an Frauen. Etwa 37 Prozent der Stipendien gingen nach El Salvador, 30 Prozent nach Nicaragua und 19 Prozent nach Kuba. Erst kürzlich wurde das Programm auch für Interessierte aus Guatemala, der Dominikanischen Republik und Haiti geöffnet. Die Abschlussrate beträgt 95 Prozent, das ist sehr beachtlich in einer Region, in der langjährige bewaffnete Konflikte dem Schul- und Hochschulwesen schwer zugesetzt haben. Auch heute noch sind die Institute nur unzureichend ausgestattet, die Dozenten schlecht bezahlt, und es fehlt an einer Forschungs- und Publikationstradition.

www.boell-latinoamerica.org

Büro Tbilisi Das Stipendienprogramm zielt auf die Erneuerung der Sozialwissenschaften durch Förderung individueller, auf die Region bezogener und in der Region durchgeführter Forschungsvorhaben. Zugleich baut die Stiftung damit an einem Netzwerk junger Gesellschaftswissenschaftler, die später wichtige Aufgaben in einer regional ausgerichteten Bildungs- und Projektarbeit übernehmen können. Die Organisation dieses Programms in einer von schweren politischen Konflikten zerrissenen Region erfordert hohe Investitionen an Zeit und politische Aufmerksamkeit. Zur Auswahl der Stipendiaten wurde eine internationale Jury gebildet, die jeweils zum Jahresende unter bis zu 100 Bewerberinnen und Bewerbern eine Wahl trifft. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung von grenzüberschreitenden Netzwerken und Nachfolgeprojekten gelegt. So sind z.B. derzeit zwei gemeinsam von armenischen und aserbaidzhanischen Stipendiatinnen und Stipendiaten erarbeitete Publikationen zu verschiedenen Aspekten der Genese des Berg-Karabach-Konfliktes in Vorbereitung.

www.boell.ge

Büro Sarajevo Das Stipendienprogramm richtet sich an Studierende der Geisteswissenschaften sowie der Natur- und technischen Wissenschaften mit besonderem Interesse an Ökologie. In Bosnien und Herzegowina kommt es durch Abwanderung junger Menschen zum Verlust gerade jenes Potentials, das für eine künftige gesellschaftliche Veränderung sorgen könnte. Das Stipendienprogramm will junge Studierende im Land halten und ihnen eine Zukunftsperspektive geben. Bisher wurden über 80 Stipendien vergeben.

WIRTSCHAFT, ARBEIT UND SOZIALES

(li-re) Markus C. Müller, ubitexx GmbH, Annemarie Gerzer-Sass, Deutsches Jugendinstitut München, und Johannes Singhammer, Ministerialrat a.D., MdB der CSU



Das bundesdeutsche Sozialmodell steht auf dem Prüfstand: Wie können Finanzierbarkeit und Beschäftigungsorientierung organisiert werden, damit sie auch künftig gewährleistet sind? Neue Ideen sind gefordert, die Teilhabe sichern, Chancen eröffnen und soziale Ausgrenzung verhindern. Die Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltet Kongresse, Tagungen und Diskussionen zu diesen Fragen.

MÜNCHEN: „WERTE FÜR DEN WETTBEWERB“

TAGUNG

Werte liegen bei Unternehmen im Trend: Kaum ein Großbetrieb kommt noch ohne „Wertemanagement“ aus, Manager sprechen neuerdings bei Bilanzpressekonferenzen von Nachhaltigkeit und Verantwortung. Doch Massenentlassungen bei steigenden Renditen, satte Managergehälter und Firmenpleiten – mit den oft proklamierten Leitbildern und moralischen Standards will das nicht recht zusammenpassen. Wie ist es tatsächlich um die unternehmerische Verantwortung in und für die Gesellschaft bestellt? Und warum soll sich Verantwortung überhaupt auszahlen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Tagung am 9. Dezember 2006 „Werte für den Wettbewerb – Unternehmer/innen in gesellschaftlicher Verantwortung“, eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem sozial und ökologisch orientierten Unternehmensverband UnternehmensGrün, der Evangelischen Stadtakademie München und der Petra-Kelly-Stiftung.

„Der Graben zwischen Teilen der Wirtschaft und der Gesellschaft wird größer“, so Andreas Buchner, Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes UnternehmensGrün und Vertreter der Petra-Kelly-Stiftung zu Beginn der Tagung. Viele Manager hätten wenig Verständnis für die allgemeine Aufregung über ihr Auftreten. Die Bevölkerungsmehrheit wiederum lehne eine allein auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Unternehmenspolitik strikt ab. Diese Verständnislosigkeit auf beiden Seiten sei insofern problematisch, als Wirtschaft und Gesellschaft keine getrennten Welten seien. So habe beispielsweise eine familienfreundliche Personalpolitik gesellschaftliche Auswirkungen – auch dann, wenn diese allein an den Unternehmensinteressen orientiert sei.

Einen insgesamt steigenden Bedarf an unternehmerischer Verantwortung sah Prof. Dr. André Habisch, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt. Engagement solle und dürfe Wettbewerbsvorteile bringen und müsse die globalisierungsbedingte „Neujustierung öffentlicher Güter“ begleiten. Bereiche wie Ausbildung, Kultur, Verkehr und der regionale Arbeitsmarkt seien für eine aktive

Bürgerarbeit besonders interessant – in Ländern wie Dänemark, Niederlande oder den USA gäbe es hier bereits einige Erfolge. In Deutschland sah er hingegen noch einigen Nachholbedarf, nicht zuletzt weil es den Politikern an Mut fehle, Ansprüche der Bürger und Bürgerinnen an den Staat zurückzuweisen.

Die Foren zu den Themen Mitarbeiterbeteiligung, Standortauswahl, unternehmerische Verantwortung und familiengerechte Personalpolitik beschäftigten sich überwiegend mit Beispielen aus der Unternehmenspraxis und dem Ausloten neuer Handlungsfelder – so wird z.B. die Betreuung und Pflege älterer Angehöriger in der Personalpolitik eine steigende Relevanz bekommen. Zum Thema „Mitarbeiterbeteiligung“ lieferte Stefan Fritz von der Gesellschaft für Innerbetriebliche Zusammenarbeit GmbH (Forchheim/Oberfranken) eine Reihe interessanter empirischer Befunde, etwa dass Unternehmen mit Beteiligung in der Regel einen signifikant höheren Umsatz haben, in Forschung und Entwicklung wesentlich innovativer sind, und damit letztlich produktiver arbeiten.

Im Abschlusspodium ging es um die Frage, inwiefern auch der Mittelstand eine „Corporate Social Responsibility“ (CSR) benötigt. Markus C. Müller, ubitexx GmbH (München) und stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), merkte an, der Mittelstand habe es gar nicht nötig, sich durch spezielle CSR-Aktivitäten hervorzutun. Manche Mittelständler bezeichneten irgendwann Dinge als CSR, die sie schon immer gemacht hätten. Gottfried Härle, Brauerei Clemens Härle, wollte hingegen gesellschaftliches Engagement durchaus hervorgehoben wissen, man solle lediglich gesetzeskonformes Verhalten nicht mit CSR verwechseln. „Wer sich als Unternehmer anständig verhält, der braucht kein CSR“, argumentierte Karl Ludwig Schweisfurth von den Hermannsdorfer Landwerkstätten.



„Das Argument der Agroindustrie, nur mithilfe von Dünger, Chemie und Gentechnik lasse sich die Menschheit ernähren, stimmt nicht.“
Karl Ludwig Schweisfurth, Gründer und Inhaber der Hermannsdorfer Landwerkstätten (Glonn)

BERLIN: „BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK. DAS MODELL DEUTSCHLAND AUF DEM PRÜFSTAND“

KONFERENZ

Die Arbeitslosigkeit ist seit mehr als 30 Jahren ein Problem, das weder unter konservativer Regierung noch unter Rot-Grün gelöst werden konnte. Neben der nationalen wirken in immer stärkerem Maße internationale Faktoren auf die Beschäftigung. Wie hat sich die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wirtschaftssystem verändert? Inwieweit hat die Wirtschaftspolitik falsch reagiert? Was können wir von anderen Ländern lernen, die ein Beschäftigungswachstum aufweisen? Diese und weitere Fragen waren Thema der Konferenz „Beschäftigungspolitik. Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand“ der Heinrich-Böll-Stiftung vom 13.–14. Januar 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus. Ziel war es, unterschiedliche Ansätze der Beschäftigungspolitik zu analysieren und nach neuen pragmatischen und ideologiefreien Mixturen zur Lösung des andauernden Problems der Massenarbeitslosigkeit zu suchen. Der Politologe Wolfgang Merkel verglich in seinem Vortrag das deutsche Beschäftigungsmodell mit erfolgreichen Politiken anderer Länder. Dabei zeigte sich, dass offenbar eine Mischung aus innovativer Wirtschaftspolitik und einer Erhöhung des Beschäftigungspotentials durch abgestimmte Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik für den Erfolg maßgeblich ist. Die skandinavischen Länder schnitten in der Bewertung Merkels am besten ab. Schweden z.B. sei geprägt durch das Vorsorgeprinzip. Es bewältigt die demographischen Herausforderungen durch lange Lebensarbeitszeiten und finanziert den Sozialstaat zuverlässig über Steuern. Gesellschaftliche Fairness erreichten die Schweden durch hohe Bildungsinvestitionen und eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Auch Deutschland müsse nach dem Vorsorgeprinzip umgebaut werden, so die Forderung Merkels. Hierzu müssten bisherige Politikstrategien radikal verändert werden. So plädierte er für einen neuen Familienvertrag, der bestmögliche Investitionen in die Erziehung und Ausbildung von Kindern gewährleistet, einen neuen Geschlechtervertrag, der die Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht, und einen neuen Beschäftigungsvertrag, der das Beschäftigungsproblem durch Maßnahmen wie drastische Sen-

kungen der Lohnnebenkosten, längere Lebensarbeitszeiten, Einführung von Kombilöhnen sowie die Deregulierung des Arbeitsmarktes lösen kann.

Jutta Allmendinger, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, und Klaus F. Zimmermann, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, sahen einen Ausbau des Niedriglohnsektors als erforderlich an, um der hohen Zahl an Geringqualifizierten zu begegnen. Darüber hinaus wären Investitionen in Bildung über die gesamte Lebensspanne von hoher Bedeutung, denn Qualifikation wurde übereinstimmend als wirksamster Schutz vor Erwerbslosigkeit angesehen. Auch Oliver Landmann, Ökonom an der Universität Freiburg, empfahl auf lange Sicht den Ausbau des Niedriglohnsektors sowie eine stabile Steuerpolitik. Darüber hinaus plädierte er dafür, in der anstehenden Wachstumsphase die Tarifpolitik zu disziplinieren und eine Erhöhung von Lohnspreizungen vermehrt zuzulassen.

Letztlich beinhalteten alle vorgestellten Strategien grundlegende und langfristige Veränderungen, die dem Prinzip der Vorsorge Rechnung tragen und für die zukünftige Gestaltung des deutschen Sozialstaates wesentlich sind. Wichtig erscheint vor diesem Hintergrund eine ambitionierte politische Strategie, die die oben genannten Anregungen vereint und zu ihrer Umsetzung an allen ökonomischen und politischen Instrumenten ansetzt.

Eine Fortsetzung finden die Themen der Konferenz in der 2006 neu eingeführten Reihe „Beschäftigungspolitische Fachgespräche“. Alle drei Monate bekommen hier Experten und Expertinnen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik aus der grünen Partei, aus den Fraktionen, aus Verbänden und Institutionen Gelegenheit, sich mit grundlegenden und spezifischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Sie erhalten hierzu wissenschaftlichen Rat von ausgewiesenen Fachleuten aus Universitäten und Forschungsinstituten.

„ZUKUNFT DES SOZIALEN“

VERANSTALTUNGSREIHE

Mit grundlegenden Fragen des sozialen Zusammenlebens beschäftigt sich die Reihe „Zukunft des Sozialen“. Die erste Abendveranstaltung im Jahr 2006 widmete sich dem Thema „Gerechte Ungleichheit? Gleichheitsdebatte und Neue Armut“. Gäste waren u.a. Jens König, Journalist und Co-Autor von *Einfach abgehängt*, Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, Beate Rössler, Universität Amsterdam, Autorin von *Unglück und Unrecht. Grenzen der Gerechtigkeit im liberalen Rechtsstaat*, Thomas Schramme, Universität of Wales Swansea, Autor von *Gleichheit und Kämpfe um Inklusion*, und Stefan Gosepath, Universität Potsdam, Autor von *Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus*.

Die „Teilhabe-gesellschaft“ als Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates stand im November zur Diskussion. Gerd Grözing, Michael Maschke und Claus Offe haben im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung das in den USA entwickelte Modell auf die deutschen Verhältnisse übertragen und durchgerechnet. Die Studie ist 2006 im Campus-Verlag erschienen. Die Idee dahinter ist folgende: Jeder junge Bürger soll mit 18 Jahren als Startkapital eine steuerfinanzierte Sozialerbschaft von 60.000 Euro erhalten. Die Finanzierung erfolgt aus der Besteuerung von Vermögen und Erbschaften.

Dieses Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens wurde in weiten Teilen der Gesellschaft kontrovers diskutiert. Die Stiftung begleitete die Debatte mit einem umfangreichen Internet-Dossier zum Thema sowie einer Podiumsdiskussion in Kooperation mit dem Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.



DIE TEILHABEGESELLSCHAFT. MODELL EINES NEUEN WOHLFAHRTSTAATES Erschienen im Campus Verlag in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Frankfurt 2006, 222 Seiten, 19,90 Euro

Internet-Dossier zum Thema Teilhabegesellschaft unter www.boell.de

MIGRATION, DIVERSITY UND INTERKULTURELLE DEMOKRATIE

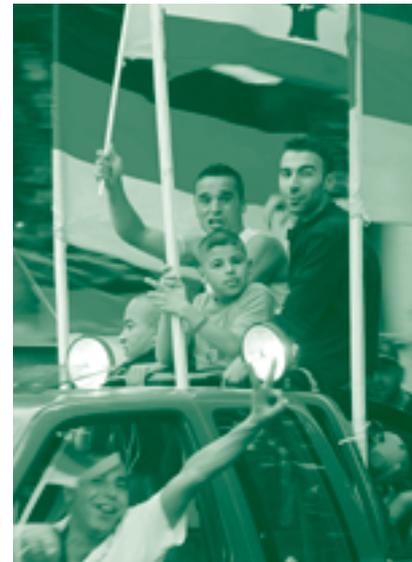
Die politischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft sind vielschichtig und betreffen Migrantinnen und Migranten sowie die Aufnahmegesellschaft gleichermaßen. Die Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt sich mit Fragen der Integration, der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) und des Multikulturalismus als gesellschaftlicher Realität.

BERLIN: „NEUE ALLIANZEN FÜR INTEGRATION“

VERANSTALTUNGSREIHE

Es gehört zur multikulturellen Realität Deutschlands und anderer westeuropäischer Staaten: Migrantinnen und Migranten sind ein fester Bestandteil der Gesellschaft und leisten einen enormen Beitrag für die Volkswirtschaft, soziale Stabilität sowie Kunst und Kultur. Dennoch nimmt ein Großteil von ihnen nur begrenzt am öffentlichen Leben teil und als Entscheidungstragende treten sie nur selten in Erscheinung. Die Veranstaltungsreihe „Neue Allianzen für Integration“ fragt nach Gründen für diese unzureichende Teilhabe an einer aktiven Gesellschaftsgestaltung. Im Jahr 2006 fanden mehrere Fachgespräche dieser Reihe statt, eines z.B. im September in Frankfurt/Main zum Thema „Demokratie – Chancengleichheit – Teilhabe in Wirtschaft und Arbeit“. Hier ging es speziell um die Frage der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote unter Migrantinnen und Migranten liegt bekanntlich hoch. Dennoch gibt es genug Beispiele von Menschen, die es geschafft haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Einige wurden auf der Veranstaltung vorgestellt. So z.B. Nadia Qani, Inhaberin und Geschäftsführerin eines Ambulanten Häuslichen Pflegedienstes in Frankfurt/Main, Alina Winiarski, Geschäftsführerin von Winiarski Poland Germany Consult in Berlin, und Annette Baranowski, Personalentwicklerin der LIMO Lissotschenko Mikrooptik GmbH in Dortmund. Aus ihren Berichten wurde deutlich, dass Eigenmotivation und das Durchhalten gegenüber Ausgrenzungserfahrungen, Problemen mit interkulturell inkompetenten Behörden und zahlreichen rechtlichen Restriktionen entscheidend für den Erfolg waren.

Dass vor allem strukturelle Benachteiligungen zu der insgesamt problematischen Situation von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt führen, wurde auch in der späteren Diskussion deutlich. Auch wenn das Zuwanderungsgesetz einige Probleme lösen konnte, so bestünden noch viele Defizite und ein insgesamt zu defensives Einwanderungsklima. Migranten und Migrantinnen würden noch allzu oft als „unvollkommene Deutsche“ betrachtet und deren spezifische Kenntnisse für wirtschaftlichen Erfolg kaum genutzt, so Swetlana Franken vom Fachbereich Unternehmensführung & Interkulturelles Management der FH Köln. Thomas Liebig von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wies auf den aus seiner Sicht „dramatisch zu bezeichnenden“ Gesamtrückgang der Zuwanderung nach Deutschland hin. Deutschland verliere hier Zukunftschancen. Tarik Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Hessischen Landtag, machte nochmals deutlich, dass die Arbeitsmarktintegration nach wie vor die zentrale Frage aller Integrationsdebatten darstelle. Auch im Bereich der Wirtschaft sei es wichtig, dass es Vorbilder als „Leuchtturm“ gebe.



Türkisch-deutsche Fußballfans während der WM im Sommer 2006

Die Gesamtsituation von Migrantinnen und Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist von einer starken Verschlechterung seit 1990 geprägt, die insbesondere die Gruppe der Türken und allgemein die Frauen betrifft. Deutschlands Zuwanderungsstruktur ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an niedrig qualifizierten und bildungsfernen Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus kann die Integration von Hochqualifizierten nur als ungenügend betrachtet werden. Deutschland liegt in allen vergleichbaren Daten im internationalen Vergleich im Mittelfeld, droht aber hinsichtlich des „Wettbewerbs um die besten Köpfe“ zunehmend den Anschluss zu verlieren.

Ergebnisse der OECD-Studie zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland

Michael Stuber, Ungleich Besser Diversity Consulting, bemängelte ein fehlendes Klima der Offenheit gegenüber den Chancen einer vielfältigen Republik. In vielen Bereichen herrsche eine monokulturelle Leitkultur, die Minderheiten und Frauen die unteren Hierarchieebenen zuweise.

Fazit der Diskussion: Ungeachtet der rechtlichen Fortschritte der letzten Jahre und vieler Erfolge von Migrantinnen und Migranten ist weiterhin ein grundlegender Bewusstseinswandel notwendig. Talente und Potentiale von Migranten werden nur unzureichend erkannt und genutzt. Um einen Bewusstseinswandel voranzubringen bedarf es einer beharrlichen Kommunikation von positiven Signalen.

BERLIN: „GRÜN TRIFFT GRÜN“

DIALOGREIHE

Um den politischen Dialog mit Muslimen und Muslima in Deutschland geht es in der Dialogreihe „Grün trifft Grün“. In Kooperation mit der Muslimischen Akademie in Deutschland lädt die Heinrich-Böll-Stiftung Vertreterinnen und Vertreter der muslimischen „Community“, zivilgesellschaftlicher Gruppen, aus Wissenschaft und (grüner) Politik an einen Runden Tisch. Diskutiert werden u.a. kontroverse Themen wie politische Repräsentanz, Geschlechterverhältnisse oder Diversity in der muslimischen „Community“. Im Oktober 2006 fand im Rahmen dieser Reihe erstmals eine öffentliche Veranstaltung statt: „Die Guten und die Bösen? Wahrnehmung von Muslimen in der öffentlichen Debatte“. In ihrem Einleitungsvortrag bezeichnete die Medienpädagogin Sabine Schiffer vom Nürnberger Institut für Medienverantwortung die Berichterstattung in deutschen Medien als einseitig. Das Bild des Islam werde vor allem durch die Berichterstattung aus dem Ausland bestimmt, und da gehe es meist nur um Gewalt und Terror. Die Berliner Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus konzidierte vielen Journalisten durchaus das Bemühen um sachgerechte Darstellung. Ihre Empfehlung an die islamischen Verbände war, sich stärker zu professionalisieren, um dem großen Medieninteresse eine differenzierte und glaubwürdige Selbstdarstellung entgegenbringen zu können. Die nachfolgende Diskussion bestritten Cordula Meyer, Der Spiegel, Volker Beck, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Seyran Ates, Rechtsanwältin, und Oguz Ücücü, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs.

HAMBURG: „FESTUNG EUROPA?“

KONFERENZ

Die Konferenz „Festung Europa? Effekte und Konsequenzen von Arbeitsmigration“ vom 16.–17. Februar 2006 in Hamburg beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen einiger europäischer Einwanderungsländer und deren Politik gegenüber Zuwanderern. Die Legalisierungskampagnen in Italien und Spanien, die insbesondere den Arbeitsmigrantinnen und -migranten in Niedriglohnssektoren zugute kamen, sowie die Öffnung der Arbeitsmärkte von Großbritannien, Irland und Schweden für die neuen Beitrittsländer der EU sind einige Beispiele für die diskrepante Arbeitsmarktpolitik innerhalb Europas. Im Gegensatz zu anderen Ländern fehle es in Deutschland an einer Debatte über die Öffnung Europas und den Bedarf zusätzlicher Arbeitskräfte, betonte Antje Möller, MdHB und Sprecherin der grünen BAG Migration und Flucht. Wenn sie doch stattfinde, sei sie von Ängsten geprägt. In der Politik herrsche daher ein Unwille zur Auseinandersetzung, noch nicht einmal das Bleiberecht von Geduldeten werde erörtert. René Plaetevoet von der belgischen Organisation „december 18“ wies auf die Notwendigkeit von Abkommen zum Schutz der Rechte von Migranten hin. Die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (CMW) würde diesen Schutz bieten, wurde bisher aber nur von 34 Staaten ratifiziert. Die Staaten Westeuropas und die USA hätten dies aus mangelndem Willen nicht getan. Liz Fekete, Direktorin des britischen Institute of Race Relations, gab ihrer Besorgnis Ausdruck, wie z.B. in Frankreich über selektive Migration gesprochen werde.



Festung Europa – die EU schottet sich immer restriktiver gegen Flüchtlinge und Migranten ab.

Einigkeit bestand am Ende darin, dass die Rechte von Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem rechtlichen Status anerkannt und respektiert werden müssen. Bei der Frage der Legitimierung von Zuwanderern sei allerdings eine breite Zustimmung in der Bevölkerung nötig.

KAIRO: „THE MAGHREB CONNECTION – MOVEMENTS OF LIFE ACROSS NORTH AFRICA“

AUSSTELLUNG UND VISUELLE KONFERENZ

Die Beziehungen zwischen Nordafrika und Europa haben sich während der vergangenen Jahrzehnte grundlegend verändert. Während Europa einerseits viel in die Eindämmung von Migration investiert, versucht die europäische Wirtschaft andererseits in die Maghrebstaaten zu expandieren, um Rohstoffe und billige Arbeitskräfte zu gewinnen. Die zunehmend komplexen Formen der Mobilität und die sozio-ökonomischen Dynamiken im Mittelmeerraum standen im Mittelpunkt der Ausstellung „The Maghreb Connection – Movements of Life Across North Africa“, die im Dezember 2006 in der Townhouse Gallery in Kairo präsentiert und vom Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut unterstützt wurde. Die von Ursula Biemann kuratierte Ausstellung umfasste Kartographien, Animationsfilme, Videos, Fotos und Installationen von Künstlerinnen und Künstlern aus Europa sowie aus Ägypten, Libyen und Marokko. Eine begleitende visuelle Konferenz beschäftigte sich u.a. mit der zunehmenden Transformation der nordafrikanischen Länder in eine Transitregion für Migrantinnen und Migranten aus dem subsaharischen Afrika auf dem Weg nach Europa. Touristenressorts neben Auffanglagern in Lampedusa und gigantische Hafenprojekte neben Flüchtlingscamps in Tanger sind Beispiele für die widersprüchlichen Seiten der Globalisierung. Während der Transfer von Waren, Touristen und billigen Arbeitskräften propagiert wird, gilt die Einwanderung von Menschen noch als illegal.

BERLIN: „FAIRPLAY IM STADION“

DISKUSSION

Die Fußball-WM und Deutschland, das Image des weltoffenen Gastgeberlandes und die Realität in den Stadien. Wie geht das zusammen? Beleidigende Sprechgesänge gegen schwarze Spieler, verbale Diskriminierungen von Spielern mit Migrationshintergrund und antisemitische Parolen gewinnen im deutschen und europäischen Fußball an Raum. Auch die Gewaltbereitschaft innerhalb und außerhalb der Arenen steigt. Ist Fairplay auf den Rängen noch durchsetzbar? Darüber diskutierten Bernd Schultz, Präsident des Berliner Fußballverbandes, Sabine Behn, Mitautorin der Studie „Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball“, Martin Endemann, Bündnis Aktive Fußballfans, sowie die Spieler Navina Omilade, Turbine Potsdam, und Adebowale Ogungbure, FC Sachsen, auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2006, kurz vor Beginn der Fußball-WM. Erschreckend fand Martin Endemann vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der Rechtsradikale auftreten: „Die Fans merken, wenn ihnen kein Einhalt geboten wird und agieren entsprechend.“ Vor allem dürfe es nicht angehen, dass Offizielle auf der Tribüne rassistische Sprechchöre für normale „Stadionfolklore“ hielten. Aufgrund verstärkter Sicherheitskräfte in den großen Stadien hat sich Rechtsextremismus und Rassismus mittlerweile in die Regional- und Oberliga verlagert. Die Verbände beobachteten dies mit großer Sorge, erklärte Bernd Schultz. Zwar gebe es bald strenge Strafvorschriften, Oberligaverbände seien aber organisatorisch gar nicht in der Lage, z.B. bundesweite Stadionverbote durchzusetzen. Wichtig erschien ihm, Fans zu sensibilisieren und Vereinsmitglieder durch Psychologen in Antigewaltkursen zu schulen.

Das Resümee der Veranstaltung: Zur Gewaltlosigkeit in den Stadien ist es noch ein weiter Weg. Gerade darum ist es wichtig, dass das Thema durch vielfältige Aktionen im Bewusstsein der Öffentlichkeit bleibt.

Dokumentationen der Veranstaltungen sowie Vortragsmanuskripte unter www.migration-boell.de

Dossier „Fußball & Integration“ unter www.migration-boell.de



Aggressive Fußballfans beschimpfen die Fans der gegnerischen Mannschaft.

ZEITGESCHICHTE

Die Interpretation historischer Ereignisse ist von großer politischer Bedeutung. Gerade kollektive bzw. nationale Identitäten gründen auf solchen Geschichtsdeutungen. Diese kritisch zu hinterfragen, darum bemüht sich die Heinrich-Böll-Stiftung regelmäßig in Veranstaltungen und Publikationen zur Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Nationalsozialismus und den Folgen anderer totalitärer Ideologien.

BERLIN: INTERNATIONALE HANNAH-ARENDT-KONFERENZ

Im Oktober 2006 jährte sich der Geburtstag von Hannah Arendt, einer der bekanntesten Denkerinnen des 20. Jahrhunderts, zum 100sten Mal. Die Heinrich-Böll-Stiftung nahm dies zum Anlass, Arendts Werk vorzustellen und zu diskutieren. In der Konferenz „Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität?“ vom 5.–7. Oktober sollte zugleich die Aktualität ihres politischen Denkens überprüft werden. Die Konferenz war eine Kooperation mit der Universität Gießen und dem Hannah-Arendt-Zentrum der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Jerome Kohn, Direktor des Hannah Arendt Center in New York und letzter Assistent Arendts, hielt den Eröffnungsvortrag. Er gab das Stichwort des „Traditionsbruchs“ vor und wies darauf hin, dass Arendt aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs die Konsequenz einer Neuformulierung des Politischen jenseits von Liberalismus und Konservatismus gezogen habe.

Der erste Teil der Konferenz fragte nach den Folgen, die die revolutionäre Kritik der Existenzphilosophie der 20er Jahre gegenüber der überlieferten Metaphysik hatte. In den philosophischen Streitgesprächen jener Zeit gingen die „deutsche“ und die „jüdische“ Denktradition noch ineinander über. Heidegger und Cassirer begegneten sich. Die Trennung erfolgte erst mit dem aufkommenden Nationalsozialismus und war dann unüberbrückbar. Arendt zog ihre denkerischen Konsequenzen aus dem Holocaust. Der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts war für sie der Zusammenbruch der Moderne, damit einher ging das Verschwinden der politischen Sphäre, wie sie sie verstand. Aus den Konferenzbeiträgen u.a. von Peter E. Gordon, Michael Steinberg und Dominic Kaegi wurde Arendts eigener Weg vor allem als Abwendung gegenüber anderen zeitgenössischen Konzeptionen deutlich: gegen apolitische Utopien, gegen eine vorpersonale Daseinskonzeption im Heideggerschen Sinne, aber auch gegen bloße aufklärerische Vernunftorientierung und gegen Identitätskonzeptionen.

Was bedeutet der politischen Theorie heute das Arendtsche Denken? Während Arendt nach Ansicht von Rainer Forst, Professor für Politische Theorie und Philosophie in Frankfurt, Geschichte als Katastrophe und nicht als Fortschritt dachte und vor diesem Hintergrund rettende Kräfte versammeln wollte, sah Oliver Marchart von der Universität Basel eine Ambivalenz in Arendts Republikanismus, weil sie mit ihrem Begriff vom „öffentlichen Glück“ einen interessanten optimistischen Zug in ihrer Theorie entwickelt habe. Berücksichtigt man das aktuelle Dilemma des verkürzten nationalen Souveränitätsprinzips und der institutionalisierten Politik, wie es die Verfassungsrechtlerin Gertrude Lübke-Wolf tat, so wird deutlich, dass Arendt entscheidende Probleme einer globalen Welt fast prophetisch aufgeworfen und thematisiert hatte.



„Ich will Politik sehen mit, gewissermaßen, von der Philosophie ungetrübten Augen.“

Hannah Arendt in einem Gespräch mit Günter Gaus am 28. Oktober 1964

BERLIN: „ZEITGESCHICHTE AUF DER GALERIE“

VERANSTALTUNGSREIHE

In der Reihe „Zeitgeschichte auf der Galerie“ greift die Heinrich-Böll-Stiftung aktuelle Debatten auf und stellt Neuerscheinungen der politischen Literatur vor. Im Oktober 2006 z.B. das Buch *Being Jewish in the New Germany* des amerikanischen Kommunikations- und Kulturwissenschaftlers Jeffrey Peck. Entgegen älterer Wahrnehmungen habe sich nach Ansicht des Autors mittlerweile jüdisches Leben in Deutschland behauptet und sogar zunehmend ausdifferenziert. Er führt dies auf eine rapide Veränderung des Selbstbildes und der öffentlichen Wahrnehmung der Juden in Deutschland seit dem Mauerfall zurück. Einwanderer aus der Russischen Föderation vergrößerten nicht nur die jüdische Gemeinde, sie veränderten auch das kulturelle und politische Selbstbewusstsein der meisten ihrer Mitglieder. Für Peck sind die jüdischen Gemeinden in Deutschland ein Beispiel für die Herausbildung einer eigenständigen jüdischen Identität in der Diaspora. Dass dies im „Land der Mörder“ möglich sei, lässt auf eine hörbare jüdische Stimme in einer mehr und mehr transnational agierenden Welt hoffen, so das Resümee des Autors.

RAVENSBRÜCK: „EUROPÄISCHE GEDÄCHTNISKULTUREN“ SOMMER-UNIVERSITÄT

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist mittlerweile zum festen Bestandteil europäischer Erinnerungspolitik geworden. Auch die Ravensbrücker Sommer-Universität „Europäische Gedächtniskulturen“ im August 2006, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und der Stiftung Topographie des Terrors, beschäftigte sich mit den kanonisierten Formen der öffentlichen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Diskutiert wurden u.a. die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Interpretation von Erfahrungen wie Deportation, Zwangsarbeit, KZ-Haft und Befreiung in den einzelnen west- und osteuropäischen Ländern. Welche Rolle spielten die nach 1945 gegründeten Häftlingsverbände bei der Entwicklung der jeweiligen Gedächtnisorte? Welche Erinnerungen an Deportation, Zwangsarbeit und KZ-Haft wurden in den westeuropäischen Staaten Teil des offiziellen Geschichtsbildes und welche wurden ausgeklammert? Welchen Einfluss nahm der Kalte Krieg auf die jeweiligen Vergangenheitsbilder? Den Abschluss der Sommerakademie bildete eine öffentliche Podiumsdiskussion am 25. August 2006 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Europäische Geschichte und nationale Erinnerungskulturen“.

NICARAGUA: DER „TREN CULTURAL“ – EIN MUSEOGRAPHISCHES EXPERIMENT

In Nicaragua unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung ein ganz besonderes Projekt: den „Tren Cultural“ (Kulturzug), eine Art wanderndes Museum. Dort, wo er zeitweise Station macht, positionieren sich drei ausgebaute Lastwagenwaggons rund um ein überdachtes Podium. Hier beginnt auch der Rundgang. „Lesen ist Macht“, so das Motto der Ausstellung. Mit Hilfe neuester Technik begegnen die meist sehr jungen Besucherinnen und Besucher den Alphabetisierungsbrigaden der 1980er Jahre. Sie lernen einen Teil ihrer Geschichte kennen, den das offizielle Nicaragua heute so nicht mehr erzählt. Gezeigt werden fast vergessene Fotos und Zeugnisse einer Revolution, die in kürzester Zeit bemerkenswerte Bildungsindikatoren hervorgebracht hat, die in nur 15 Jahren liberaler Regierung wieder auf beklagenswerte Tiefstände fielen. Rucksäcke, Lampen, Stiefel oder persönliche Gegenstände liefern einen Eindruck vom Alltag der Brigaden. Auch Briefe der damaligen „Schülerinnen und Schüler“ an ihre – meist jüngeren – „Lehrer und Lehrerinnen“ werden ausgestellt. Der Tren Cultural erinnert vor allem auch daran, dass gerade Jugendliche – genau so alt wie die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung heute – Nicaragua Anfang der 1980er Jahre verändert haben.



Der „Tren Cultural“ informiert über die Alphabetisierungsbrigaden der 80er Jahre in Nicaragua.

KOMMUNALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Städte sind die entscheidenden Träger von Wirtschaftskraft und sozialer Integration. Sie sind Motor der geistig-kulturellen Entwicklung. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt darum ganz wesentlich von der Kraft der Städte ab, die aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationen konstruktiv zu gestalten. Die Heinrich-Böll-Stiftung erarbeitet Empfehlungen für Politik und Gesellschaft, wie die Handlungsfähigkeit der Städte gesichert und der Wandel gemeistert werden kann.

BERLIN: „DAS NEUE GESICHT DER STADT“

KONFERENZ



DAS NEUE GESICHT DER STADT – STRATEGIEN FÜR DIE URBANE ZUKUNFT IM 21. JAHRHUNDERT. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2006, 208 Seiten, 8,00 Euro. Mit Beiträgen u.a. von Franziska Eichstädt-Bohlig, Martin Junkernheinrich, Carola Scholz, Hartmut Häußermann, Detlev Ipsen, Brigitte Dahlbender und Andreas Feldtkeller

Die Städte der Gegenwart zeigen widersprüchliche Gesichter. Da sind zum einen die lebendigen urbanen Quartiere, in denen sich bevorzugt Kreative und Kulturschaffende – und mit ihnen boomende Wirtschaftszweige – ansiedeln. Zum anderen gibt es zunehmend verarmte und benachteiligte Stadtquartiere; ganze Regionen, die von Schrumpfung und Verfall bedroht sind. Der Schlüssel für die gegenwärtigen Probleme der Städte liegt in der Stadtpolitik selbst. Es müssen neue Ansätze gefunden werden, die den veränderten Herausforderungen gerecht werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte im Jahr 2003 eine Fachkommission „Stadtentwicklung“ eingerichtet, um Empfehlungen für die Stadtentwicklung zu formulieren. Vom 28.–29. April 2006 präsentierte sie ihre Ergebnisse auf der Konferenz „Das neue Gesicht der Stadt“. Zum Auftakt der Veranstaltung lieferte der Journalist Gerhard Matzig ein Plädoyer für die Renaissance der Stadt: „Es ist vielleicht die letzte große Utopie unserer Zeit. Und es ist kein Widerspruch, wenn die Motive dieser Utopie alles andere als visionär, sondern eher lebensnah sind.“ Auch Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, sprach vom Wiedererstarken der Städte. Die Wiederkehr des Urbanen sei aber kein Selbstläufer, sie brauche politische Unterstützung. Wie also macht man Städte lebenswert? Wie mildert man die soziale Spaltung, die in allen größeren Städten sichtbar geworden ist? Wie bewältigen Stadtregionen den wirtschaftlichen Wandel? Die Städte müssten sich auf die veränderten Arbeitsmarktstrukturen einstellen, betonte Prof. Dieter Läßle. Die ökonomischen Innovationsfelder der Wissens- und Kulturproduktion z.B. seien Inkubatoren für neue postindustrielle Arbeitswelten, die abhängig sind von der Stadt. Es entstünden neue „urbane Ökonomien“, deren Potentiale mobilisiert werden müssten. Läßle nannte als Beispiel die wachsende Bedeutung Berlins im Bereich des Mode-Designs. Hier böte sich eine Verknüpfung mit lokaler Produktion an, da eine große Anzahl von Schneiderinnen und Näherinnen dafür zu Verfügung stünden.

WWW.KOMMUNALE-INFO.DE

Die Kommunalpolitische Infothek hat sich als Informationsquelle und Arbeitshilfe für kommunalpolitisch Handelnde und Interessierte fest etabliert – durchschnittlich 600 Zugriffe werden an Werktagen verzeichnet. Neben kommunalpolitischen Nachrichten und der Verlinkung wichtiger Dokumente und Quellen gibt es Dossiers und Beiträge, u.a. zu den Themen Kommunale Bündnisse, Public Private Partnership, Kommunale Wohnungsverkäufe, Umgang mit Brachen und Leerstand, Rechtsextremismus und Kommunen sowie Entwicklung der Gemeindefinanzen.

KUNST UND KULTUR

Die Entstehung und Vermittlung literarischer und künstlerischer Werke zu fördern – auch das ist für die Heinrich-Böll-Stiftung ein elementarer Bestandteil ihrer politischen Bildungsarbeit. In Podiumsdiskussionen und Konferenzen geht es insbesondere um die politische Dimension von Kunst und Kultur, ihr seismographisches Vermögen und zeitdiagnostisches Potential.

BERLIN: „SPIELSTAND“

VERANSTALTUNGSREIHE

„Spielstand“ nennt sich die neue Reihe der Heinrich-Böll-Stiftung in den Berliner Sophiensælen. Im vierteljährlichen Turnus sollen darin Fragen aus der künstlerischen Praxis mit politischen Debatten konfrontiert werden. In erster Linie als Gesprächsplattform für den genreübergreifenden Diskurs gedacht, steht das Veranstaltungsformat ebenso für musikalische Darbietungen, künstlerische Performances oder szenische Lesungen. Durch die Beteiligung von Musikern, Literaten, Theaterleuten, Filmschaffenden oder bildenden Künstlern sollen verschiedene ästhetische Sichtweisen zu ihrem Recht kommen. Bei der Auftaktveranstaltung im Oktober 2006 erinnerte Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, daran, dass es gerade ihre „Nicht-Verfügbarkeit für von außen gesetzte Zwecke“ sei, welche die Kunst für viele Menschen attraktiv mache. Allerdings könne sie „ihrer Rolle, gesellschaftliches Sensorium zu sein, nicht entrinnen. Im öffentlichen Raum funktioniert sie als Mitteilung, dass etwas zum Thema werden sollte. Unser Interesse gilt dabei nicht nur den Stoffen, die in der Kunst aufgegriffen werden, sondern der spezifischen Art und Weise, wie das geschieht und die eben den Unterschied zwischen Kunst, Wissenschaft und Propaganda ausmacht.“

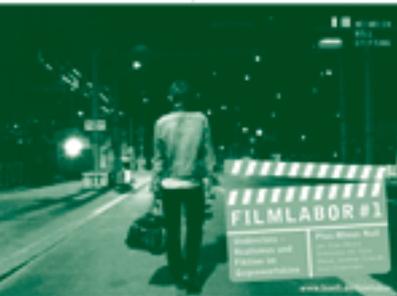
Daran anknüpfend debattierten die Rockmusiker Frank Spilker (Die Sterne) und Peter Thiessen (Kante) zusammen mit Markus Müller von den Berliner Kunstwerken und der New Yorker Künstlerin Jutta Koether ihre unterschiedlichen Standpunkte zwischen Marktgängigkeit und Nonkonformismus, zwischen Rückzug ins Private und öffentlicher Intervention. Dabei deutete sich an, dass ein Verständnis von politischer Kunst, welches in jedem Song eine politische Analyse, in jeder Installation gleich einen Kommentar zur Lage der Nation vermutet, zu schlicht auf dem Modell einer reinen Übersetzungsleistung beharrt. Stattdessen wurde deutlich, dass Kunst und Politik im Grunde mit dem gleichen Problem leben: Es geht heute mehr denn je darum, Ambivalenz auszuhalten. Für die Kunst ist diese Erkenntnis jedoch ungleich leichter zu tragen. Zwar unterliegt auch sie einem gewissen Entscheidungsdruck, muss die Konsequenzen einer Entscheidung aber zumeist nur in Teilöffentlichkeiten rechtfertigen.

Die politisch-ästhetische Selbstverortung war ebenso das Thema des nächsten Spielstands am 7. November, allerdings in Bezug auf das zeitgenössische Theater. Unter der Leitfrage „Wie kommt das Soziale auf die Bühne?“ sprach der Journalist Dirk Pilz mit dem Filmemacher Andres Veiel („Der Kick“), Daniel Wetzel vom Regie-Kollektiv Rimini-Protokoll, der Autorin Kathrin Röggla und dem Schauspieler Leopold von Verschuer über deren Methoden der Wirklichkeitsbearbeitung.



BERLIN: „FILMLABOR“

VERANSTALTUNGSREIHE



Neu ist auch die Reihe „Filmlabor“. Sie entstand in Kooperation mit dem Berliner Kino Babylon und bietet dem Publikum die Möglichkeit, cineastische Interessen und politische Debattierlust gleichzeitig auszuleben. Die Pilotveranstaltung Ende September fragte unter dem Titel „Echtzeit – Neue Stoffe im jungen deutschen Film“, inwieweit die aktuelle Konjunktur des Sozialen im Gegenwartskino auf eine mögliche Repolitisierung von Filmemachern hindeutet. Unübersehbar ist, dass der junge deutsche Film sich nach dem Boom harmloser Liebesatiren in jüngster Zeit wieder auf sich selbst besonnen hat. Er ist zu einer Ernsthaftigkeit zurückgekehrt, die auch produktive Formexperimente zulässt. Im Gespräch mit Knut Elstermann verwahrten sich die Regisseure Romuald Karmakar, Benjamin Heisenberg, Thomas Grampp und Michael Schorr allerdings gegen das kollektive Begriffslabel einer „Neuen Berliner Schule“, weil eine solche Markenbildung die durchaus unterschiedlichen ästhetischen Ansätze der einzelnen Akteure verkenne.

Mit dem Film „Plus-Minus-Null“ nahm sich das Filmlabor im Oktober dem Thema „Underclass – Realismus und Fiktion im Gegenwartskino“ an. In seiner Einführung beschrieb der irische Regisseur Eoin Moore seine Schwierigkeiten vor zehn Jahren, Unterstützung für einen Stoff über die Lebensumstände eines Bauarbeiters zu finden. Heute hätte er angesichts der Diskussion über „Unterschicht“ und Prekarisierung derlei Begründungszwänge wohl nicht mehr.

BELIN: POPMUSIK, NETZKULTUR UND URHEBERRECHT

DISKUSSION

Ein Höhepunkt im Herbstprogramm war die Veranstaltung „iPod:youtube – Das Internet und die Zukunft der Musik“, die am Vorabend der Musikmesse Popkomm im voll besetzten Grünen Salon der Volksbühne in Berlin stattfand. In Kooperation mit dem Netzwerk Neue Medien organisiert, gab das aus Internet-Aktivisten und Branchenvertretern zusammengesetzte Podium einen wertvollen Anstoß für eine der wichtigsten Debatten innerhalb der Kreativwirtschaft. Zugrunde lag die Beobachtung, dass die digitale Zirkulation audio-visueller Werke durch den Wildwuchs von Blogs und Filesharing-Portalen ein neues Niveau erreicht hat. Die Entwicklung hin zu einem stärker partizipativ ausgerichteten Web 2.0 wirft deshalb die Frage auf, wie ein verbraucherfreundliches und zugleich durchsetzbares Urheberrecht aussehen könnte. Dass der Ansatz der kommerziellen Anbieter, via „Digital Rights Management“ den Verbreitungsgrad von Produkten über technische Prozeduren zu reglementieren, bei den Konsumenten keinen großen Beifall findet, wurde in der sehr lebhaften Diskussion deutlich. Den anwesenden Verbandssprechern konzedierte der ehemalige Rockmusiker Johnny Haeusler jedoch, dass dringend über die Sicherstellung einer angemessenen Vergütung von Künstlern – etwa über eine Medienflatrate oder die Verwendung von digitalen Wasserzeichen – nachgedacht werden müsse.

FRANKFURT: DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG AUF DER BUCHMESSE

Im Oktober 2006 war die Heinrich-Böll-Stiftung wieder mit einem Stand auf der Frankfurter Buchmesse vertreten. Neben vielen Informationen über die Arbeit der Stiftung gab es Gelegenheit, in Neuerscheinungen zu stöbern oder sich von Stipendiaten und Stipendiatinnen des Studienwerks über die Vergabe von Stipendien beraten zu lassen. Der Stand der Stiftung dient immer auch als Basislager für ihre Podiumsgäste vor und nach deren Auftritten. Gastland der Buchmesse war diesmal Indien. Die Stiftung bot hierzu eine Reihe von Veranstaltungen, darunter im Forum Dialog die Podiumsdiskussionen „Rising India, which way ahead, which way to go?“ mit Sunita Narain, Direktorin des Center for Science and Environment in Delhi, und Malini Mehra, Leiterin des Center for Social Markets in Kalkutta, und „Religious and cultural diversity in India – a role model



Ashgar Ali Engineer, Bombay, auf einer Podiumsdiskussion im Forum Dialog der Frankfurter Buchmesse

for tolerance and integration?“, u.a. mit Ashgar Ali Engineer, Leiter des Center for the Study of Society and Secularism in Bombay.

Darüber hinaus präsentierte die Stiftung im Historischen Lesezelt ihr Buch *Zu wissen, dass du noch lebst. Kinder aus Tschetschenien erzählen*. Mit dabei waren Irina Scherbakowa von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, und Reinhard Bütikofer, Parteivorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.

BERLIN: „WELL PLAYED“

ARABISCH-IRANISCHE FILMTAGE

Ob Migration, Nachkriegsstrukturen, islamische Traditionen, urbanes Leben oder Konflikte zwischen Generationen, Ethnien und Geschlechtern – die Themen des arabischen Kinos sind so vielfältig wie seine Perspektiven und Bildsprachen. Mit den Arabisch-Iranischen Filmtagen vom 31. Januar bis 5. Februar 2006 brachte die Heinrich-Böll-Stiftung den Facettenreichtum der arabischen und iranischen Filmwelt dem heimischen Publikum näher. Insgesamt 30 Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme aus dem Maghreb, dem Nahen Osten und Iran waren größtenteils erstmalig in Berlin zu sehen. Im Anschluss an die Vorführungen gab es die Möglichkeit, mit den Filmemachern zu diskutieren.

Im Vorfeld der Berlinale richteten sich die Filmtage aber auch an Expertinnen und Experten aus der Filmindustrie. Regisseure, Produzenten, Kritiker und Journalisten, Filmstudenten und -dozenten diskutierten am 5. Februar auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung über Produktions- und Distributionsbedingungen, „Underground“ und „Mainstream“ und die Auswirkungen der Globalisierung auf die Filmproduktion.

Eine Fortsetzung fanden die Filmtage vom 15.–16. Oktober 2006. Der Schwerpunkt lag diesmal auf Filmen iranischer Regisseurinnen. Gezeigt wurden acht Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme, die das Alltagsleben von Frauen zwischen Tradition, konservativ-islamischer Gesetzgebung und weltlich modernen Vorbildern thematisierten. Die beiden Regisseurinnen Tahmineh Milani („The Unwanted Woman“) und Mona Zandi Haghighi („On a Friday Afternoon“) diskutierten im Anschluss ihrer Filmvorführungen über die Probleme mit der staatlich-islamischen Zensur und der Selbstzensur. Ihre Beispiele zeigten, dass es entgegen weitläufiger Annahmen durchaus auch Freiräume gibt und politische und gesellschaftliche Tabuthemen aufgegriffen werden können.

RABAT: „TRANSKULTURELLE IKONOGRAPHIE“

SEMINAR

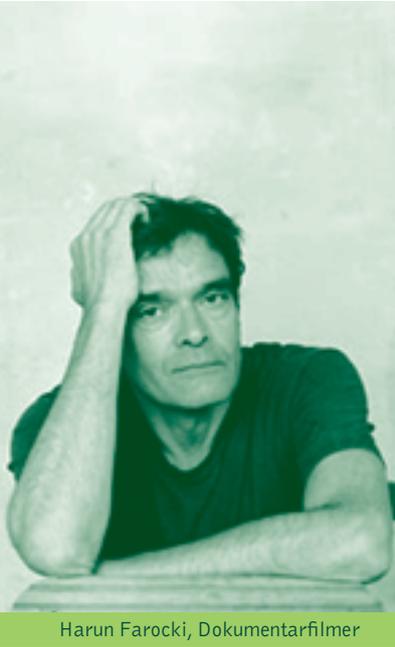
Vor allem zwei Ereignisse haben im Jahr 2006 die Macht von Bildern verdeutlicht: die Proteste gegen die in Dänemark veröffentlichten Mohammed-Karikaturen und der „Krieg der Bilder“ von zivilen Opfern im Libanon-Krieg. Insbesondere der Karikaturenstreit offenbarte die bislang wenig beachteten Folgen der globalen Vernetzung von Kommunikation. Das Beirut Büro der Stiftung veranstaltete vom 28.–29. Oktober 2006 in Kooperation mit dem Goethe-Institut das Seminar „Transkulturelle Ikonographie“. Zusammen mit marokkanischen Kulturwissenschaftlern debattierten die Teilnehmenden über die kulturell unterschiedliche Wahrnehmung von Bildsymbolen und die daraus folgenden Anforderungen an den Journalismus. Cinemayat – ein Netzwerk libanesischer Filmemacher, stellte zudem Kurzfilme vor, die während des Libanon-Krieges von Laien gedreht und über das Internet verbreitet wurden. Die Kurzfilme initiierten eine Diskussion über die Möglichkeiten einer alternativen Bildproduktion, die aus der arabischen Welt selbst entsteht.

Das Seminar war Teil des Projekts „Living Globality“, einem Austauschprogramm für Kulturjournalisten aus Deutschland und den arabischen Ländern rund ums Mittelmeer. Gestärkt werden soll eine grenzüberschreitende Kommunikation darüber, wie Globalisierung als Chance gestaltet werden kann.



BEIRUT: „TRAVELLING IS IMPOSSIBLE: HARUN, KODWO AND I“

FILMRETROSPEKTIVE



Harun Farocki, Dokumentarfilmer

Die mediale Darstellung von Krieg, Gewalt, Rassismus und sozialen Konflikten stand im Mittelpunkt der Filmretrospektive „Travelling is Impossible: Harun, Kodwo and I“ in Beirut. Gezeigt wurden Werke des deutschen Dokumentarfilmers Harun Farocki und des British Black Audio Film Collective (BAFC). Während das BAFC Filme präsentierte, die sich bewusst zwischen Dokumentarfilm und Fiktion bewegen, um damit auf den fiktiven Charakter von Geschichtskonstruktionen zu verweisen, ist Farocki ein ausgesprochener Vertreter des zeitgenössischen Dokumentarfilms. Sein Film „Videograms of a Revolution“ besteht z.B. ausschließlich aus Videoaufnahmen, die während des Aufstands in Bukarest im Jahr 1989 aufgenommen wurden. Damals besetzten Demonstranten die nationale Fernsehstation, gingen 120 Stunden lang auf Sendung und machten damit das Fernsehstudio zum historiographischen Ort. Farocki hat aus dem Bildmaterial einen abendfüllenden Dokumentarfilm geschnitten. Im Zentrum seines essayistischen Dokumentarfilms „Erkennen und Verfolgen“ stehen die Fernsehbilder des Golfkriegs von 1991, die zum Teil von Kameras in der Spitze der Projektile aufgenommen wurden. Kriegsführung und Kriegsberichterstattung fielen damit zusammen. Harun Farocki erläuterte und diskutierte am Beispiel seiner Filme die Art und Weise, wie Konflikte durch Bilder vermittelt werden, die vom Militär und Technologieentwicklern, aber auch von Gegenbewegungen produziert werden.

Veranstalter der Retrospektive war die libanesische Organisation Ashkal Alwan – The Lebanese Association for the Plastic Arts in Kooperation mit dem Beirut Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

ERIWAN UND ISTANBUL: „MERHABAREV“ – „GUTEN TAG“

FOTOAUSSTELLUNG

„MerhaBarev“ – so der Titel einer armenisch-türkischen Fotoausstellung, die im Oktober 2006 in Eriwan eröffnet wurde. Die Ausstellung war Ergebnis einer ungewöhnlichen Projektidee der Stiftungsbüros in Istanbul und Tbilisi: Fünf armenische Fotojournalisten und -journalistinnen der Agentur Patker Photo machten sich auf den Weg nach Istanbul, fünf türkische Kollegen und Kolleginnen der Agentur Narfoto reisten nach Eriwan. Jenseits der touristischen Pfade wollten sie mit ihrer Kamera den dortigen Lebensalltag einfangen. Entstanden sind jeweils ca. 60 Schwarz-Weiß-Fotografien, die viel von der Kultur, den Traditionen und den Menschen beider Städte erzählen.

Mit diesem Projekt gelang ein einzigartiger Brückenschlag zwischen zwei Nachbarländern, deren Grenzen seit über 80 Jahren geschlossen sind und die keine diplomatischen Beziehungen untereinander unterhalten. Die durchweg positive Resonanz und das große Interesse an der Ausstellung, die nach Eriwan auch in Istanbul, Tbilisi und in zahlreichen anderen Städten der Türkei und Armeniens zu sehen war, zeigen, dass Verständigung möglich ist. Programmatisch war schon der Titel: MerhaBarev ist ein kombinierter Gruß in zwei Sprachen – türkisch „Merhaba“ und armenisch „Barev“.

Ein viersprachiger Katalog der Ausstellung (Armenisch, Türkisch, Englisch und Deutsch) ist erhältlich unter: info@boell-tr.org



(li) Tolga Sezgin, Armenien
(re) Mehmet Kacmaz, Türkei

HEINRICH-BÖLL-HAUS LANGENBROICH

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen ungeachtet der vorherrschenden Meinung und trotz Repressalien und Verfolgung. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt dieses Engagement im Sinne ihres Namensgebers durch ihr Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen konnten seit Gründung des Vereins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V. im Jahr 1989 insgesamt 124 Gäste aus 34 Ländern in das ehemalige Wohnhaus der Familie Böll eingeladen werden. Die Gäste kamen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa; aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten wie Kolumbien, aus Diktaturen wie Kuba und Usbekistan, aber auch aus jungen aufstrebenden Demokratien wie Albanien. Der Aufenthalt in Langenbroich ermöglichte es ihnen, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert, frei von staatlicher Kontrolle oder Verfolgung kreativ zu arbeiten.

Das Heinrich-Böll-Haus ist aber auch ein weltoffener Ort, an dem neue Begegnungen und Eindrücke möglich werden, denn viele der Künstlerinnen und Künstler suchen während ihres Aufenthaltes gerade den Kontakt zur Öffentlichkeit. Das Heinrich-Böll-Haus organisiert daher Lesungen und Ausstellungen. So entstand z.B. in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Aachen die Reihe „Kosmos Literatur“. Während der Aachener Literaturtage treten dort regelmäßig ehemalige und aktuelle Autorinnen und Autoren des Heinrich-Böll-Hauses auf – im Jahr 2006 waren es Eva Durán, Elvira Rodriguez Puerto und Jovan Nikolic.

Weitere Veranstaltungen im Jahr 2006 waren: eine multimediale Lesung mit Texten von Arian Leka im Leopold-Hoesch-Museum in Düren, Lesungen mit Lászlo Végel, Arian Leka und Amir Valle in Schloss Burgau und in der Stadtbibliothek Düren sowie eine Lesung mit Lászlo Végel und Amir Valle in Berlin und Frankfurt a.M., unterstützt vom Förderkreis der Stiftung.

STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN IM JAHR 2006

Amir Valle, Schriftsteller, Literaturkritiker und Journalist aus Kuba (Jahrgang 1967). Seine bislang 15 Bücher wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt und mit internationalen und kubanischen Preisen ausgezeichnet, zuletzt 2006 mit dem renommierten spanischen Literaturpreis Vargas Llosa für seinen noch unveröffentlichten Roman *Die Wörter und die Toten* (erscheint im August 2007 in der Edition Köln). In Kuba sind seine Werke mittlerweile verboten. Seine Verbindungen zur sogenannten „kubanischen Dissidentenbewegung“ trugen ihm Repressalien ein. Diese verschärften sich, als seine von Fidel Castro geächtete Studie über Prostitution in Kuba unter der Hand kursierte. Nachdem die Veröffentlichung der Studie durch einen spanischen Verlag bekannt wurde, war für Amir Valle der Weg ins Exil unvermeidbar. Im August 2006 erhielt er ein „Writers in Exile“-Stipendium vom P.E.N.-Zentrum Deutschland. Deutschsprachige Veröffentlichungen: *Die Haut und die Nackten* (Roman, 2006), *Wenn Christo dich entkleidet* (Roman, 2006), *Die Türen der Nacht* (Roman, 2005).



Das Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich (Eifel)



Amir Valle



Eva Durán (re) mit Sigrun Reckhaus



Arian und Sylvana Leka

Eva Durán, Journalistin, Lyrikerin und Schriftstellerin aus Kolumbien (Jahrgang 1976). Ihre Texte sind geprägt vom Leben in Cartagena, einer Stadt, die ihre dunkle Vergangenheit als Umschlagplatz für Sklaven nie abstreifen konnte. Insbesondere ihre lyrischen Texte sind verdichtete Darstellungen der Gesellschaft und der intimen Beziehungen zwischen den Geschlechtern. 1997 erhielt Eva Durán ein Stipendium des Internationalen Poesie-Festivals in Medellín, 1999 und 2003 den Literaturpreis der Stadt Cartagena. Seit Mai 2006 ist sie Stipendiatin im „Writers in Exile“-Programm des P.E.N.-Zentrums Deutschland. Sie hatte eine Kolumne über Korruption beim kolumbianischen TV-Sender Telecaribe veröffentlicht und einen Artikel über den Mord an einem Journalisten verfasst. Danach geriet sie unter Druck – den verbalen Angriffen folgten direkte Drohungen und sie entschloss sich, Kolumbien zu verlassen.

Arian Leka, Schriftsteller, Lyriker und Musiker aus Albanien (Jahrgang 1966). Er studierte Albanische Sprache und Literatur in Tirana, Europäische Literatur in Florenz und ist ausgebildeter Musiker (Flötist). Im Jahr 2004 rief er „Poeteka“ ins Leben, das erste internationale Poesiefestival in Albanien, das seitdem jährlich stattfindet. Heute ist er Herausgeber der gleichnamigen, periodisch erscheinenden Literaturzeitschrift. Leka schreibt Lyrik und Prosa und gehört zu einer kleinen Gruppe von jungen Autoren, die ein neues Kapitel in der Geschichte der albanischen Literatur aufgeschlagen haben. Seine Texte wurden ins Englische, Italienische, Französische, Portugiesische, Rumänische, Kroatische und Deutsche übersetzt und bereits mehrfach mit Literaturpreisen ausgezeichnet.

Jiao Guobiao, Schriftsteller, Journalist und Universitätsprofessor aus China (Jahrgang 1963). Nach seinem Studium der Klassischen Chinesischen Literatur und Sprache an der Universität Henan promovierte Jiao Guobiao 1996 an der Volksuniversität Beijing, wo er zuvor seinen Doktor in Journalismus erhalten hatte. Er war Chefreporter beim „Chinesischen Kulturblatt“ und veröffentlichte im Internet zahlreiche Artikel und Essays über Demokratisierungsprozesse in China. Vom Jahr 2001 an war Jiao Guobiao außerordentlicher Professor am Kolleg für Journalismus und Kommunikation an der Universität Beijing. Im März 2005 wurde er entlassen, nachdem er in einem Essay die zentrale Propagandaabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Chinas scharf kritisiert und die Abschaffung der Zensurbehörde gefordert hatte. Seit Februar 2007 ist Jiao Guobiao Stipendiat im „Writers-in-Exile“-Programm des P.E.N.-Zentrums Deutschland.

Sabit Madaliev, Schriftsteller und Lyriker aus Taschkent/Usbekistan (Jahrgang 1949). Er lebte bis 1991 in Moskau und kehrte während der Perestroika nach Usbekistan zurück. Madaliev hoffte auf eine demokratische Entwicklung in seinem Heimatland. Dort war er zunächst Herausgeber der Literaturzeitschrift „Der Stern des Ostens“, bis er 1995 entlassen wurde. Die Veröffentlichung seiner Gedichte und Essays wurde verboten, seine analytischen Texte zur Demokratieentwicklung in Usbekistan und zum Phänomen des Terrorismus konnten nur noch im Ausland erscheinen. Sein jüngstes Buch *The Silence of the Sufi*, eine spirituelle Reise in die Welt der Sufi Zentralasiens, erschien 2006 in den USA.

Ahmad Faal, Schriftsteller aus Teheran/Iran (Jahrgang 1958). Er studierte Industrie- und Handelsmanagement und ist Autor mehrerer Bücher. Seine zahlreichen Essays und Artikel zu Politik, Philosophie und Wissenschaft sind in Zeitschriften außerhalb Irans und im Internet veröffentlicht worden.

Lázsló Végel, Schriftsteller und Essayist aus Novi Sad/ Serbien-Montenegro (Jahrgang 1941). Er wurde bereits im Jahresbericht 2005 der Heinrich-Böll-Stiftung vorgestellt.

JAHRESZEITEN, TAGESANBRÜCHE – LITERATUR UND KUNST IM HEINRICH-BÖLL-HAUS LANGENBROICH

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin 2006, 88 Seiten, 5,00 Euro

Die Anthologie versammelt Werke von Mildred Ngesa, Agron Tufa, Toni Kan, Nicolae Coande, Elvira Rodríguez Puerto, Uldis Egils Berzins, Zakaria Mohammed, Zsofia Balla, Lázsló Végel, Andania Shibli, Gieselher W. Hoffmann, Francisco Diaz Solar, Eva Durán, Amir Valle und Arian Leka.

PREISE

PETRA-KELLY-PREIS 2006 AN JURIJ SCHMIDT

Der Petra-Kelly-Preis 2006 ging an den russischen Menschenrechtsanwalt Jurij Schmidt. Der Gründer und Vorsitzende des Russischen Anwältekomitees für Menschenrechte ist seit 2004 einer von Michail Chodorkowskijs Anwälten und war Ende der 90er Jahre Verteidiger des wegen Spionage angeklagten Marineoffiziers und Ökologen Alexander Nikitin. „Mit der Preisvergabe würdigt die Heinrich-Böll-Stiftung Jurij Schmidts herausragendes Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte und den Aufbau eines Rechtsstaates in Russland. Als Anwalt setzt er sich seit vielen Jahren unermüdlich dafür ein, dass seine Mandanten ein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren bekommen. Jurij Schmidt kämpft im Gerichtssaal und in der Öffentlichkeit gegen Willkür und selektive Rechtsanwendung des Staates in Russland und in anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion“, so die Begründung der Jury. Wegen seines Engagements sieht sich Jurij Schmidt zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. Der Preis war deshalb auch eine Geste der Solidarität mit dem Preisträger und vielen anderen Menschenrechtlern in Russland, sowie ein Appell an die russische Regierung. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wird seit 1998 alle zwei Jahre vergeben.



Jurij Schmidt

FRIEDENSFILMPREIS 2006 FÜR „GRBAVICA“ VON JASMILA ŽBANIC

Esma lebt mit ihrer 12-jährigen Tochter Sara im Stadtteil Grbavica in Sarajevo. Saras Vater ist im Bosnienkrieg gefallen. Um für Saras Klassenfahrt nicht den vollen Preis bezahlen zu müssen, muss nachgewiesen werden, dass ihr Vater ein Kriegsheld war. Doch Esma kann den Nachweis nicht aufreiben und scheint etwas vor ihrer Tochter zu verbergen. Sara beginnt nachzuforschen und ihrer Mutter die Geheimnisse aus der Zeit des Krieges zu entlocken. „Ein sensibler und aufwühlender Film über die Folgen des Krieges und den Versuch, durch das Aussprechen der Wahrheit einen neuen Anfang zu erkennen, an dessen Horizont Hoffnung und Lebensmut aufscheinen“, so die Begründung der Jury, die dem Werk den 21. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele in Berlin verlieh. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird von der Heinrich-Böll-Stiftung gestiftet.

HANNAH-ARENDT-PREIS 2006 AN JULIA KRISTEVA

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ging im Jahr 2006 an die französische Psychoanalytikerin, Philosophin und Schriftstellerin Julia Kristeva. In ihrer Begründung würdigte die Jury Kristevas Fähigkeit, über die Grenzen der akademischen Disziplinen hinaus öffentlich zu denken. Julia Kristeva habe die Grenzen zwischen Psychoanalyse und politischem Denken durchlässig gemacht: Als politische Person hinterfrage sie die Evidenzen des wissenschaftlichen Diskurses, als Psychoanalytikerin und Schriftstellerin betone sie die Öffnung hin zur politischen Sphäre.

Der mit 7.500 Euro dotierte Preis wird seit 1995 vergeben und vom Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung finanziert.



Julia Kristeva

GRÜNE AKADEMIE

Die Grüne Akademie ist ein unabhängiges Forum zur Erörterung aktueller wie grundlegender politischer Fragen. Ihre rund 60 ehrenamtlichen Mitglieder treffen sich im zwei- bis dreimonatigen Turnus in „Werkstattgesprächen“ mit Fachleuten aus Wissenschaft und Politik, um über politisch relevante Themen zu diskutieren.

www.gruene-akademie.de

THE STATE OF THE STATE.
ZUKUNFT DES STAATES –
ZUKUNFT DER DEMOKRATIE
Schriften der Grünen Akademie Bd. 7
Berlin 2006, 56 Seiten

RELIGION UND SÄKULARI-
SIERUNG. RÜCKKEHR DES
RELIGIÖSEN IN DIE POLITIK?
Schriften der Grünen Akademie Bd. 6
Berlin 2006, 48 Seiten

Im Januar 2006 startete die Akademie mit einem Werkstattgespräch zum Thema „Transformation des Politischen? Gender Mainstreaming in der EU – eine kritische frauenpolitische Revision“. Inwieweit haben sich Formen des Regierens und demokratische Prozesse verändert? Wie funktioniert z.B. das Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Nichtregierungsorganisation (NGO)? Nur begrenzt, war das Fazit. Zum einen, weil das Konzept des Gender Mainstreaming keine Empowerment-Strategien vorsehe, so die akademische Sicht, vorgetragen von Mieke Verloo, Universität Nijmegen, und Alison Woodward, Universität Brüssel. Zum anderen, weil nach Ansicht von Elisabeth Schroedter, MdEP Die Grünen/EFA, die NGOs ihre Rolle noch nicht gefunden hätten. Einigkeit bestand darin, dass die Gender-Mainstreaming-Strategie keinen Automatismus des Erfolgs gewährt: Während das Verfahren „Mainstreaming“ durchaus Verbreitung findet, ist die politische Unterstützung für „Gender“ als Thema stark gesunken.

Über das Thema „Selbstbestimmung und Eigenverantwortung – zwei ambivalente Leitbegriffe in biomedizinischen und bioethischen Kontroversen“ debattierten u.a. Dr. Andreas Kuhlmann, Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M., und die Leipziger Philosophin Weyma Lübke bei einem Werkstattgespräch im März. Dr. Andreas Kuhlmann verdeutlichte die Problematik der gegenwärtigen Diskussion um Selbstbestimmung am Beispiel der passiven Sterbehilfe, genauer: der Möglichkeit, durch Vorabverfügungen das therapeutische Vorgehen für Situationen zu bestimmen, in denen man selbst nicht mehr einwilligungsfähig ist.

Ein Werkstattgespräch im Juni beschäftigte sich mit dem Thema „Neue Fronten – neue Allianzen? Aktuelle Veränderungen im nationalen und europäischen Parteiengefüge: Ursachen und Konsequenzen für die Formulierung grüner Politik“, u.a. mit der Politologin Albena Azmanova, University of Kent/Brussels School for International Studies.

Die Jahrestagung der Akademie fragte nach dem politischen Standort der Grünen. Unter dem Titel „Mitten ins Grüne? Die Grünen auf der Suche nach Projekt, Differenz und Legitimation“ ging es auch um das umstrittene Konzept der Mitte und um die Frage nach dessen Innovationspotentialen für grüne Programmatik. Gäste waren u.a. Prof. Herfried Münkler und Renate Künast.

Relativ neu im Angebot der Grünen Akademie ist die hochkarätig besetzte öffentliche Vorlesungsreihe „Grenzgänge. Zur Lage des Menschen: Technik – Mensch – Maschine“, die in Kooperation mit dem Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam stattfindet. Im Jahr 2006 ging es u.a. um die folgenden Themen: „Das erschöpfte Selbst – Spätmodernes Leben zwischen Autonomie und Depression“ (mit Alain Ehrenberg, CNRS, Paris); „An der Grenze des Rechtsstaats. Aktuelle Rechtsdiskurse zwischen Folterverbot, Feindstrafrecht und Flugsicherheitsgesetz“ (mit Prof. Reinhard Merkel, Universität Hamburg); „Konsumromantik – Lieben und Leben im Kapitalismus“ (mit Eva Illouz, Hebräische Universität, Jerusalem).



GREENCAMPUS

WEITERBILDUNG, POLITIK, MANAGEMENT

GreenCampus ist die Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung und einzelner Landesstiftungen. Die Akademie qualifiziert Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen für strategisches Handeln und erfolgreiche Kommunikation. Mit GreenCampus schlägt die Stiftung die Brücke „vom Wissen zum Handeln“, von der Idee zur Umsetzung.

GreenCampus Mit ihrer neuen Weiterbildungsakademie bündelt die Heinrich-Böll-Stiftung einen Großteil der Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote ihrer Landesstiftungen sowie eigene Seminare und Trainings unter einem gemeinsamen Dach. Das Jahr 2006 stand ganz im Zeichen des Aufbaus von GreenCampus, also der Namensfindung, der Gestaltung von Logo, Materialien und Internet-Auftritt. Die Kernaufgabe aber war die Entwicklung eines modularen Weiterbildungsangebots und der Aufbau eines Pools von Trainerinnen und Trainern. Für 2007 liegt nun ein erstes umfangreiches Programm vor, das laufend weiterentwickelt wird.

Kernbereiche Die Kernbereiche von GreenCampus sind Politikmanagement, Personalentwicklung in politischen Organisationen, Gender Mainstreaming, Diversity Management und internationale Weiterbildung. Mit einem breiten Netzwerk an Trainerinnen und Trainern vermittelt GreenCampus Profis und Einsteigern gleichermaßen das Handwerkszeug für ihre täglichen Herausforderungen. GreenCampus schöpft dabei aus langjährigen Erfahrungen, bündelt Kompetenzen und bietet ein überregional breit aufgestelltes Portfolio an Themen und Formaten.

Zielgruppen GreenCampus richtet sich an alle, die politisch erfolgreich sein und etwas bewegen wollen, insbesondere an ehrenamtlich Aktive, Nachwuchskräfte und Personen in Leitungsfunktionen, die in Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Unternehmen und Verbänden tätig sind. Im Mittelpunkt steht dabei die persönliche Qualifizierung der Teilnehmenden. Mit einer starken Praxisorientierung und individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Angeboten trägt GreenCampus zum Aufbau von Management- und sozialer Kompetenz bei.

Seminarprogramm und Coaching In den ersten Seminarangeboten geht es um die Gestaltung von Veränderungsprozessen: Wie lassen sich in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit langjährig eingefahrene Arbeitsabläufe reflektieren und kreative Impulse setzen? Welche Rahmenbedingungen und Kniffe müssen beim Change Management von Organisationen berücksichtigt werden? Welche Fundraising-Instrumente versprechen nachhaltigen Erfolg? Wie kann in Organisationen auf gesellschaftliche Veränderungen sinnvoll mit Diversity-Management-Konzepten reagiert werden? Individuelle Einzelcoachings von GreenCampus richten sich in erster Linie an Führungskräfte, Gruppen- und Projektleitende, die neue Aufgaben und Verantwortungsbereiche übernehmen und Veränderungen angehen wollen. Für die Zukunft geplant ist eine stärkere Gewichtung von individuell zugeschnittenen Bestellseminaren. Zudem wird GreenCampus u.a. Seminare zu den Themen strategische Entscheidungen und Strategiebildung, Corporate Social Responsibility (CSR), Kampagnenführung, Medientraining, Teambuilding und Netzwerkkompetenz anbieten.



Das gesamte Programm und zusätzliche aktuelle Angebote unter www.greencampus.de
Fon 030 / 285 34-118

„Wissen ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Wer Wissen filtern und bewerten kann, wer Wissen in Ergebnisse umsetzt, hat die Chance zum Erfolg.“

„Innovatives Management setzt auf Vielfalt – die Vielfalt von Männern und Frauen, Generationen, ethnischer Herkunft und kulturellen Hintergründen.“

ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS



Beispiel aus der Fotosammlung des Archivs: Petra Kelly 1983 in Moskau

Eine Delegation aus Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion Die Grünen fuhr im Oktober 1983 zu politischen Gesprächen nach Moskau. Die Gespräche standen im Zeichen der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die Forderungen der Grünen zielten auf beidseitige Abrüstung auch der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Osteuropa und der DDR. Petra Kellys Pullover trägt in kyrillischer Schrift die Aufschrift „Achtet die Menschenrechte“. Die Papiere in ihrer Hand sind ein Aufruf zur Freilassung des sowjetischen Wissenschaftlers Andrej Sacharow, der nach seinen Protesten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan im Januar 1980 inhaftiert wurde.

GRÜNES GEDÄCHTNIS 2007
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2006, 112 Seiten, zahlreiche
Abbildungen.

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Aufgabe, die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Verzeichnungsprojekte an Archivbeständen Im vergangenen Jahr wurde die in 2005 begonnene Verzeichnung der losen Papiere aus dem Nachlass von Petra K. Kelly aus den Jahren von ca. 1973 bis 1980 mit der Erstellung des Teilfindbuchs 13 abgeschlossen. Dabei handelte es sich um Unterlagen, die einerseits im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit beim Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft, andererseits mit ihrem Engagement in der internationalen Ökologiebewegung, zu deren weltweit anerkannten Persönlichkeiten Petra K. Kelly gehörte, in der Zeit vor der Gründung der westdeutschen GRÜNEN entstanden sind.

Mit der Digitalisierung und der Erschließung von ca. 500 Aufnahmen der Fotosammlung des Archivs wurde die Bearbeitung des Fotobestands der Bundestagsfraktion „Die Grünen im Bundestag 1983-1990“ abgeschlossen. Zu dem gesamten Fotobestand der Fraktion ist ein Findbuch erstellt worden.

Bislang wurden die Unterlagen im Depositum Uschi Eid bis zum Jahr 1998 bearbeitet. Diese Unterlagen beziehen sich überwiegend auf die parlamentarische Afrikapolitik. Auch zu diesem Teilbestand gibt es nun ein Findbuch. Die Politikerin Uschi Eid ist seit 1980 Mitglied der Grünen und seit 1985, von den vier Jahren zwischen 1990 und 1994 abgesehen, Mitglied des Bundestages. Sie hat wesentlichen Anteil an der Formulierung der grünen Afrikapolitik. Seit 1998 war sie parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit und seit 2001 G8-Afrika-Beauftragte des Bundeskanzlers der rot-grünen Koalition.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat in zahlreichen einzelnen Schritten Akten aus der 13. Wahlperiode des Bundestags (1994-1998) in einem Umfang von ca. 257,45 lfm an das Archiv übergeben. Diese Akten wurden 2006 vorgeordnet und anschließend die Protokolle und Sitzungsunterlagen der Fraktionssitzungen und der Fraktionsvorstandssitzungen sowie die Akten der Fraktionsgeschäftsführung und des Berliner Büros der Fraktion verzeichnet. Ein vorläufiges Findmittel hilft bei der Suche.

Bibliothek Das Archiv hat im vergangenen Jahr mehr als 1400 Zeitschriftentitel für die Online-Recherche in die Zeitschriftendatenbank (ZDB) der Staatsbibliothek Berlin eingegeben. Und auch der systematische Katalog, der den Buchbestand des Archivs als Online-Katalog anbietet, konnte internetfähig gemacht werden.

Jahrbuch „Grünes Gedächtnis“ Zum ersten Mal hat das Archiv nun ein Jahrbuch veröffentlicht. Neben historisch-politischen Beiträgen bietet es historische Dokumente, stellt einzelne Archivierungsprojekte vor und neue Literatur von und über die Grünen.

AUS DER STIFTUNG

NEUES AUSLANDSBÜRO DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IN ÄTHIOPIEN

Nach knapp fünf Jahren Abwesenheit kehrte die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2006 mit der Neueröffnung eines Büros nach Äthiopien zurück. Die Stiftung hatte ihr früheres Büro im Jahr 2001 geschlossen und die Arbeit vom Regionalbüro am Horn von Afrika aus geleistet. Doch die zunehmende regionalpolitische Bedeutung Äthiopiens und die Tatsache, dass Addis Abeba als Sitz der Afrikanischen Union und der UN-Wirtschaftskommission für Afrika ein wichtiger Ort für die Entwicklung des Kontinents geworden ist, bewog die Stiftung, sich wieder in Addis Abeba niederzulassen. Am 28. Juni 2006 war es dann soweit: das Landesbüro unter Leitung von Christian Peters-Berries konnte offiziell eröffnet werden. Bei einem Empfang im Garten begrüßte das Stiftungsteam mehr als 50 Projektpartner, äthiopische Freunde der Stiftung, sowie Vertreter deutscher Organisationen und Institutionen.

PERSONALIEN

Auf der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2006 ist der Vorstand wiedergewählt worden. Barbara Unmüßig und Ralf Fücks bilden zusammen mit der Geschäftsführerin Dr. Birgit Laubach für weitere fünf Jahre ein Führungsteam. Peter Siller hat im Januar 2006 die Leitung der Abteilung Inland übernommen.

In den Auslandsbüros gibt es folgende Neubesetzungen: Katrin Altmeyer: Peking, Marion Müller: Kabul, Dragoslav Dedovic: Belgrad, Dr. Michael Köberlein: Neu Delhi, Layla Al-Zubaidi: Beirut, Axel Harneit-Sievers: Nairobi, Stefan Cramer: Lagos, Antonie Nord: Kapstadt (das Regionalbüro Südafrika/Namibia/Simbabwe ist zum Jahresbeginn 2007 von Johannesburg nach Kapstadt verlegt worden).

100 JAHRE HACKESCHE HÖFE – TAG DER OFFENEN TÜR AM 23. SEPTEMBER 2006

Am 23. September 1906 wurden die Hackeschen Höfe 100 Jahre alt. Für alle Mieter ein Anlass, kräftig zu feiern. Der „Tag der Offenen Tür“ war vielseitig wie seine Veranstalter. Es gab Kostproben aus dem Programm des Varieté Chamäleon, Überraschungsfilme im Filmtheater Hackesche Höfe und eine Modenschau der ortsansässigen Boutiquen. Die Heinrich-Böll-Stiftung steuerte naturgemäß eine Brise politische Bildung bei. Auf der Galerie diskutierten Mitarbeitende der Stiftung mit grünen Politikerinnen und Politiker über Klimawandel und Energiepolitik, die Zukunft der Europäischen Union oder Wege aus der Hochschulmisere. Wer die Stadt von oben erklärt haben wollte, fand sich auf der Dachterrasse ein.



Seit Sommer 2006 unterhält die Heinrich-Böll-Stiftung wieder ein Büro in Addis Abeba.



Die Hackeschen Höfe in Berlin-Mitte feierten im September 2006 ihr hundertjähriges Bestehen.

FINANZEN UND PERSONAL



Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung besteht aus 49 Mitgliedern. Ihr gehörten zum Stichtag 31.12.2006 vier Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion und zwei Funktionsträger der Partei Bündnis 90/Die Grünen an. Im zweiköpfigen Vorstand der Stiftung ist kein Funktionsträger von Partei oder einer Fraktion; in den aus neun Personen bestehenden Aufsichtsrat wurde ein Funktionsträger und eine Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen gewählt.

Für die Förderung und Durchführung von Projekten im In- und Ausland sowie die Förderung von Stipendiatinnen und Stipendiaten verausgabte die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2006 Mittel in Höhe von 24.107.615 Euro. Man darf sagen, dass die Stiftung ihrem Anspruch, wirtschaftlich und d.h. vorsorgend und kostendeckend zu haushalten, gerecht wird. Die Liquidität der Stiftung ist ganzjährig gesichert. Der Heinrich-Böll-Stiftung stehen Bundesbaumittel von insgesamt ca. 12,4 Mio. Euro zur Verfügung, die sie in die Errichtung eines neuen Domizils im Herzen von Berlin investiert. Bis Frühjahr 2008 entsteht fußläufig zum Regierungsviertel ein Neubau nach dem Entwurf des Architekturbüros e2a eckert eckert architekten aus Zürich. Die Beletage des Baus kann als Konferenz- und Tagungszentrum für rund 200 Personen im Rahmen der vielfältigen nationalen und internationalen Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung zur politischen Bildungsarbeit genutzt werden. In den oberen Stockwerken beherbergt das Gebäude moderne Büroflächen für rd. 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung. Das Gebäude wird hohe energetische Anforderungen erfüllen, bei geringem Technikeinsatz und individueller Eigenverantwortung der Mitarbeitenden für Belüftung und Beleuchtung. Die Planungsphilosophie des Hauses ist der sichtbare, reduzierte Materialeinsatz. Hinsichtlich der verwendeten Materialien wird auf ökologisch verträgliche Baustoffe geachtet. Der für die Immobilie festgelegte bewertete Primärenergiekennwert beträgt 66 kWh/qm/Nf/a (für Bürogebäude übliche Energiekennzahlen liegen bei 200 bis 300 kWh/qm/Nf/a). Das Bauvorhaben wird von der Hermann Kirchner Projektgesellschaft mbh realisiert und begann am 1. Januar 2007. Öffentlicher Raum ist immer auch Raum für Kunst. Für das neue Haus hat die Stiftung die Künstlerinnen und Künstler Felix Dröse, Via Lewandowsky, Heike Baranowsky, Dagmar Varady-Prinich, Andreas Schmid, Antje Schiffers sowie Juliane Sieber und Klaus Völker zu einem Wettbewerb eingeladen mit dem Ziel, die interessanteste und konzeptionell schlüssigste Idee als Kunst am Bau zu realisieren. Es wurden keine Vorgaben hinsichtlich des Formates gemacht – die künstlerische Idee kann sich also vom Foyer und Konferenzbereich über den Innenhof bis hin zur Gestaltung des Bürogebäudes erstrecken.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen

Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet. Meine Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkungen zu keinen Einwendungen geführt: Vermögenswerte und Schulden der unselbständigen Auslandsbüros des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. werden nicht bilanziert.

Mit dieser Einschränkung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Vereins und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bernhard Hoffmann, Wirtschaftsprüfer

VORLÄUFIGE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2006

	LFD. JAHR (2007) <i>Planzahlen</i>	BERICHTSJAHR (2006) <i>Vorläufige Zahlen</i>	VORJAHR (2005) <i>Testierte Zahlen</i>
Erträge Globalmittelhaushalt *	13.798.564	13.001.614	13.050.724
Erträge anderer Zuwendungsbereiche **	24.270.400	22.818.957	23.126.849
Erträge Zuwendung Stiftungsneubau	6.757.000	3.211.452	52.832
Erträge Auflösung des Sonderpostens	301.500	297.117	324.883
Summe der Erträge	45.127.464	39.329.140	36.502.456
Personalaufwand	7.400.000	7.032.155	7.277.317
Abschreibungen	301.500	297.117	324.883
Sächliche Verwaltungskosten ***	2.704.297	2.459.902	2.233.130
Investitionen in die Ausstattung	180.000	221.010	40.190
Investitionen in den Stiftungsneubau	6.757.000	3.211.452	52.832
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.420.000	1.387.881	1.408.918
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.094.267	2.000.027	2.038.338
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	5.530.400	5.440.994	5.921.718
Weiterleitung von BMZ-Projektmitteln	18.740.000	17.278.602	17.205.130
Summe der Aufwendungen	45.127.464	39.329.140	36.502.456
Zwischenergebnis	–	–	–
Vereinserträge	65.000	54.973	71.761
Vereinsaufwendungen	45.000	38.169	55.591
Vereinsergebnis	20.000	16.804	16.170
Jahresfehlbetrag/Überschuss	20.000	16.804	16.170

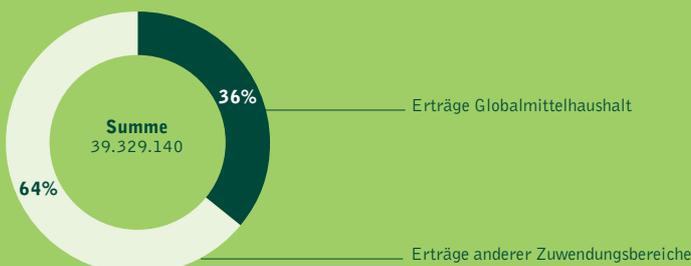
* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen

** enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

*** einschl. der Rückstellungen für Risiken

BMI: Bundesministerium des Inneren BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AA: Auswärtiges Amt
BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung BVA: Bundesverwaltungsamt

Einnahmen 2006



Ausgaben 2006



Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2006 haben sich die Erträge ohne Baumittel gegenüber dem Vorjahr geringfügig um rd. 0,4 Mio. Euro (entspricht 1%) auf 36,1 Mio. Euro gemindert. Kürzungen im Zuwendungsbereich konnten zum Teil durch erhöhte Zuschüsse der Europäischen Union und anderer Mittelgeber kompensiert werden. Hier wird weiterhin der Akquisitionsschwerpunkt der Stiftung liegen.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass das moderate, mittelfristig angelegte Sparprogramm der Stiftung weiterhin Früchte trägt. So konnten die Personalkosten nochmals um 245 T Euro oder 3% (nach 441 T Euro im Vorjahr) gemindert werden. Die Sachausgaben sind gegenüber dem Vorjahr wegen einmaliger Belastungen angestiegen.

Dem Vereinsvermögen konnte erneut ein kleiner Überschuss (rd. 17 T Euro) zugeführt werden. Das Vereinsvermögen stellt aber weiterhin nur einen geringfügigen Anteil von etwa 1,1 % am Gesamtvermögen dar. Die Bemühungen, durch Fundraising und Aktivitäten im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs, z.B. durch die Gründung einer wirtschaftlich selbständigen Weiterbildungsakademie, das Vermögen zur Risikoabsicherung aufzustocken, werden verstärkt fortgesetzt.

VORLÄUFIGE BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2006

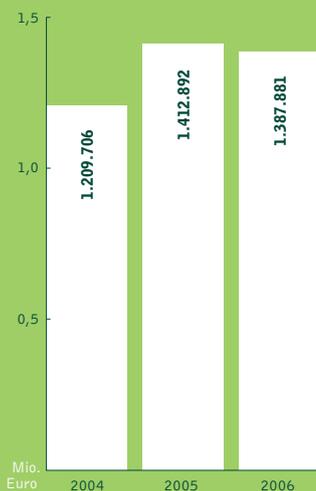
AKTIVA	BERICHTSJAHR 2006	VORJAHR 2005
ANLAGEVERMÖGEN		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	58.612	101.149
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	–	–
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	3.966.420	1.816.033
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	546.141	465.480
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	103	537
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	1.032.261	39.381
Finanzanlagen		
Kautionen	1.418	1.397
Genossenschaftsanteile	–	–
UMLAUFVERMÖGEN		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.394.562	1.169.701
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.215.035	1.244.121
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	196.091	109.813
Summe	9.410.643	4.947.612
PASSIVA		
VEREINSVERMÖGEN		
Vereinsvermögen zum 01.01.2006	87.114	70.945
Jahresergebnis	16.804	16.170
SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	5.403.643	2.222.686
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	1.418	1.396
RÜCKSTELLUNGEN		
Steuerrückstellungen	9.600	20.100
Sonstige Rückstellungen	416.700	451.900
VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	791.224	482.091
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	–	98.028
aus AA-Mitteln	–	–
VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER ZUWENDUNGSGEBERN		
gegenüber der EU	9.920	2.483
gegenüber dem BMZ	60.475	62.948
gegenüber dem AA	913	4.854
gegenüber dem BVA	–	220.784
Sonstige Verbindlichkeiten	118.615	315.108
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
gegenüber der EU	397.355	124.561
gegenüber dem BVA / Globalmitteln	903.058	848.355
gegenüber dem BMBF	1.169.207	3.757
gegenüber dem AA	–	–
gegenüber sonstigen	24.597	1.446
Summe	9.410.643	4.947.612

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT



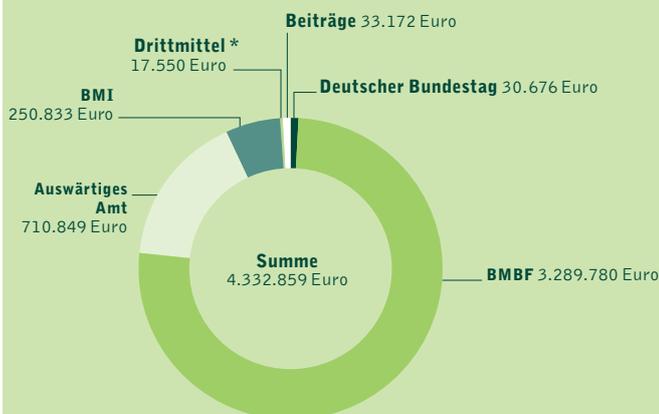
Die Projektmittel für die Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben (-76 T Euro oder -0,4%). Einer Minderung der Mittel des Auswärtigen Amtes (rd. 150 T Euro) stand eine Erhöhung der Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in nahezu gleicher Größenordnung entgegen. EU-Mittel konnten im Jahr 2006 weniger umgesetzt werden (-14%), allerdings sind für das Folgejahr bereits Verträge mit der EU im Umfang von rd. 1 Mio. Euro abgeschlossen.

FACHMITTEL INLAND



Die Fachmittel für die Inlandsprojekte der politischen Bildungsarbeit bewegten sich im Jahr 2006 mit Ausgaben in Höhe von 1.388 T Euro in etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres (1.413 T Euro). Die Hauptfinanzierung erfolgt hierbei aus den Globalmitteln des Bundes. Die Ergänzungsfinanzierung aus Drittmitteln (Beiträge, Fundraising u.ä.) war im Berichtsjahr mit 99 T Euro geringer als im Vorjahr (143 T Euro). Die Akquisitionsbemühungen der Stiftung sind hier mittelfristig angelegt und weiter ausgebaut worden, so dass in den Folgejahren erhöhte Einnahmen erwartet werden. Für die politische Bildungsarbeit auf der Ebene der Bundesländer wurden rd. 2,0 Mio. Euro an die 16 Landesstiftungen weitergeleitet.

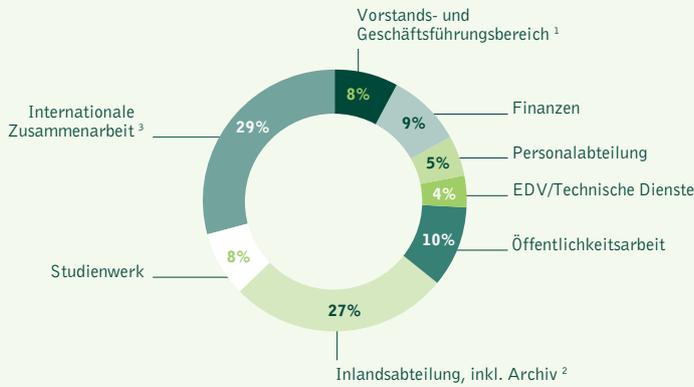
STUDIENWERK



Im Jahr 2006 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 228 Stipendien neu an begabte deutsche und ausländische Studierende sowie Promovierende aller Fachrichtungen. Es erhält dafür überwiegend Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA). Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung am PraktikantInnenprogramm des Deutschen Bundestages und erhält Drittmittel in geringem Umfang.

*Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung

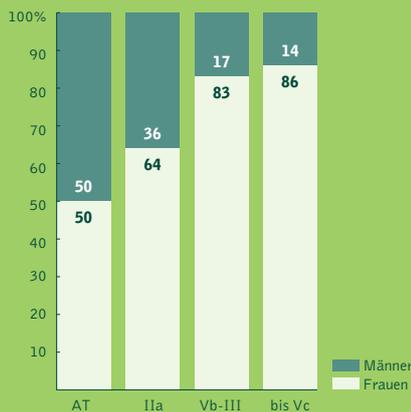
VERTEILUNG DER PERSONALKOSTEN



Engagement, Erfahrung und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für den Erfolg der Stiftung entscheidend. Neben einer gezielten Personalauswahl legt die Stiftung daher großen Wert auf die Schaffung von motivationsförderlichen Arbeitsbedingungen. Dazu zählen die ausdrückliche Unterstützung von Work-Life-Balance, die Erweiterung von Gestaltungsspielräumen sowohl für eigenständiges Arbeiten als auch für partizipative Arbeitsformen und die in der Stiftung gelebte offene Diskussionskultur.

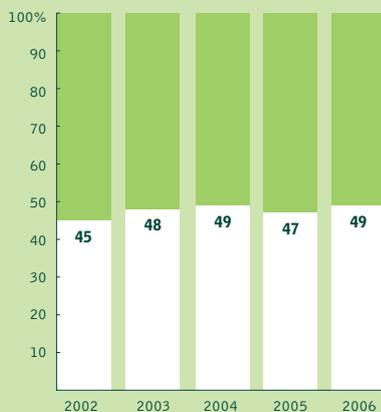
¹ inkl. Stiftungsbüro ² inkl. Grüne Akademie, FI und Gemeinschaftsaufgaben
³ ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auslandsbüros

ANTEIL DER FRAUEN UND MÄNNER IN DEN TARIFGRUPPEN



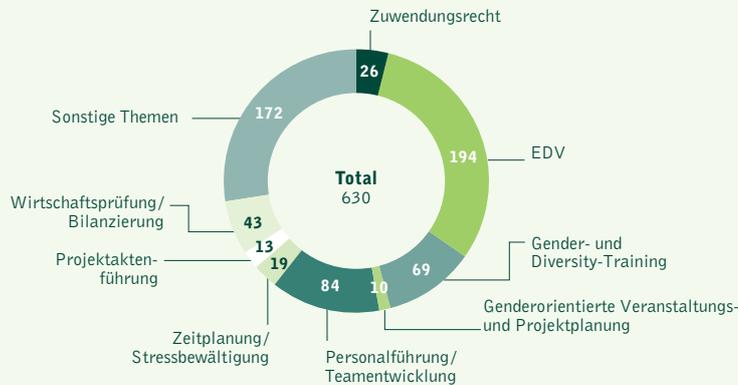
Am 31.12.2006 waren in der Heinrich-Böll-Stiftung 27 % Männer und 73 % Frauen beschäftigt. Wie bereits in den Vorjahren ist der Frauenanteil in den oberen und mittleren Fach- und Führungspositionen deutlich höher als in vergleichbaren Institutionen.

ANTEIL DER TEILZEITBESCHÄFTIGUNG



Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben hat nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Heinrich-Böll-Stiftung. Dies wird u.a. an dem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten deutlich.

FORTBILDUNG IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG



Die Anzahl der besuchten Fortbildungen ist im Vergleich zu 2005 deutlich gestiegen: Insgesamt nahmen 630 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungsmaßnahmen teil. Das Angebot an interner, in Gruppen organisierter Fortbildung hat sich von 437 auf 558 erhöht. Hinzu kamen 72 individuelle Fortbildungen. Einen großen Stellenwert haben nach wie vor Fortbildungen zu Gender und Diversity, Schwerpunkt im Jahr 2006 war darüber hinaus Personalführung/ Teamentwicklung.

ENTWICKLUNG DER IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BESCHÄFTIGTEN



Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der im Inland Beschäftigten wieder leicht zurückgegangen. Am 31.12.2006 waren es 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind 5 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der ins Ausland entsandten Beschäftigten hat sich dagegen um 5 Personen erhöht.

ANTEIL VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN



Der Anteil von Migrantinnen und Migranten übertraf mit 13% auch im Jahr 2006 die in der Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung festgelegte Quote von 10%.

GREMIEN

Stand: März 2007, aufgeführt in
alphabetischer Reihenfolge

MITGLIEDERVERSAMMLUNG Dr. Katajun Amirpur, Hartmut Bäumer, Klaus Baumgärtner, Lukas Beckmann, Kambiz Behbahani, Birgitt Bender, Dr. Maritta Bieberstein von Koch-Weser, Franziska Branter, Kajo Breuer, Reinhard Bütikofer, Volker Bulla, Nevim Cil, Gisela Erler, Prof. Dr. Rainer Forst, Prof. Ines Geipel, Prof. Dr. Joachim Gessinger, Jürgen Gneiting, Martin Grimm, Dr. Gasan Gusejnov, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Michael Henke, Peter Hettlich, Christiane Howe, Michaele Hustedt, Mechtild M. Jansen, Dr. Christa Karras, Dr. Hermann Kuhn, Joost Lagendijk, Prof. Dr. Dirk Messner, Dr. Matias Mieth, Brigitte Moritz, Edith Müller, Klaus Müller, Prof. Dr. Ursula Neumann, Astrid Rothe, Jürgen Suhr, Dirk Scheelje, Stefanie Schiffer, M. Max Schön, Michaele Schreyer, Kristina Steenbock, Prof. Dr. Tine Stein, Dr. Ellen Ueberschär, Dr. Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerová-Köhler, Henriette Wägerle, Virginia Wangare Greiner

AUFSICHTSRAT Barbara Assheuer, Reinhard Bütikofer, Jürgen Gneiting, Anja Hajduk, Christiane Howe, Edith Müller, Dr. Andreas Poltermann, Kristina Steenbock, Prof. Dr. Tine Stein

FRAUENRAT Maren Bock, Gülay Caglar, Dr. Andrea Ferber, Ulrike Gauderer, Judy Gummich, Prof. Dr. Birgit Meyer, Irene Reifenhäuser (Sprecherin)

KOORDINATIONSGREMIUM DES FÖRDERKREISES Mechtild M. Jansen, Helga Metzner

MITGLIEDER GRÜNE AKADEMIE Dr. Gabriele Abels, Tarek Al-Wazir, Biggi Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birtler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Mercedes Bunz, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Thea Dücker, Rainer Emschermann, Anke Erdmann, Prof. Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Prof. Dr. Stefan Gosepath, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Rebecca Harms, Dr. Dietrich Hermann, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Rahel Jaeggi, Pico Jordan, Dr. Otto Kallscheuer, Bertram Keller, Dr. Cornelia Klingner, Sybille Knapp, Dr. Felix Kolb, Dr. Regina Kreide, PD Dr. Georg Krücken, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Prof. Dr. Bernd Ladwig, Dr. Susanne Lanwerd, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Christoph Meertens, Prof. Dr. Christoph Menke, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Ralph Obermaier, Dr. Andreas Poltermann, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Lothar Probst, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Prof. Dr. Shalini Randeria, Ulrike Riedel, Manuela Rottmann, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Thomas Schramme, Dr. Christine Schwarz, Peter Siller, Prof. Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Matthias Wagner, Prof. Dr. Helmut Wiesenthal

FACHBEIRAT NORD-SÜD Dr. Muriel Asseburg, Prof. Dr. Marianne Braig, Dr. Achim Brunnengräber, Dr. Tobias Debiel, Ulf Engel, Ingrid Hoven, Sebastian Kasack, Lotte Leicht, Sabine Meyer, Roger Peltzer, Dr. Shalini Randeria, Wolfgang Schmitt, Dr. Imme Scholz, Dr. Karl-Heinz Stecher

FACHBEIRAT EUROPA/TRANSATLANTIK Juan Behrend, Prof. Thomas Bremer, Nika Greger, Ulrike Guérot, Dan Hamilton, Milan Horáček, Joost Lagendijk, Helmut Lippelt, Brigitte Luggin, Ulrike Lunacek, Ludwig Mehlhorn, Edith Müller, Winfried Nachtwei, Marc Oliver Pahl, Stefanie Schiffer, Frithjof Schmidt, Joscha Schmierer, Michaele Schreyer, Prof. Klaus Segbers, Jan Seifert, Peter Skerry, Jaroslav Šonka, Rainer Steenblock, Elisabeth Weber

FACHBEIRAT STUDIENWERK Theresia Bauer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Kai Gehring, Ulrike Gote, Prof. Dr. Uta Klein, Prof. Dr. Gerhard Kockläuner, Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Prof. Sigrid Metz-Göckel, Dr. Peer Pasternack, Dr. Simone Schwanitz

STIPENDIATISCHE VERTRETERINNEN Ni Cheng, Eyüp Volkan Cidam

VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

AMSTERDAM

Dr. Andreas **Nölke**, Afdeling Politicologie, Vrije Universiteit Amsterdam

AUGSBURG

Dr. Stefan **Böschen**, Institut für Soziologie, Universität Augsburg

BAMBERG

Prof. Dr. Rainer **Drewello**, Projekt Forschung, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

BAYREUTH

Dr. Erdmute **Alber**, Ethnologie, Universität Bayreuth

Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Interkulturelle Germanistik (Deutsch als Fremdsprache), Universität Bayreuth

BERLIN

PD Dr. Jörn **Ahrens**, Kulturwissenschaftliches Seminar, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Susanne **Baer**, LL.M., Juristische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Anja **Bandau**, Lateinamerika-Institut, Freie Universität Berlin

Dr. Nico **Beger**, ILGA-Europa

Prof. Dr. Hartmut **Böhme**, Kulturwissenschaftliches Seminar, Humboldt-Universität zu Berlin

PD Dr. Stefan **Brandt**, John F. Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin

Dr. Achim **Brunnengräber**, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Dr. Sergio **Costa**, Lateinamerika-Institut, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Kerstin **Dörhöfer**, Architektur/ Urbanistik, Universität der Künste Berlin

PD Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**

Dr. Norbert **Epstein**

Prof. Dr. Trevor **Evans**, Volkswirtschaftslehre, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Dr. Ursula **Ferdinand**

Dr. Karin **Fiege**, Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE), Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Ursula **Flecken**, Fakultät für Architektur, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Lateinamerika-Institut, Freie Universität Berlin

Kirsten **Gerstner**

Dr. Sigrid **Haase**, Frauenbeauftragte, Universität der Künste Berlin

PD Dr. Susanne **Heim**, Institut für Zeitgeschichte, Editionsprojekt „Judenverfolgung 1933-1945“

Dr. Dagmar **Heymann**

Christian **Hochfeld**, Bereich Infrastruktur & Unternehmen, Öko-Institut e.V.

PD Dr. Elke **Holst**, Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Dr. Michi **Knecht**, Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Marianne **Kriszio**, Frauenbeauftragte, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Dorothea **Kübler**, Wirtschaft und Management, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Dr. Angela **Lammert**, Abt. Bildende Kunst, Akademie der Künste

Dr. Corinna **Langelotz**, Klinik für Allgemein-, Viszeral-, Gefäß- und Thoraxchirurgie, Charité-Universitätsmedizin Berlin

PD Dr. Gesa **Lindemann**, Institut für Soziologie, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Bernd **Lutterbeck**, Informatik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Europäische Gesellschaftspolitik, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

PD Dr. Ingrid **Oswald**, Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Kerstin **Palm**, Kulturwissenschaftliches Seminar, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Nazir **Peroz**, Fachbereich Informatik, Technische Universität Berlin

PD Dr. Danyel **Reiche**, Energie und Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

Dr. Mathias **Reuß**

Prof. Dr. Birgit **Rommelspacher**, Interkulturalität, Geschlechterstudien, Alice Salomon Fachhochschule Berlin

Dr. Rosalinde **Sartorti**, Osteuropa Institut, Freie Universität Berlin

Dr. Helga **Satzinger**

Prof. Dr. Elvira **Scheich**, Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Dorothea **Schmidt**, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Dr. Renate **Schubert**, Film- und Medienabteilung, Akademie der Künste

Dr. habil. Annedore **Schulze**

Dr. Eva **Sternfeld**

Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Fakultät Musik, Universität der Künste Berlin

Dr. Louise Helen **Stewart-Ladewig**

Prof. Dr. Sven **Sohr**

Günter **Unterburger**

Prof. Dr. Christina **von Braun**, Kulturwissenschaftliches Seminar, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Hans-Jürgen **Weiß**, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin

Dr. Gabriele **Wohlauf**, Deutsches Technikmuseum

Dr. Gabriele **Zdunnek**, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät/Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften des Landbaus, Humboldt-Universität zu Berlin

BIBERACH

Prof. Dr. Gotthold **Balensiefen**, Umweltrecht, Hochschule Biberach, Hochschule für Bauwesen und Wirtschaft

BIELEFELD

Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Soziologie, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, FB Sozialwesen, Fachhochschule Bielefeld

Dr. Paul **Mecheril**, Fakultät für Pädagogik, Universität Bielefeld

Anina **Mischau**, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Ursula **Müller**, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Dr. Marlene **Müller**, Oberstufen-Kolleg, Universität Bielefeld

BOCHUM

PD Dr. Beate **Fieseler**, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Osteuropäische Geschichte, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Cilja **Harders**, Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Fakultät für Sozialwissenschaft/ Frauen- und Sozialstrukturforschung, Ruhr-Universität Bochum

Dr. Isabel **Richter**, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**, Romanisches Seminar, Ruhr-Universität Bochum

BONN

Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Evangelisch-Theologische Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität

BRAUNSCHWEIG

Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften mit Schwerpunkt Pharmaziegeschichte, Technische Universität Carolo-Wilhelmina Braunschweig

BREITENBRUNN

Dr. Christel **Walter**, Soziologie, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn

BREMEN

Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Social Science Methodology, International University Bremen

Prof. Dr. Juliane **Filser**, Ökologie, Universität Bremen

Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Sozialpolitik, Universität Bremen

Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Zentrum für feministische Studien, Universität Bremen

Prof. Dr. Elfriede **Löchel**, Psychologie und Sozialforschung, Universität Bremen

Prof. Dr. Maya **Nadig**, Bremer Institut für Kulturforschung, Universität Bremen

Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

HD Dr. Konstanze **Plett**, LL.M., FB Rechtswissenschaft, Zentrum für feministische Studien (ZFS), Universität Bremen

Dr. Cecile **Sandten**, FB Sprach- und Literaturwissenschaft, Universität Bremen

Dr. Heidi **Schelhowe**, FB Digitale Medien in der Bildung, Universität Bremen

Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Gender-Institut, Jugendhof Steinkimmen

COBURG

Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, FB Sozialwesen, Fachhochschule Coburg

COTTBUS

Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Lehrstuhl Interkulturalität, Linguistik, Fachdidaktik Fremdsprachen ZTG, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Prof. Dr. Sabine **Pickenhain**, Institut Mathematik, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

DARMSTADT

Prof. Dr. Marlies **Fröse**, FB Aufbau- und Kontaktstudium, Evangelische Fachhochschule Darmstadt

Prof. Dr. Beate **Krais**, Institut für Soziologie, Technische Universität Darmstadt

Dr. Renate **Ruhne**, Soziologie, Technische Universität Darmstadt

DORTMUND

Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Hochschuldidaktisches Zentrum, Universität Dortmund

DRESDEN

Prof. Dr. Udo **Becker**, Verkehrsökologie, Technische Universität Dresden
 Prof. Dr. Lothar **Böhnisch**, Fakultät für Erziehungswissenschaft/ Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Technische Universität Dresden
 Annemarie **Müller**, M.A., Geschäftsführung Referat Frieden, Ökumenisches Informationszentrum
 Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Institut für Philosophie, Technische Universität Dresden
 Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Fakultät für Verkehrspsychologie, Technische Universität Dresden
 Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden
 Dr. Johannes **Siemens**, Molekulare Biotechnologie, Technische Universität Dresden

DÜSSELDORF

Angela **Wagner**

DUISBURG

Prof. Dr. Thomas **Heberer**, FB Politische Wissenschaften, Universität Duisburg-Essen

ERLANGEN

Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Romanistik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

ERFURT

Prof. Dr. Ronald **Lutz**, FB Sozialwesen, Fachhochschule Erfurt
 Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Erfurt

ESSEN

Dr. Lydia Dela **Apedjinou**, Frauen/Migration, Universität Duisburg-Essen
 Dr. Christine **Hatzky**, Geschichte/Außereuropäische Geschichte, Universität Duisburg-Essen
 Prof. Dr. Anne **Schlüter**, FB Bildungswissenschaft, Universität Duisburg-Essen

ESSLINGEN

Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Frauenbeauftragte, Hochschule Esslingen

FLensburg

Prof. Dr. Gerd **Grözinger**, Zentrum für Bildungsforschung, Universität Flensburg
 Prof. Dr. Martina **Weber**, Zentrum für Genderforschung, Universität Flensburg

FRANKFURT A. M.

Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Soziologie und Politologie, Schwerpunkt Kultur und Entwicklung, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
 Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Frankfurt am Main
 Dr. Irene **Dannemann**
 Dr. Teresa **Orozco**, Institut für Vergleichende Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
 Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

FRANKFURT/ODER

Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
 Janine **Nuyken**, Fakultät für Kulturwissenschaften, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

FREIBURG I. B.

Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Slavisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau
 Prof. Dr. Britta **Schinzel**, Institut für Informatik und Gesellschaft, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau
 Michael **Schlömer**

GERMERSHEIM

Prof. Dr. Andreas **Kelletat**, Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

GIESSEN

Prof. Dr. Adalbert **Evers**, Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Justus-Liebig-Universität Gießen
 Prof. Dr. Marianne **Friese**, Berufspädagogik, Justus-Liebig-Universität Gießen

GÖTTINGEN

Dr. Sabine **Horn**, Didaktik der Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen
 Prof. Dr. Nicolai **Miosge**, Histologie, Georg-August-Universität Göttingen
 Prof. Dr. Ilona **Ostner**, Institut für Soziologie II, Georg-August-Universität Göttingen
 Dr. Ulrich **Schwardmann**, Max-Planck-Gesellschaft, Rechenzentrum, Georg-August-Universität Göttingen
 PD Dr. Thorsten **Unger**, Seminar für Deutsche Philologie, Georg-August-Universität Göttingen
 Dr. Bettina **Wiegand**, Geowissenschaftliches Zentrum/ Abt. Isotopengeologie, Georg-August-Universität Göttingen

GREIFSWALD

Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**, Politische Theorie und Ideengeschichte/ Institut für Politikwissenschaft,
 Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

HALLE/SAALE

Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Institut für Romanistik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 Dr. Karamba **Diahy**, Projektleiter „Management der Kulturen“, Jugendwerkstatt Frohe Zukunft Halle-Saalkreis e.V.
 Prof. Frithjof **Meinel**, Design, Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design Halle
 Prof. Dr. Werner **Nell**, Germanistisches Institut, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 Prof. Dr. Thomas **Olk**, Institut für Pädagogik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 Prof. Dr. Ursula **Rabe-Kleberg**, FB Erziehungswissenschaften, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 Prof. Dr. Pia **Schmid**, FB Erziehungswissenschaften/ Institut für Pädagogik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

HAMBURG

Dr. Beate **Binder**, Volkskunde, Universität Hamburg
 Dr. Irmtraut **Gensewich**, Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik (IZHD), Universität Hamburg
 Doris **Henning**, Soziologie, Universität Hamburg
 Dr. Sabine **Höhler**, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department für Wirtschaft und Politik, Universität Hamburg
 Dr. Karin **Hörner**, Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg
 Trudel **Karcher**, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften/Department für Wirtschaft und Politik, Universität Hamburg
 Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro**, FB Sozialpädagogik, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
 Dr. Werner **Konitzer**, Hamburger Institut für Sozialforschung
 Prof. Dr. Ullrich **Laaser**, Soziologie, Universität Hamburg
 Dr. Bettina **Paul**, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg
 Dr. Gudrun **Schwarz**
 Dr. Jan **van Aken**, Biologie, Forschungsschwerpunkt Biologie, Gesellschaft und Umwelt; Forschungsgruppe Medizin/ Neurobiologie, Universität Hamburg
 Prof. Dr. Wolfram **Weiß**, FB Erziehungswissenschaften, Universität Hamburg

HANNOVER

Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft. Kunst- Forschung-Wissenschaft
 Prof. Dr. Gudrun-Axeli **Knapp**, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie, Gottfried-Wilhelm-Leibniz Universität Hannover
 Prof. Dr. Bettina **Oppermann**, Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie, Gottfried-Wilhelm-Leibniz Universität Hannover
 Prof. Dr. Carla **Rosendahl**, FB Sozialwesen, Evangelische Fachhochschule Hannover

HEIDELBERG

Dr. Hüseyin **Aguicenuoglu**, Seminar für Sprachen und Kultur des Vorderen Orients, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Anglistisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Prof. Dr. Frauke **Gewecke**, Romanisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Dr. Elisabeth **Kneuper**
 Prof. Dr. Jekatherina **Lebedewa**, Institut für Allgemeine und angewandte Sprachwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Dr. Steffen **Sigmund**, Soziologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

HILDESHEIM

Prof. Dr. Gazi **Caglar**, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen
 Prof. Dr. Leonie **Wagner**, Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit Holzminde, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen

JENA

Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Betriebswirtschaft, Fachhochschule Jena

KASSEL

Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Systemdesign / man + systems, Universität Kassel
 Dr. Ulrike **Loch**, FB Sozialwesen, Universität Kassel
 Prof. Dr. Clarita **Müller-Plantenberg**, FB Gesellschaftswissenschaft, Universität Kassel
 Prof. Dr. Aylä **Neusel**, Internationales Zentrum für Hochschulforschung, Universität Kassel
 Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Globalisierung & Politik, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Universität Kassel
 Dr. Helen **Schwenken**, Politik und Globalisierung, Universität Kassel

KIEL

Prof. Dr. Uta **Klein**, FB Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Kiel; Privatdozentin, Institut für Soziologie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
 Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, FB Wirtschaft, Fachhochschule Kiel

KLAGENFURT

Prof. Dr. Christina **Schachtner**, Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Klagenfurt

KÖLN

Dr. Elke **Beduhn**, Arbeitsrecht/Sozialrecht, Rechtsanwälte Decruppe & Kollegen
 Raymond **Boy**
 Christiane **Büchner**
 Prof. Dr. Wolf-Dietrich **Bukow**, Seminar für Sozialwissenschaften, Universität zu Köln
 Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Kriminalwissenschaftliches Institut, Universität zu Köln
 Dr. Gerda **Schüler**, Romanisches Seminar, Universität zu Köln

LANDAU

Heide **Gieseke**, Campus Landau, Frauenreferentin, Universität Koblenz-Landau

LEIPZIG

Dr. Christa **Grimm**, Institut für Germanistik, Universität Leipzig
 Dr. Regina **Metze**, Institut für Soziologie, Universität Leipzig
 Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Institut für Germanistik, Universität Leipzig
 Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Philologische Fakultät, Institut für Slavistik, Universität Leipzig

LÜNEBURG

Anne **Dudeck**, Zentrale Frauenbeauftragte, Universität Lüneburg
 Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Institut für Umweltstrategien/Umweltplanung, Universität Lüneburg
 Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Institut für Sozialpädagogik, Universität Lüneburg
 Prof. Dr. Gerda **Lischke**, FB Wirtschaft, Universität Lüneburg

MAINZ

PD Dr. Markus **Höffer-Mehlmer**, FB Pädagogisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Prof. Peter **Kiefer**, FB Musik, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Anglophone Kulturen, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

MARBURG

Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Erziehungswissenschaft/Sozialpädagogik, Philipps-Universität Marburg
 Dr. Sabine **Toppe**, Institut für Erziehungswissenschaften, Philipps-Universität Marburg

MÜNCHEN

Prof. Dr. Helga **Bilden**, Department für Psychologie, Ludwig-Maximilians-Universität München
 Dr. Gabriele **Hooffacker**, Journalistenakademie
 Prof. Dr. Franz **Kohout**, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München
 Walter **Sehrer** M.A., Münchner Projektgruppe für Sozialforschung
 Dr. Eva **Strauß**
 Prof. Dr. Carmen **Tatschmurat**, Soziologie, Katholische Stiftungsfachhochschule München

MÜNSTER

Prof. Dr. Marianne **Krüger-Potratz**, Erziehungswissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
 Prof. Dr. Helma **Lutz**, Erziehungswissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

NÜRNBERG

Dr. Heidi **Hofmann**, Ev. Fachhochschule Nürnberg

OLDENBURG

Prof. Dr. Ilse **Dröge-Modelmog**, Sozialwissenschaft, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 Dr. Lydia **Potts**, Institut für Politikwissenschaft, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 Prof. Dr. Silke **Wenk**, Sprach- und Kulturwissenschaften, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

OSNABRÜCK

Prof. Dr. Mohssen **Massarrat**, FB Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück

PADERBORN

Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Germanistik, Universität Paderborn

PASSAU

Prof. Dr. Siegfried **Graf**, Fakultät für Mathematik und Informatik, Universität Passau
 Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Südostasienkunde, Universität Passau

POTSDAM

Prof. Dr. Irene **Dölling**, Frauenforschung, Universität Potsdam
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Institut für Germanistik, Universität Potsdam
 Prof. Dr. Erhard **Stölting**, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät/Allg. Soziologie, Universität Potsdam
 Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ Potsdam-Babelsberg

REGENSBURG

Brigitte **Berndt**

ROSTOCK

Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Institut für Soziologie und Demographie, Universität Rostock
 Dr. Gudrun **Heinrich**, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, Universität Rostock
 Dr. Heike **Kahlert**, Institut für Soziologie und Demographie, Universität Rostock
 Prof. Dr. Helmut **Lethen**, Institut für Germanistik, Universität Rostock
 Bettina **Pinske**, Rostocker Offener Kanal
 Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Institut für Allgemeine Pädagogik und Sozialpädagogik, Universität Rostock

SAARBRÜCKEN

Dr. Christine **Schwarz**, Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (iso) e.V.

SIEGEN

Prof. Dr. Achim **Trube**, Sozialpolitik, Universität Siegen

STUTTGART

Dr. Michael **Kienzle**, Institut für Literaturwissenschaft, Universität Stuttgart
 Dr. Ralph O. **Schill**, Biologisches Institut, Universität Stuttgart

TÜBINGEN

Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Institut für Soziologie, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
 Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Institut für Ethnologie, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
 Prof. Dr. Barbara **Lange**, Kunstgeschichte, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
 Dr. Karin **Widmayer**

ULM

Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Sektion Forensische Psychotherapie, Universität Ulm

UTRECHT

Dr. Christoph **Baumgartner**, Faculteit Godgeleerdheid, Universiteit Utrecht

WIEN

PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Universität Wien

WIESBADEN

Prof. Dr. Silvia **Kontos**, Sozialwesen, Fachhochschule Wiesbaden
 Renate **Niekant**
 Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Sozialwesen, Fachhochschule Wiesbaden

WISMAR

Prof. Dr. Jost **Kramer**, Fachbereich Wirtschaft, University of Technology, Buisness and Design

WUPPERTAL

Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**, Politikwissenschaft, Bergische Universität Wuppertal
 Dr. Gertrud **Oelerich**, Bildungswissenschaften, Bergische Universität Wuppertal

ZÜRICH

Prof. Dr. Sigrid **Schade**, Cultural Studies in Art, Media and Design, Hochschule für Gestaltung und Kunst, Zürich

MITGLIEDER DER AUSWAHLKOMMISSION DES STUDIENWERKS DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Dr. Doris Bachmann-Medick  Prof. Dr. Anja Bandau  Prof. Dr. Cristine Bauhardt  Prof. Dr. Timm Beichelt 
 Dr. Ulrike Bergermann  Prof. Dr. Klaus Boehnke  Paula Bradish  PD Dr. Stefan Brandt  Prof.
 Dr. Margrit Brückner  Dr. Ralph Bürk  Dr. Karamba Diaby  Prof. Dr. Christel Eckart  Prof. Dr. Albert
 Evers  Prof. Dr. Juliane Filser  Dr. Gernot Folkers  Prof. Dr. Joachim Gessinger  Prof. Dr. Gerd Grözinger
 Dr. Ines Hartwig  Hannah Hempell  Prof. Dr. Sabine Hofmeister  PD Dr. Markus Höffer-Mehlmer
 Dr. Gisela Holfter  Dr. Elke Holst  Dr. Sosan Jafari  Prof. Dr. Uta Klein  Prof. Dr. Claudia Kraft
 Prof. Dr. Dorothea Kübler  Dr. Carmen Leicht-Scholten  Dr. Hans-Albert Lennartz  Prof. Dr. Andreas
 Lob-Hüdepohl  Dr. Alexandra Lübcke  PD Dr. Margreth Lünenborg  Dr. Paul Mecheril  Christoph
 Meertens  Dr. Willfried Meier  Janine Nuyken  Prof. Dr. Bettina Oppermann  Prof. Dr. Wolfgang Rie-
 del  Prof. Dr. Uta Ruppert  Prof. Dr. Christoph Scherrer  Dr. Joachim Schulze  Dr. Christine Schwarz
 Edda Stelck  Prof. Dr. Kerstin Stutterheim  Prof. Dr. Stefan Troebst  Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wen-
 sierski  PD Dr. Dorothee Wierling  Dr. René Wildangel  Prof. Dr. Theresa Wobbe

ADRESSEN

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Tel.: 030-28 53 40 Fax: 030-28 53 41 09
E-Mail: info@boell.de Internet: www.boell.de

ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
Tel.: 030-28534-260 Fax: 030-28534-5260
E-Mail: archiv@boell.de

STAND: MAI 2006

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
Tel.: 0711-26 33 94 10 Fax: 0711-26 33 94 19
E-Mail: info@boell-bw.de Internet: www.boell-bw.de

PETRA-KELLY-STIFTUNG – BILDUNGSWERK FÜR DEMOKRATIE UND ÖKOLOGIE IN BAYERN E.V.

Reichenbachstraße 3a, 80469 München
Tel.: 089-24 22 67 30 Fax: 089-24 22 67 47
E-Mail: info@petra-kelly-stiftung.de Internet: www.petra-kelly-stiftung.de

BILDUNGSWERK BERLIN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG E.V.

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
Tel.: 030-612 60 74 Fax: 030-618 30 11
E-Mail: info@bildungswerk-boell.de Internet: www.bildungswerk-boell.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BRANDENBURG

Charlottenstraße 30, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-280 07 86 Fax: 0331-29 20 92
E-Mail: info@boell-brandenburg.de Internet: www.boell-brandenburg.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BREMEN

Plantage 13, 28215 Bremen
Tel.: 0421-35 23 68 Fax: 0421-35 23 89
E-Mail: ruedel.boell@arcor.de Internet: www.boell-bremen.de

UMDENKEN – POLITISCHES BILDUNGSWERK – HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG HAMBURG

Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg
Tel.: 040-389 52 70 Fax: 040-380 93 62
E-Mail: info@umdenken-boell.de Internet: www.umdenken-boell.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG HESSEN

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.
Tel.: 069-23 10 90 Fax: 069-23 94 78
E-Mail: info@hbs-hessen.de Internet: www.hbs-hessen.de

BILDUNGSWERK MECKLENBURG-VORPOMMERN IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
Tel.: 0381-492 21 84 Fax: 0381-492 21 56
E-Mail: post@boell-mv.de Internet: www.boell-mv.de

STIFTUNG LEBEN UND UMWELT NIEDERSACHSEN

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
Tel.: 0511-301 85 70 Fax: 0511-301 857 14
E-Mail: info@slu-boell.de Internet: www.slu-boell.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-914 40 40 Fax: 0231-91 44 04 44
E-Mail: info@boell-nrw.de Internet: www.boell-nrw.de

DIE LANDESSTIFTUNGEN
DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG RHEINLAND-PFALZ

Martinstr. 2, 55116 Mainz
 Tel.: 06131-905260 Fax: 06131-905269
 Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim
 Tel.: 06359-961800 Fax: 06359-807355
 E-Mail: mainz@boell-rlp.de Internet: www.boell-rlp.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SAAR E.V.

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
 Tel.: 0681-583560 Fax: 0681-583536
 E-Mail: boell.stiftung@t-online.de

BILDUNGSWERK WEITERDENKEN IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Schützengasse 18, 01067 Dresden
 Tel.: 0351-4943311 Fax: 0351-4943411
 E-Mail: info@weiterdenken.de Internet: www.weiterdenken.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG IN SACHSEN-ANHALT E.V.

Leipzigerstraße 36, 06108 Halle
 Tel.: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928
 E-Mail: info@boell-sachsen-anhalt.de Internet: www.boell-sachsen-anhalt.de

BILDUNGSWERK „ANDERES LERNEN“ – HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

Medusastraße 16, 24143 Kiel
 Tel.: 0431-9066130 Fax: 0431-9066134
 E-Mail: info@boell-sh.de Internet: www.boell-sh.de

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG THÜRINGEN

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
 Tel.: 0361-5553257 Fax: 0361-5553253
 E-Mail: info@boell-thueringen.de Internet: www.boell-thueringen.de

**DIE BÜROS
DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
IM AUSLAND****AFRIKA****REGIONALBÜRO OSTAFRIKA/HORN VON AFRIKA**

Heinrich Böll Foundation, Forest Road,
 P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
 Tel.: +254-20-3744227 / 3750329
 Fax: +254-20-3749132
 E-Mail: nairobi@hbfa.com
 Internet: www.hbfa.com

LANDESBÜRO NIGERIA

Heinrich Böll Foundation, 9b, Omo Osagie St.,
 S.W. Ikoyi, Lagos, Nigeria
 Tel.: +234-1-47214 65 Fax: +234-1-2694326
 E-Mail: info@boellnigeria.org
 Internet: www.boellnigeria.org

REGIONALBÜRO SÜDLICHES AFRIKA

Heinrich Böll Foundation
 Suite 105, 1st Floor, The Avalon Building
 123 Hope Street, Gardens, 8001 Kapstadt
 Tel.: +27-21-4616266
 E-Mail: info@boell.org.za
 Internet: www.boell.org.za

PROJEKTBÜRO ÄTHIOPIEN

Heinrich Böll Foundation
 Off Bole Medhanealem, House no 2264
 PO Box Number 3174, Code 1250, Addis Abeba
 Tel.: +25-11-6631100 Fax: +25-11-6185488
 E-Mail: info@hbfa.addis.org.et

ASIEN**REGIONALBÜRO SÜDASIEN**

Heinrich Böll Foundation, 76-B, Nisar Road,
 Lahore Cantt-54800, Pakistan
 Tel.: +92-42-6666322 Fax: +92-42-6664899
 E-Mail: sa@hbfasia.org
 Internet: www.hbfasia.org

REGIONALBÜRO SÜDOSTASIEN

Heinrich Böll Foundation, 91/9 Umong Soi 5,
 Tambon Suthep, Muang, 50200 Chiang Mai
 Tel.: +66-53-810430-2
 Fax: +66-53-810124
 E-Mail: sea@hbfasia.org
 Internet: www.hbfasia.org

LANDESBÜRO KAMBODSCHA*

Heinrich Böll Foundation, #224,
 184 Street, Daun Penh (off Monivong Blvd.),
 Phnom Penh
 Tel.: +855 23 210 535
 Fax: +855 23 216 482

E-Mail: hbf@camnet.com.kh**LANDESBÜRO INDIEN**

Heinrich Böll Foundation, C – 4/5, Second Floor,
 Safdarjang Development Area,
 New Delhi 110016
 Tel.: +91-11-2685 4405
 Fax: +91-11-2696 284

E-Mail: india@hbfasia.org Internet: www.boell-india.org

LANDESBÜRO AFGHANISTAN*

Heinrich Böll Foundation, Qala-e-Fathullah,
 Street 1, House Nr. 25, Kabul
 Tel.: +93-70-295 972
 E-Mail: marion@hbfasia.org

PROJEKTBERATER CHINA

15 Zhongmao Hutong, Zhaodengyu Road,
 Xicheng District, 100035 Beijing,
 People's Republic of China
 Tel.: +86-10-66 15 46 15-105 Fax: -102
 E-Mail: katrin@hbfasia.org
 Internet: www.boell-china.org

EUROPA**REGIONALBÜRO EUROPÄISCHE UNION**

Heinrich Böll Foundation, Rue d'Arlon 15, B-1050 Bruxelles
 Tel.: +32-2-743 41 00
 Fax: +32-2-743 41 09
 E-Mail: brussels@boell.be
 Internet: www.boell.be

REGIONALBÜRO OST-/MITTELEUROPA (WARSCHAU)

Fundacja Heinricha Bölla
 ul. Zurwia 45 00-680 Warszawa, Polen
 Tel.: +48-22-594 23-33
 Fax: +48-22-594 23-37
 E-Mail: hbs@boell.pl
 Internet: www.boell.pl

REGIONALBÜRO OST-/MITTELEUROPA (PRAG)

Nadace Heinricha Bölla
 Spálená 23, (Eingang Spálená 21)
 CZ – 110 00 Praha 1, Tschechien
 Tel.: +420-25181 4175
 Fax: +420-25181 4174
 E-mail: info@boell.cz

LANDESBÜRO TÜRKEI

Heinrich-Böll-Stiftung, İnönü Cad. Haci
 Hanim Sok. No. 10/12
 TR-34439 Gümüssuyu – Istanbul
 Tel.: +90-212-249 1554
 Fax: +90-212-245 0430
 E-Mail: info@boell-tr.org
 Internet: www.boell-tr.org

LANDESBÜRO RUSSLAND

Heinrich Böll Foundation, Grusinskij Pereulok 3-231,
 RU 123056 Moskau
 Tel.: +7-495-2541453
 Fax: +7-495-9358014
 E-Mail: info@boell.ru
 Internet: www.boell.ru

REGIONALBÜRO SÜDKAUKASUS

Heinrich Böll Foundation
 Tbilisi 0179, Radiani Str. 5, Georgien
 Tel.: +995-32-227705
 Fax: +995-32-912897
 E-Mail: info@boell.ge
 Internet: www.boell.ge

REGIONALBÜRO SÜDOSTEUROPA

Fondacija Heinrich Böll
 Dobracina 43, 11 000 Belgrad, Serbien
 Tel.: +381-11-30 33 833
 Fax: +381-11-32 85 180
 E-mail: hbs-bgd@hbs.org.yu

LANDESBÜRO BOSNIEN-HERZEGOWINA

Fondacija Heinrich Böll, Cekalusa 42,
 BIH-71000 Sarajevo
 Tel.: +387-33-260 450
 Fax: +387-33-260 460
 E-Mail: h.boell@bih.net.ba

LANDESBÜRO KROATIEN*

Fondacija Heinrich Böll, Berislaviceva 20,
 HR-10000 Zagreb
 Tel.: +385 1 4812530
 Fax: +385 1 4818977
 E-Mail: hbs-hr@zamir.net

LATEINAMERIKA**REGIONALBÜRO BRASILIEN / CONO SUR**

Fundação Heinrich Böll, Rua da Gloria 190, ap. 701,
 2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria
 Tel./Fax: +55-21-3852 1104
 E-Mail: boell@boell.org.br
 Internet: www.boell-latinoamerica.org

REGIONALBÜRO MITTELAMERIKA / MEXIKO / KARIBIK

Fundación Heinrich Böll, calle José Alvarado No. 12
 Colonia Roma, Delegación Cuauhtémoc,
 CP 06700, México, D.F.
 Tel./Fax: +52-55 52 64 28 94
 E-Mail: oficina@boell-latinoamerica.org.mx
 Internet: www.boell-latinoamerica.org

LANDESBÜRO EL SALVADOR*

Fundación Heinrich Böll, Residencial Zanzibar, Pasaje A-
 Oriente, No. 24, San Salvador
 Tel.: +503-22 74 6812
 Fax: +503-22 74 6932
 E-Mail: boell.programas@telesal.net
 Internet: www.boell-latinoamerica.org

NAHER OSTEN**LANDESBÜRO ISRAEL**

Heinrich Böll Foundation, Nahalat Binyamin 24,
 IL-65162 Tel Aviv
 Tel.: +972-3-516 77 34/35
 Fax: +972-3-516 76 89
 E-Mail: hbstl@boell.org
 Internet: www.boell.org.il

REGIONALBÜRO MITTLERER OSTEN

Heinrich Böll Foundation, PO Box 175510,
 Gemmayzeh, Beirut, Libanon
 Besucheranschrift: 266, Rue Gouraud,
 Gemmayzeh, Beirut
 Tel.: +961-1-56 29 26
 Fax: +961-1-56 29 78

E-Mail: boell@terra.net.lb

Internet: www.boell-meo.org

REGIONALBÜRO ARABISCHER NAHER OSTEN

Heinrich Böll Foundation, Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah
 Palestine, P.O. Box 2018 Ramallah, Palestine Authority
 Tel.: +972-2-296 1121
 Fax: +972-2-296 1122
 E-Mail: info@boell-ameo.org
 Internet: www.boell-ameo.org

NORDAMERIKA**REGIONALBÜRO NORDAMERIKA**

Heinrich Böll Foundation, Chelsea Gardens
 1638 R Street, NW, Suite 120,
 Washington, DC, 20009, USA
 Tel.: +1-202-462 75 12
 Fax: +1-202-462 52 30
 E-Mail: info@boell.org
 Internet: www.boell.org

* Ortskraftbüro

INTERNET UND MAGAZIN

Auf ihrer Homepage www.boell.de bietet die Heinrich-Böll-Stiftung verstärkt Dossiers zu Schwerpunkten ihrer Arbeit. Nicht selten präsentiert sie zu tagesaktuellen Themen fundierte Hintergrundberichte, auf die auch Journalisten gerne zurückgreifen. Stark nachgefragt wurden z.B. im Jahr 2006 die Materialsammlungen zu „Mythos Atomkraft“, inklusive Videomitschnitten der Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung zum 20. Jahrestag von Tschernobyl, die im April 2006 in Kiew stattfand. Auch das Dossier „Afghanistan 2006 – fünf Jahre nach dem Sturz der Taliban“ sowie die Dossiers zu den umstrittenen Wahlen in Mexiko oder zum Krieg zwischen Israel und dem Libanon stießen auf großes Interesse.

Auch die Online-Verkäufe von Büchern haben stark angezogen – hier ergänzen sich Gutenberg-Galaxis und Internet perfekt. Die Web-Bestseller 2006 waren der Reader *Mythos Atomkraft* sowie die Titel *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert* und *Die Teilhabegesellschaft – Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates*.

Ein 2006 neu eingerichteter Schwerpunkt auf www.boell.de widmet sich ausführlich – und das sowohl aktuell wie auch analytisch – der Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit.

Ausgewählte Webtipps:

- Mythos Atomkraft: www.boell.de/atom
- Demokratieförderung: www.boell.de/democratisation
- Hochschulpolitik: www.boell.de/hochschulkonferenz

BÖLL-THEMA – DAS MAGAZIN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Böll.Thema – das politisch-kulturelle Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung – erscheint dreimal im Jahr. Jedes Heft bietet zu einem aktuellen Schwerpunkt eine Auswahl an Texten bekannter internationaler Autorinnen und Autoren. Die Stiftung will damit Debatten anregen und Denkanstöße liefern, auch über das grüne Spektrum hinaus.

Böll.Thema, 34 Seiten, 4 Euro, bisher erschienen:

- *Grüne Marktwirtschaft. Die große Transformation*, Berlin 2007
- *Klimawandel. Neue Ziele. Neue Allianzen. Neue Politik*, Berlin 2006
- *Neuer Republikanismus? Die Zukunft der sozialen Demokratie*, Berlin 2006
- *In Gottes Namen? Frauen und Fundamentalismus*, Berlin 2006
- *Gezeitenwechsel? Was war, was bleibt, was wird*, Berlin 2005
- *Alles eins? Globale Zukunft für Kultur und Demokratie*, Berlin 2005
- *Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit*, Berlin 2005

Sie können das Magazin abonnieren.

Ihre Ansprechpartnerin: Evelyn Hartig, thema@boell.de



www.boell.de



Kostenloser Download und weitere Infos unter www.boell.de/thema

FÖRDERN UND SPENDEN

Wir danken unseren Förder/innen und Spender/innen! Viele Menschen unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Förderkreis oder durch Spenden. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie mit, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln.

Dem Spendenaufruf für das Stipendienprogramm für Autor/innen und Künstler/innen im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich, den die beiden Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész unterstützen, sind bereits viele Menschen gefolgt. Sie ermöglichten damit internationalen Autoren und Künstlern einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort konnten sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten.

So können Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

- mit Ihrer Mitgliedschaft im Förderkreis
- mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autoren und Künstler im Heinrich-Böll-Haus
- mit einer langfristigen Partnerschaft. In der Broschüre *Spuren hinterlassen* geben wir sachliche Informationen rund um die Themen „Erben, Vererben, Stiften“. Wir zeigen, wie Sie Partner oder Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung werden können. Gemeinsam mit uns können Sie Ihre demokratischen Ideale und Ihr politisches Engagement dauerhaft weiterführen und an die nächste Generation weiterreichen. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre zu und beantworten Ihre Fragen.

Ihre Ansprechpartnerin:

Regine Walch, Tel: 030-285 34-112, Fax: -119, walch@boell.de, www.boell.de/spenden

Werden Sie Pate oder Patin!



Günter Grass

Imre Kertész



Broschüre *Spuren hinterlassen*
www.boell.de/spenden

Heinrich-Böll-Stiftung
Regine Walch
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin

Bitte schicken Sie mir Informationen über

- die Heinrich-Böll-Stiftung
- den Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung
- das Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- die Broschüre *Spuren hinterlassen*
- eine Ausgabe von *Böll.Thema*,
Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung

(li-re) Mechtild M. Jansen und Helga Metzner, Koordinationsgremium des Förderkreises



FÖRDERKREIS

Unsere Fördermitglieder hatten 2006 viele Gelegenheiten, sich zu treffen. So zum Beispiel bei den „Galeriegesprächen“, bei denen Fördermitglieder als Referent/innen ihre Fachkompetenz zur Verfügung stellen. Am 3. September hielt Tom Koenigs, UN-Beauftragter für Afghanistan, einen Vortrag zur Frage „Droht der Aufbau Afghanistans zu scheitern?“, und am 25. September referierte Dr. Michael Schreyer, ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, über das Thema „Europa in der Krise? Erwartungen an die Zukunftsfähigkeit der EU“. Weitere Höhepunkte waren die Jahresversammlung des Förderkreises am 9. September in Berlin und die Begegnungsreise in die Türkei im Oktober.

Der Förderkreis unterstützt die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und hilft bei Projekten, die nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden dürfen. Er fördert schnell und unbürokratisch kulturelle Projekte und unterstützt politisch bedrängte Menschenrechtsaktivist/innen.

Die Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den „Info-Brief“ mit aktuellen Informationen zu den Aktivitäten der Stiftung und des Förderkreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie z.B. der Petra-Kelly-Preisverleihung. Und jedes Jahr gibt es für unsere Fördermitglieder die Möglichkeit, an einer Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.



Regine Walch

Kontakt und Informationen:

Regine Walch
Tel: 030-285 34 -112
Fax: 030-285 34 -109
E-Mail: walch@boell.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

FÖRDERMITGLIED

- mit dem Regelbeitrag von 92 Euro im Jahr
- ermäßigt für Geringverdienende auf 46 Euro oder
- mit dem Förderbeitrag von 150 Euro im Jahr
- mit dem Förderbeitrag von 300 Euro im Jahr
- mit dem Förderbeitrag von Euro
- mit dem Jahresbeitrag von 25 Euro für SchülerInnen, StudentInnen
- Erwerbslose und – auf Antrag – RuheständlerInnen
- Ich trete nicht in den Förderkreis ein, unterstütze ihn aber mit einer einmaligen Spende von Euro

INSTITUTIONELLES FÖRDERMITGLIED

- mit dem Jahresbeitrag von 184 Euro im Jahr oder
- reduziert für Basisinitiativen auf 92 Euro

Name

Adresse

Tel/Fax

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zum Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen)

ZAHLUNGSWEISE

- Überweisung: Euro habe ich auf die Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

- Einzug: Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir eingetragenen Betrag von Euro bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos einzuziehen.

Bank

Konto-Nr.

BLZ

Datum/Unterschrift

